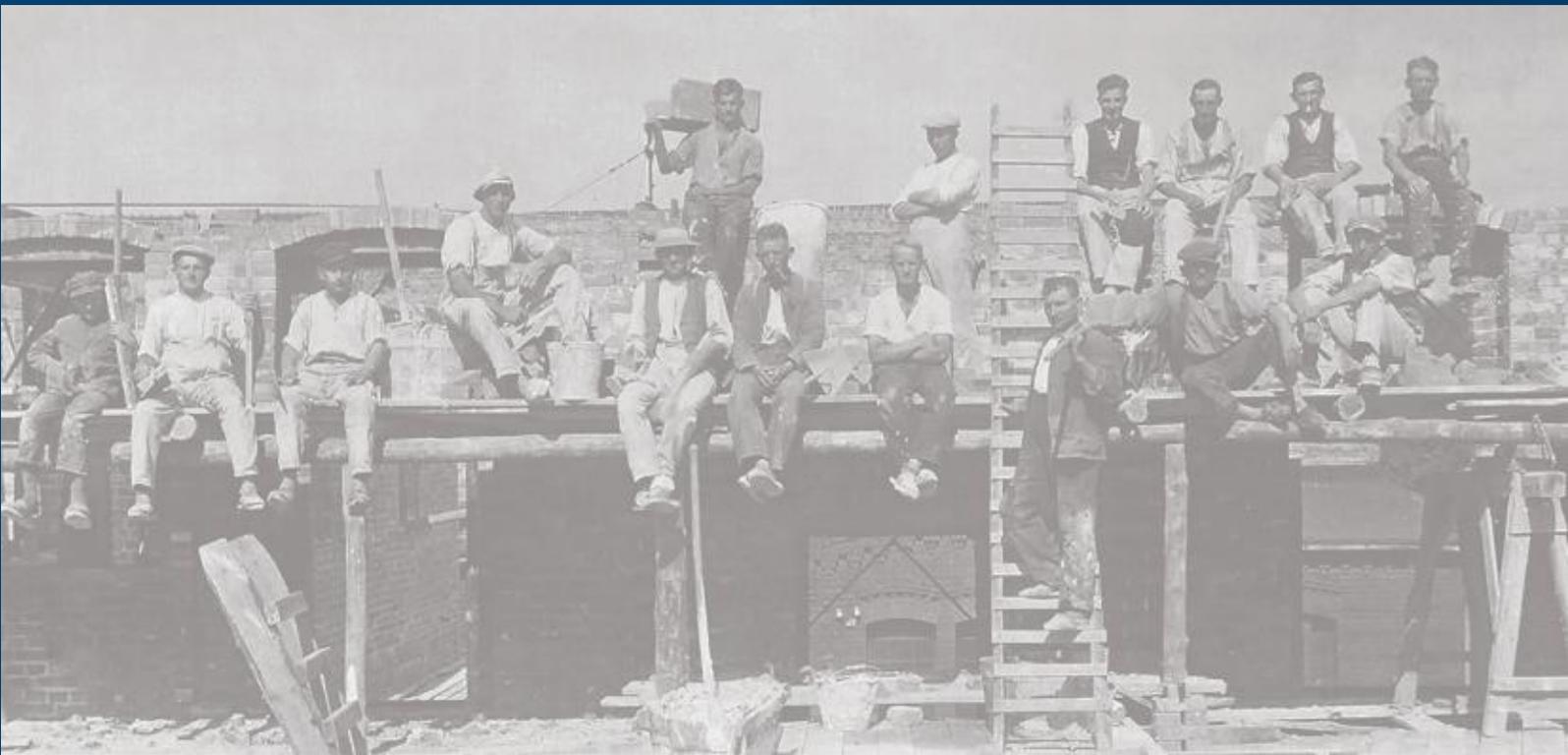


Erinnerungen an bewegte Zeiten



100
JAHRE

Volksbank Spree-Neiße eG

Eine Chronik

INHALT

AUF EIN WORT 4

KAPITEL I: DIE ANFÄNGE DER VOLKSBANK SPREE-NEISSE

Die Industrielle Revolution	8
Massenarmut als Folge	12
Die Genossenschaftsidee	13
Die ersten Wurzeln der Volksbank Spree-Neiße	14
Der Erste Weltkrieg	18
Das „Stammhaus“ entsteht	21
Quellenmaterial 1. Kapitel	22

KAPITEL II: GROSSE INFLATION, WELTWIRTSCHAFTSKRISE, NATIONALSOZIALISMUS

Inflation und Hyperinflation	26
In der Weltwirtschaftskrise	29
Quellenmaterial 2. Kapitel	30
Gleichschaltung und Antisemitismus	32
Spargelder und Personalnot	34

KAPITEL III: DIE ENTWICKLUNG IN DER DDR

Banken für Handwerk und Gewerbe	40
Die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften	42
Einbindung in die Planwirtschaft	44
Bereinigung des Bankennetzes	48
Umstrukturierungen in der Landwirtschaft	52
Wirtschaftliche Stagnation	54
[Interview] Hans-Achim Weiß: „Wir wurden erst spät akzeptiert.“	56
[Interview] Harry Wiese: „Manchmal hat es schon geknackst!“	62
[Interview] Ruth Sallmann: „Es war alles andere als ein Schreibtischjob.“	66

KAPITEL IV: DIE WENDE 1989 / 90

Friedliche Revolution	72
Neuordnung im Bankwesen	76
Neue Herausforderungen	78
[Interview] Monika Buschkowski: „Es war ein Kraftakt!“	81
[Interview] Simone Nitschke: „Hoffentlich geht das alles gut!“	91
[Interview] Ulrich Brink: „Die Fusionen waren eine Notwendigkeit.“	96

KAPITEL V: DER WEG ZUR VOLKSBANK SPREE-NEISSE

Erste Fusionen	102
Modernisierung der Geschäftsstellen	103
Neues Jahrtausend, neue Währung	106
Der Euro kommt	107
[Interview] Viola Müller: „Geld stinkt doch!“	109
Schwierige Zeiten	112
Die Volksbank Spree-Neiße entsteht	114
In der Region für die Region	116
Die Zukunft als Herausforderung	120

ANHANG

Vorstände aus der Bankgeschichte (Auszug)	124
Unser Geschäftsgebiet auf einen Blick	126
Zu diesem Buch	127
Abbildungsverzeichnis	128
Impressum	129

AUF EIN WORT

Liebe Mitglieder, liebe Kundinnen und Kunden,

im Jahr 2015 blickte unsere Bank bereits auf eine 100-jährige Geschichte zurück. Der eine oder andere wird sich wundern, warum 100 Jahre? Vor einigen Jahren wurde bereits das 150. Jubiläum in Forst gefeiert. Das stimmt. Die Wurzeln einiger Vorgängerinstitute reichen viel weiter zurück. Doch das Stammhaus unserer heutigen Volksbank Spree-Neiße, der Slamener Spar- und Darlehnskassenverein, wurde mitten im 1. Weltkrieg gegründet. Durch zahlreiche sinnvolle und zukunftsweisende Verschmelzungen ist aus den vielen kleinen Genossenschaften das entstanden, was wir heute sind – eine erfolgreiche, in der Region stark verwurzelte Genossenschaftsbank.

Getreu dem Leitsatz „Unser Antrieb: Ihre Anliegen“ stellen wir uns auf Sie – unsere Mitglieder und Kunden – ein. Individuelle Beratung und Betreuung jedes Einzelnen ist für uns eine Selbstverständlichkeit, genauso wie das Leben des Solidaritätsgedankens und der Unterstützung unserer Region. Bestens ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie modernste Technik lassen uns in eine positive Zukunft blicken. Und dabei steht der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns. Darüberhinaus ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates eine wichtige Basis für grundlegende Entscheidungen im Unternehmen.

Unser Dank gilt Ihnen, für das in der Vergangenheit entgegengebrachte Vertrauen und wir freuen uns auf weitere erfolgreiche Jahre – denn wir sind mit Ihnen die Zukunft vor Ort.

Ihr Vorstand

Frank Baer Stephan Menzebach Jürgen Stender



Vorstand der Volksbank Spree-Neiße eG (2015), Jürgen Stender, Stephan Menzebach und Frank Baer [v.l.n.r.]



Kapitel 1

DIE ANFÄNGE DER VOLKSBANK SPREE-NEISSE

KAPITEL 1: DIE ANFÄNGE DER VOLKSBANK SPREE-NEISSE

DIE INDUSTRIELLE REVOLUTION

Die ältesten Wurzeln der Volksbank Spree-Neiße reichen zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Es war eine Epoche großer Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft: Die Industrielle Revolution brach an, gekennzeichnet durch revolutionäre Veränderungen bei den Produktionstechniken (Dampfmaschine, me-



Weberpaar bei der Heimarbeit am Handwebstuhl (Johannes Schiess, um 1830)

chanischer Webstuhl), der betrieblichen Organisation (Fabriken, Aktiengesellschaften) sowie dem Verkehrs- und Kommunikationswesen (Eisenbahn, Kanalbau, Verbrennungsmotor, Telegrafie, Telefon). Innerhalb weniger Jahrzehnte wandelte sich auch Deutschland von einer landwirtschaftlich geprägten Region zu einer der führenden Industrienationen.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür war bereits mit der Agrarrevolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelegt worden. Bauernbefreiung, verbesserte Anbaumethoden sowie neue Kulturen und Geräte sorgten für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Dies sicherte nicht nur eine bessere Lebensmittelversorgung und somit ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum. Es sorgte auch für die Freisetzung der in den Fabriken benötigten Arbeitskräfte.

Die Gewerbefreiheit – erstmals umgesetzt mit den Stein-Hardenbergschen Reformen 1810 in Preußen – beendete zudem für große Teile der gewerblichen Wirtschaft die Reglementierungen des Zunftwesens. Begünstigt wurde der wirtschaftliche Aufschwung auch durch die schrittweise nationale Einigung. Mit der Gründung des Deutschen Zollvereins hatten sich die deutschen Bundesstaaten bereits 1834 auf eine einheitliche Zoll- und Handelspolitik verständigt. Durch den von Preußen dominierten Norddeutschen Bund ab 1866 und die Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 wurde schließlich ein einheitlicher Binnenmarkt geschaffen.

Die Industrielle Revolution hielt auch in der Lausitz Einzug. Als dominierender Wirtschaftszweig kristallisierte sich dabei ab Mitte des 19. Jahrhunderts die Tuchindustrie heraus. Das galt insbesondere für Forst, das sich schnell zum „deutschen Manchester“ entwickelte. Zum Ende des 19. Jahrhunderts entfielen hier gut vier



Durch Großwebereien mit mechanischen Webstühlen brach der traditionelle Wirtschaftszweig Hausweberei rasch zusammen (Max Liebermann, 1897)

Fünftel aller Betriebe und über 90 Prozent aller Beschäftigten auf diesen Industriezweig. Aber auch in Guben und Spremberg gewann die Tuchfabrikation schnell große Bedeutung, wenn auch mit unterschiedlicher Spezialisierung. So entstand in Guben, durch verschiedene Absatzkrisen im Tuchgewerbe begünstigt, eine Woll- und Haarhutindustrie, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum wichtigsten Erwerbszweig der Stadt wurde.

Der Aufschwung der Tuchindustrie wurde wesentlich befördert durch die Einführung von Spinn- und Webmaschinen sowie durch die ab den 1840er Jahren einsetzende Nutzung von Dampfmaschinen zur verlässlichen Gewinnung der notwendigen Antriebskraft. Der zunehmende Einsatz dieser Techniken förderte zudem den Aufbau verschiedener Fabriken für die Reparatur und den Bau neuer Maschinen. Daneben begünstigte die Suche nach preiswertem Brennmaterial für die zahlreichen Dampfkessel in den Fabriken den Beginn

des Braunkohlenabbaus in der Region. Die Öffnung nahegelegener Abbaustätten bei Guben, Spremberg, Reuthen oder Döbern in den 1850er und 1860er Jahren beflügelte dann wiederum die weitere Verbreitung kohlebeförderter Dampfmaschinen in der Textilindustrie. In der Folge verbrauchten die Tuchfabriken etwa 1870 rund die Hälfte der in der Niederlausitz geförderten Braunkohlenmenge.



Fabriken verändern die Organisation der Arbeit



Das „Eisenwalzwerk“ von Adolph v. Menzel gilt als eine der ersten größeren Industriedarstellungen in Deutschland (1875)

Forst, das deutsche Manchester: Neben dem Kirchturm prägten vor allem die Schornsteine der zahlreichen Fabriken das Panorama der Stadt (Blick vom Wasserturm, um 1910)



Die „Jule“ in der Gubener Straße, Forst

Neben der Tuchindustrie und ihren „Ergänzungsindustrien“, dem Maschinenbau und dem Braunkohlenabbau, entwickelte sich vor allem die Glasindustrie zu einem weiteren bedeutenden Erwerbszweig zwischen Spree und Neiße. Hier entstanden unter anderem einige Tafelglashütten bei Döbern sowie mehrere Glashütten um Welzow und auch eine Spiegelfabrik in Weißwasser. Von lokaler Bedeutung waren zudem etliche Fabriken der Holz- und Möbelindustrie, zur Produktion von Fahrrädern, Dachpappe, Papier, Tabak und Zigarren sowie zur Teppich- und Strumpfherstellung. Alle diese Wirtschaftszweige profitierten wesentlich von der Erschließung der Region durch die Eisenbahn. Bereits 1846 wurde die von Berlin über Frankfurt/Oder und Guben nach Breslau führende Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn eröffnet. Für zwei Jahrzehnte brachte sie den Gubener Tuchfabrikanten Wettbewerbsvorteile gegenüber den Fabrikanten der anderen Niederlausitzer Tuchstädte. Dann erhielten auch die anderen großen Städte Anschluss an das Schienennetz. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts durchzog ein dichtes Netz von regionalen und überregionalen Bahnlinien die Niederlausitz.

ERÖFFNUNGSJAHR REGIONALER BAHNLINIEN

- 1846** **BERLIN – BRESLAU**
über Guben
- 1866** **ANSCHLUSS VON SPREMBERG**
an die Bahnlinie Berlin-Görlitz
- 1867** **ANSCHLUSS VON WEISSWASSER**
an die Bahnlinie Berlin-Görlitz
- 1872** **COTTBUS – SORAU**
über Forst
- 1872** **MUSKAU – WEISSWASSER**
- 1894** **FORST – WEISSWASSER**
- 1904** **FORST – GUBEN**

MASSENARMUT ALS FOLGE

Die wirtschaftliche Entwicklung ab Mitte des 19. Jahrhunderts war auch eng verbunden mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Auf dem Land hatten die Agrarreformen die Bauern zwar von Erbuntertänigkeit und Frondiensten entbunden, für die persönliche Freiheit und die Übernahme des von ihnen bewirtschafteten Landes mussten sie jedoch hohe Ablösesummen an ihre Gutsherren zahlen. Hinzu kamen die Auswirkungen der Industrialisierung: So führte unter anderem der verstärkte Einsatz von Maschinen und Dampfkraft zur Abnahme der Handarbeit – wodurch auch viele Arbeiter und Tagelöhner ihre angestammten Arbeitsplätze verloren. Auf dem Land verlor insbesondere die im

Textilsektor verbreitete Heimarbeit gegenüber der maschinellen Massenproduktion schnell ihre Konkurrenzfähigkeit. Damit brach für viele Bauern eine Nebenerwerbsmöglichkeit weg, auf die gerade die Besitzer von Klein- und Kleinstbauernstellen als Ergänzung zur saisonalen Landarbeit angewiesen waren. Im städtischen Gewerbe zeigte sich zudem eine Auflösung traditioneller handwerklicher Strukturen: Durch Aufhebung des Zunftzwanges und in Verbindung mit der Zuwanderung vom Lande waren Massenberufe wie Schneider oder Schuhmacher bald überbesetzt. Zudem führten „Verkehrsrevolution“ und Zollunion zur Aufhebung regionaler Marktbegrenzungen.

Franz Rehbein (1867–1909)
arbeitete etliche Jahre als
Land- und Hilfsarbeiter,
bevor er ab 1902 Lokal-
redakteur der sozial-
demokratischen Zeitung
„Vorwärts“ wurde

”

„Früher gab es sowohl im Winter als auch im Sommer in der Landwirtschaft Arbeit genug, denn sämtliche Arbeiten mussten mit der Hand verrichtet werden. Den ganzen Winter über standen einige Tagelöhner auf der Dreschdiele und droschen das Korn mit dem Flegel aus. Diese Arbeit hat sich infolge der jetzt überall gebräuchlichen Dreschmaschinen bis auf ein Minimum beschränkt. (...) Ebenso macht die Mähmaschine viele Hände überflüssig, wo Bodenbeschaffenheit und Kornart dies nur immer gestatten. (...) So hat also (...) die Einführung von Maschinen eine förmliche Umwälzung auch in der Landwirtschaft herbeigeführt, die besonders für die sesshaften Arbeiter äußerst nachteilig wirkt.“

ERINNERUNGEN EINES LANDARBEITERS AN DIE INDUSTRIALISIERUNG
(aus: Franz Rehbein, „Das Leben eines Landarbeiters“, Jena 1911)

Als Folge dessen setzten in fernen Fabriken kostengünstiger produzierte Massengüter die regionalen Handwerker unter enormen Konkurrenzdruck. Eines der damaligen Hauptprobleme für Bauern, Handwerker und kleine Händler war ihr Mangel an Kapital und die ihnen fehlenden Kreditmöglichkeiten. Kredite privater Bankiers oder der staatlich geförderten Pfandhäuser, Spar- und Leihkassen bekamen sie kaum. Stattdessen waren sie auf private Darlehnsgeber angewiesen, die jedoch meist wucherische Zinssätze verlangten. Bereits im späten 18. Jahrhundert entstanden daher erste sogenannte Privat-Sparkassen. Meist auf Initiative von Landesherren oder wohlthätigen Privatleuten gegründet, sollten sie den ärmeren Bevölkerungsschichten eine nachhaltige Bildung von finanziellen Rücklagen ermöglichen. Die meisten dieser Gründungen bestanden allerdings nicht lange. Sie scheiterten oftmals an einem stark ausgeprägten Wohltätigkeitscharakter, einer ungenügenden Kreditkontrolle oder einem zu geringem Eigenkapital.

DIE GENOSSENSCHAFTSIDEE

Zur Mitte des 19. Jahrhunderts suchten die beiden Genossenschaftspioniere Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch unabhängig voneinander nach Möglichkeiten, die Situation der verarmten Landbevölkerung als auch des bedrängten städtischen Mittelstandes nachhaltig zu verbessern. Einen Ausweg sahen beide in regionalen Zusammenschlüssen von Bauern bzw. von kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden unter dem Prinzip der genossenschaftlichen



„Der Geldwechsler und seine Frau“ von Marinus van Reymerswaele (um 1533)

Selbsthilfe: Gestützt auf seine Studien des englischen und französischen Genossenschaftswesens gründete der Jurist und liberale Politiker Schulze-Delitzsch 1850 den „Delitzscher Vorschussverein“. Dabei sollten den Genossenschaftsmitgliedern aus ihren eingezahlten Beiträgen im Bedarfsfall Kredite zu günstigen Zinskonditionen gewährt werden. Dieser Grundgedanke ging auf: Der Delitzscher Vorschussverein wurde zum Vorläufer der städtisch-gewerblichen Kreditgenossenschaften, die heute als Volksbanken firmieren. Im Westerwald sah sich Raiffeisen als Bürgermeister mit den Problemen der oftmals mittellosen Landbevölkerung konfrontiert. Bei Missernten oder verendetem Vieh suchten viele Bauern ihr Heil bei Wucherern, die ihnen zu enormen Zinsraten Geld liehen. Konnten die Bauern das Geld nicht zurückzahlen, drohte ihnen die Zwangsversteigerung der Höfe.

KLEINE BEGRIFFSKUNDE

Der Begriff Genossenschaft wurzelt im altdeutschen Wort „noz“ (= Vieh). Wer Anteil am Vieh bzw. einer Viehweide hatte, wurde als „Ginoz“ bezeichnet. Die gemeinsame Viehhaltung war Angelegenheit der „ginozcaf“. Aus dem „Ginoz“ wurde im Mittelhochdeutschen der „Genoz“ und in der Neuzeit der „Genosse“. Der Begriff bezeichnet Gefährten mit gemeinsamen Erfahrungen oder Zielen, z. B. Kampf-, Eid- oder Bundesgenossen.



links: Hermann Schulze-Delitzsch (Porträt um 1860),
rechts: Friedrich Wilhelm Raiffeisen (Porträt um 1860)



Zwischen 1854 und 1864 entwickelte er daher ein ähnliches Darlehnskassen-Modell für den ländlichen Raum. Neben dem Geldgeschäft übernahmen die Kassenvereine zudem bald auch noch den landwirtschaftlichen Warenhandel und versorgten die Landwirte mit Saatgut, Dünger oder Vieh.

DIE ERSTEN WURZELN DER VOLKSBANK SPREE-NEIßE

Durch die räumliche Nähe zu Delitzsch fand das von Schulze-Delitzsch propagierte Konzept der gewerblichen Kreditgenossenschaft auch in der Lausitz schnell engagierte Anhänger. Bereits am 19. November 1860 gründeten 71 Forster Bürger einen Credit-Cassen-Verein, der am 1. Januar 1861 den Geschäftsbetrieb aufnahm. Nach bisherigem Kenntnisstand ist dieser Verein die älteste Wurzel der heutigen Volksbank Spree-Neiße. Nur unwesentlich jünger ist der Muskau'er Vorschussverein, der 1862 ins Leben gerufen wurde. Beide Gründungen stießen schnell auf regen Zuspruch aus der Bevölkerung. Auch in Guben und Spremberg wurden 1860 bzw. 1862 gewerbliche Vorschussvereine gegründet. Zwar fielen beide der großen Inflation bzw. dem

WAS SIND GENOSSENSCHAFTEN?

Eine Genossenschaft ist ein freiwilliger Zusammenschluss von mindestens drei Mitgliedern zur Förderung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Die Mitglieder (Genossen) bleiben selbstständig, gemeinsam sind z. B. der Ein- und Verkauf oder die Nutzung bestimmter Produktionsmittel. Kennzeichnend für Genossenschaften ist das Vertrauen in die eigene Kraft, ausgedrückt durch die Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Sie müssen im Genossenschaftsregister eingetragen und einem Genossenschaftsverband mit gesetzlichem Prüfungsrecht angeschlossen sein.

Im Verlauf seiner gut 150-jährigen Geschichte hat das moderne Genossenschaftsmodell in allen Bereichen der Wirtschaft Fuß gefasst. Neben den Bankgenossenschaften gibt es heute beispielsweise Wohnungsbau-, Konsum-, Fischerei- oder Malergenossenschaften. Bekannte Beispiele aus ihren Reihen sind etwa die Einzelhandelsgenossenschaft Edeka, die zentrale Vergabestelle der deutschen Internet-Domains (DENIC), die DATEV als Genossenschaft für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie „die tageszeitung“ (taz).



Zweiten Weltkrieg zum Opfer, doch auch sie tragen mit zur langen Tradition der genossenschaftlichen Bankidee nach den Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstverantwortung in der Region bei.

Die beiden Jahrzehnte um die Jahrhundertwende gelten als die große Zeit der Genossenschaftsgründungen. Dazu beigetragen hat zum einen die erhöhte Sicherheit durch das zum 1. Mai 1889 überarbeitete Genossenschaftsgesetz. Im Ergebnis der dabei ermög-

lichten Haftungsbeschränkung wandelten zahlreiche bestehende Genossenschaften ihre Firmierung nach und nach von der unbeschränkten in eine beschränkte Haftung. Unter ihnen war auch der Credit-Cassen-Verein zu Forst. Seine Mitglieder beschlossen während der Generalversammlung am 2. April 1902 die Einführung der beschränkten Haftpflicht.

Zum anderen wurde der Aufschwung der Genossenschaften zwischen 1889 und dem Ersten Weltkrieg



Anzeige des Credit-Cassen-Vereins zu Forst (nach 1902)

auch durch die Preußische Central-Genossenschaftskasse („Preußenkasse“) beflügelt. Die 1895 auf Initiative des preußischen Finanzministers Johannes von Miquel gegründete Bank förderte über regionale Zentralkassen einzelne Genossenschaften mit billigen Krediten. Dadurch löste sie gerade auch im ländlichen Bereich eine Gründungswelle aus, so auch in der Lausitz zwischen Guben und Weißwasser.

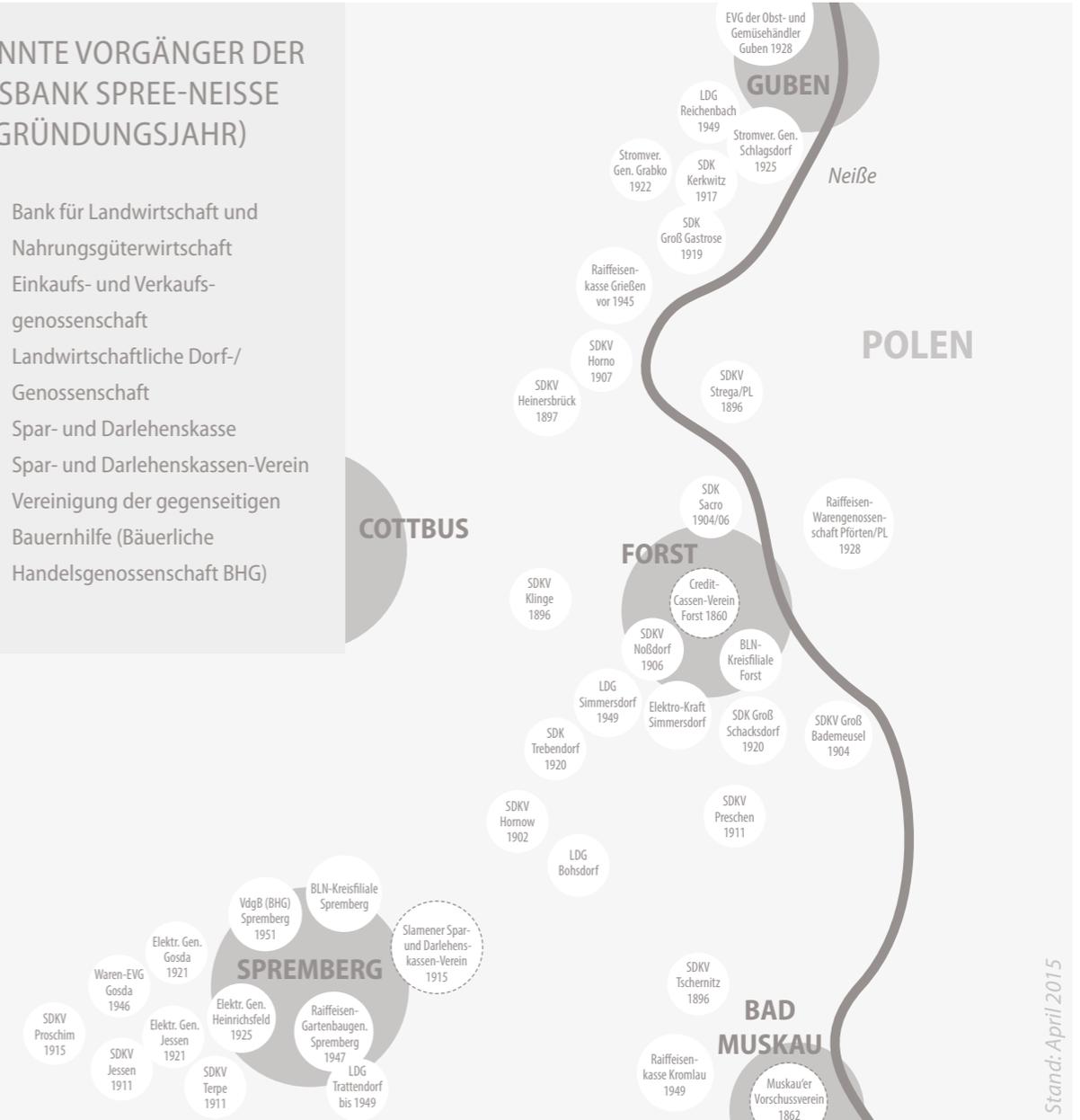
Den Anfang machten dabei nach bisherigen Erkenntnissen die 1896 entstandenen Spar- und Darlehnskassen-Vereine in Tschernitz, Klinge und Briesnig. Letzterer wurde ursprünglich in Strega (heute Strzegów, Polen) gegründet, mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 jedoch nach Briesnig verlegt. Weitere solcher Kassen entstanden um die Jahrhundertwende in Heinersbrück (1897 oder 1898), Hornow (1902), Groß Bademeusel (1904), Sacro (1904), Noßdorf (1906) sowie Horno (1907).

Mitgliederverzeichnis des Muskauer Vorschuss-Vereins (um 1900)



BEKANNTE VORGÄNGER DER VOLKSBANK SPREE-NEISSE (MIT GRÜNDUNGSJAHR)

- BLN** Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft
- EVG** Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft
- LDG/LG** Landwirtschaftliche Dorf-/Genossenschaft
- SDK** Spar- und Darlehenskasse
- SDKV** Spar- und Darlehenskassen-Verein
- VdgB** Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft BHG)



Zeichnet Kriegsanleihen!
Jeder Bürger sollte sich an
der Kriegsfinanzierung
beteiligen (um 1917)



DER ERSTE WELTKRIEG

Am 28. Juni 1914 wurden in Sarajevo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Ehefrau von serbischen Nationalisten ermordet – und damit die Zündschnur an das „Pulverfass Europa“ gelegt. Österreichs Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli 1914 setzte über die verschiedenen Bündnisverträge und Beistandspakte einen Automatismus der Mobilmachung unter den europäischen Großmächten in Gang. Ab 1. August befand sich das Deutsche Reich im Kriegszustand und Kaiser Wilhelm II. rief sein Volk zu den Waffen. Viele rechneten mit einem schnellen Waffengang. „Zu Weihnachten sind wir wieder zu Hause“, „Auf einen Kaffee nach Paris“ – solche Sätze zeigen die gutgläubi-

ge und auch begeisterte Einstellung der jungen Männer, die sich mit den Erinnerungen an den schnellen Sieg im deutsch-französischen Krieg 1870/71 auf den Weg an die Fronten machten. Doch der von der deutschen Heeresführung angestrebte rasche Bewegungskrieg erstarrte schon nach wenigen Wochen in einem erbittert geführten Stellungskrieg, dessen Schrecken bis 1918 dauern sollten.

Der Erste Weltkrieg blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Vorgänger der heutigen Volksbank Spree-Neiße. Allgemein lag die große Belastungsprobe für die deutschen Kreditgenossenschaften vor allem in den Wochen vor dem Krieg. Infolge der politischen

Unsicherheit hoben zahlreiche Sparer ihr Geld bei den Banken ab. Doch danach floss „das Leben der Kreditgenossenschaften verhältnismäßig ruhig dahin“, wie es in den Jahresberichten des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hieß. Schwierigkeiten im Geschäftsablauf ergaben sich vor allem durch das Fehlen von Angestellten so-

wie Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern, die dem Ruf zur Fahne gefolgt waren. Die hohe Nachfrage nach Rüstungs- und anderen handwerklichen Gütern führte zu einem Rückgang des Kreditgeschäftes. Stattdessen stiegen die Spareinlagen deutlich an, die vielfach in Kriegsanleihen und zu niedrigen Zinsen bei anderen Banken angelegt werden mussten.

”

„Die Textilindustrie ist seit dem Herstellungsverbot für Baumwollwaren und durch den teilweisen Mangel an Rohstoffen in ihrem normalen Betrieb stark beeinträchtigt und die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt sind deutlich bemerkbar. In vielen Fabriken (...) wird die tägliche Arbeitszeit verkürzt (...); eine Notlage der Textilarbeiter sucht man teilweise durch andere Beschäftigung in der freien Zeit zu beheben. (...) In den Textilgebieten des Regierungsbezirks Frankfurt, besonders in Guben, wird in einigen Betrieben an den zur Arbeit freigegebenen Wochentagen nur bis vier Uhr nachmittags gearbeitet und ein Teil der Webstühle steht still. Trotz alledem ist die allgemeine Beschäftigung den Verhältnissen entsprechend noch genügend, doch wird mit einer weiteren Verschlechterung in einigen Wochen gerechnet. (...) Für Korbmacher hat sich die Lage etwas verschlechtert, da die Heeresaufträge auf Geschoßkörbe nachgelassen haben. (...) Dagegen war für Zigarren- und Tabakarbeiter wegen der dauernden Heeresaufträge der Beschäftigungsgrad gut. Im Bekleidungs-gewerbe war für Schneider nur eine geringe Nachfrage vorhanden, da auch die Militärlieferungen stark zurückgegangen sind. Aus dem Nahrungsmittel-gewerbe wird ein fühlbarer Mangel an Bäckerei- und Fleischereipersonal gemeldet, da hier weibliche Ersatzkräfte noch kaum in Betracht kommen. (...) Kräftige Frauen wurden teilweise wieder auf Kohlenplätzen, in Gasanstalten, für Erdarbeiten statt männlicher Arbeiter eingestellt.“

AUSWIRKUNGEN DES KRIEGES AUF DIE REGIONALE WIRTSCHAFT

Spremberger Anzeiger:
Bericht über die Lage des
Arbeitsmarktes in Groß-
Berlin und der Provinz
Brandenburg im Monat
August 1915

Aufruf zum Sparen
von Seife während des
Ersten Weltkrieges

Das zeigte sich auch beim Credit-Cassen-Verein in Forst. Hier war es der örtlichen Tuchindustrie gelungen, in größerem Umfang Staatsaufträge an sich zu ziehen. Die dadurch erzielten Gewinne fanden ihren Weg auch auf die Konten der Fabrikanten bei der Gewerbebank. In der Folge stiegen die Spareinlagen der Kunden bereits 1915 auf 11,5 Millionen Mark, 1918 dann sogar auf 20 Millionen Mark an. Im Gegenzug betrug die Summe der vom Credit-Cassen-Verein ausgeliehenen Gelder 1918 nur noch 2,5 Millionen Mark. Alle anderen ausgegebenen Kredite waren durch die Schuldner schon



zurückgezahlt worden und neue Kreditanfragen gab es zu dieser Zeit nicht. Die Genossenschaft musste daher zwölf Millionen Mark in Reichsschatzwechsel und kurzfristigen Bankguthaben anlegen.

Weitere sieben Millionen Mark waren in mündelsichere Wertpapiere investiert. Mit zusätzlichen 31 Millionen Mark beteiligten sich die Bank und ihre Mitglieder in den Kriegsjahren an der Zeichnung und dem Kauf von Kriegsanleihen. Erschwerend hinzu kam in dieser Situation zudem, dass 1915 bis auf zwei Vorstände und einen Kassenboten alle Mitarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Die Genossenschaft musste daher auf zahlreiche Hilfskräfte zurückgreifen, um das stetig anwachsende Geschäft überhaupt bewältigen zu können.

Vergleichbar war die Situation auch bei den zahlreichen ländlichen Spar- und Darlehnskassen-Vereinen, wie ein Bericht vom Unterverbandstag der Raiffeisen-Vereine des Kreises Spremberg am 15. August 1915 in Graustein zeigt. In seiner Bilanz des ersten Kriegsjahres berichtete der Verbandsdirektor ebenfalls von „einigen Angstabwehungen der Spargelder“ zu Beginn des Krieges. Dies habe „sich aber bald beruhigt“. Mittlerweile überwogen die Einzahlungen bei allen Vereinen die Auszahlungen. Darlehen würden nur in geringerer Zahl ausgegeben, „da die Bautätigkeit ganz ruhte und Neuanschaffungen nur in den dringendsten Fällen erfolgten.“ Dafür habe der gemeinsame Warenbezug deutlich zugenommen, auch wenn „wegen Mangels an ausländischen Düngemitteln und Futtermitteln nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden“ konnten.

DAS „STAMMHAUS“ ENTSTEHT

Ob es nun die möglichen hohen Spargelder waren, der Wunsch nach einer besseren Warenversorgung unter den Kriegsumständen oder einfach nur den Strömungen der Zeit entsprach – nur kurz nach dem Treffen der Raiffeisen-Vereine des Kreises Spremberg entstand in Slamen das „Stammhaus“ der heutigen Volksbank Spree-Neiße. Der Ort umfasste damals rund 450 Haushalte mit insgesamt circa 2.300 Einwohnern. Viele von ihnen arbeiteten damals in den Spremberger Tuchfabriken. Ihnen den Arbeitsweg zu erleichtern, war dann auch ein wesentlicher Grund für die 1910 errichtete Fußgängerbrücke über die Spree in Unterslamen.

Am 5. Dezember 1915 trafen sich etliche Slamener Bürger im Karraß'schen Gasthofe. Erschienen war auch Pastor Vetter aus Dubraucke, der damals für den Unterverband der Raiffeisen-Vereine des Kreises Spremberg für die Errichtung weiterer ländlicher Genossenschaften warb. Seine ausführlichen Darlegungen über Sinn und Nutzen solcher Vereine nach Raiffeisen'schen Grundsätzen stießen auf reges Interesse bei den Anwesenden, die danach den Slamener Spar- und Darlehnskassenverein ins Leben riefen.

Der Geschäftszweck des Vereins war laut Satzung „die Beschaffung der zu Darlehn und Krediten an die Mitglieder erforderlichen Geldmittel“ sowie „die Schaffung weiterer Einrichtungen zur Förderung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder“. Zu letzterem zählten insbesondere der gemeinsame Warenbezug, die Herstellung und der Absatz von Erzeugnissen „des landwirtschaftlichen Betriebes und des ländlichen Gewerbefleißes“

sowie die Beschaffung von Maschinen und anderen Gebrauchsgegenständen auf gemeinschaftliche Rechnung zur mietweisen Überlassung an die Mitglieder. Als erste Vorstandsmitglieder wählten die 18 Gründungsmitglieder den Bahnarbeiter Hermann Matschke sowie die Kleinbauern Wilhelm Jatzko, Ferdinand Kraus, Wilhelm Schiemenz und Wilhelm Walter. Gerade diese Klein- und Kleinstbauern, damals Häusler und Büdner genannt, bewohnten in der Regel ein eigenes kleines Haus im Dorf, besaßen aber außer einem Garten nur wenig bis kein eigenes Land. Sie waren daher meist auf ergänzende Tätigkeiten als Kleinhandwerker oder Tagelöhner angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

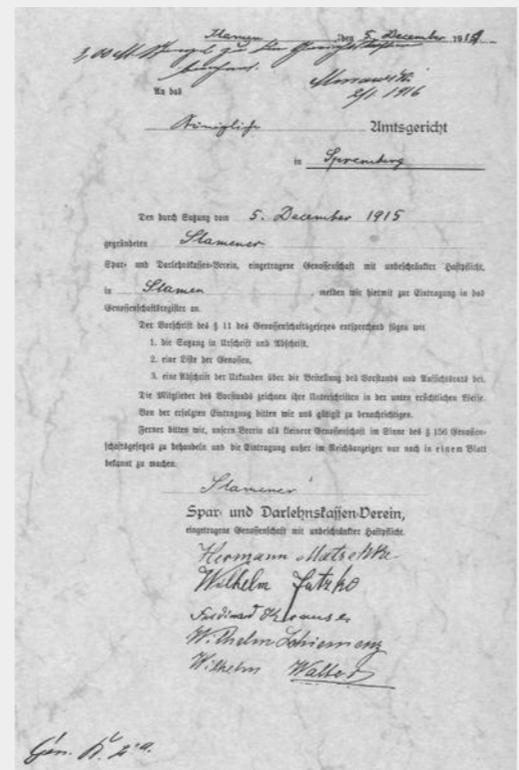
Mit dem Jahresbeginn 1916 nahm der Verein vermutlich seine Geschäftstätigkeit auf. Schon innerhalb des ersten Geschäftsjahres konnten Spareinlagen von mehr als 10.000 Mark gewonnen werden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Mitglieder von 18 auf 30 an. Fünf Jahre später, zum Jahresende 1921, waren es dann schon 87 Mitglieder – ein Beweis dafür, dass auch im beschaulichen Slamen mit der Gründung der Kreditgenossenschaft einem dringenden Bedürfnis in der Bevölkerung entsprochen wurde.

Bericht: Gründungsversammlung der Slamener Spar- und Darlehnskasse

„Slamen, 9. Dezember. Gründung einer Spar- und Darlehnskasse. Am Sonntag, den 5. d. M., versammelte sich im Karraß'schen Gasthofe eine größere Anzahl Mitglieder des hiesigen Haus- und Grundbesitzer-Vereins zwecks Gründung einer ländlichen Spar- und Darlehnskasse nach Raiffeisenschen Grundsätzen. Erschienen war der Unterverbandssekretär Herr Pastor Vetter aus Dubraucke. Auch die Zentrale Berlin für ländliche Genossenschaften hatte einen Herrn nach hier entsandt. Herr Pastor Vetter erläuterte in eingehender und klarer Weise die Grundsätze der ländlichen Genossenschaften. Die Genossenschaften sind dazu berufen, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und zu stützen, die ländliche Bevölkerung zu wirtschaftlicher Tüchtigkeit und zu richtigen wirtschaftlichen Anschauungen zu erziehen. Als Bezugsgenossenschaften vermögen sie die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, Futtermittel, Düngemittel, Saatgut im großen einzukaufen und im kleinen zu wenig erhöhten Preisen abzugeben. Der billige Bezug dieser Betriebsmittel ermöglicht es dem kleinen Landwirt, zu intensiverem Betriebe überzugehen. Der genossenschaftliche Zusammenschluss gestattet auch den Bauern, die Vorteile des Maschinenbetriebes sich zu verschaffen. Der Einzelne kann die Maschine nicht bezahlen, er kann sie auch nicht ausnutzen. In der Genossenschaft ist das sehr wohl möglich, wenn nur die

Mitglieder die Maschine einsichtsvoll nicht alle zu gleicher Zeit benutzen wollen.

Den weitgehendsten Einfluss haben die ländlichen Kreditgenossenschaften gewonnen. Nach der Statistik des letzten Jahres sind von 19.323 Genossenschaften 13.181 Spar- und Darlehnskassen mit über einer Million Mitglieder. Die Kassen haben also den doppelten Zweck, Spareinlagen anzunehmen und Darlehen zu geben und nach beiden Seiten hin haben sie ihre Bedeutung. Es ist



ein unbestreitbares und allgemein anerkanntes Verdienst der Darlehnskassen, dass sie den Wucher zurückdrängen und den eigentümlichen Kreditbedürfnissen des Bauern nachgeben. So haben sie langfristige Darlehen gegeben und die Rückzahlungsfristen bestimmt mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Maßnahmen des Schuldners, der vor Verwertung seiner Ernte in der Regel nicht zurückzahlen kann. Die Genossenschaften nehmen mäßige Zinsen und gestatten, durch Teilrückzahlungen die Schuld allmählich zu tilgen. Auf der anderen Seite gewinnen diese Vereine auch Bedeutung als Sparkassen. Durch Pflege der Kleinsparkassen, durch Erleichterung des ganzen Sparverkehrs regen sie zur Sparsamkeit an, erziehen zur Ordnung und Sorge für die Zukunft und nützen so jedem einzelnen. Sie nützen aber auch der ganzen Landbevölkerung, indem sie die überschüssigen Kapitalien des Landes aufnehmen und dem Lande wiederum zuführen zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage seiner Bevölkerung. Schließlich liegt auch ein hoher sittlicher Wert in der Tatsache, dass durch die Genossenschaft jeder einzelne sich selbst hilft. – Nach dem Vortrage des Herrn Pastor Vetter wurde sofort ein „Raiffeisen“ gegründet. Es liegt im Interesse eines jeden, dem Verein beizutreten. Im Zusammenschluss liegt unsere Stärke.“

Artikel aus dem Spremberger Anzeiger vom 10. Dezember 1915



Beitrittserklärung zur Slamener Spar- und Darlehnskasse (1917)

Reichsbanknote

fzig Millionen Mark

Die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese
Note dem Einlieferer. Vom 1. September 1923 ab kann
Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen
gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden

Berlin, den 25. Juli 1923

Reichsbankdirektorium

Hans Sauerbrey
Hilmar Schuler
Paul Jochen
V. Guericke

Kapitel 2

GROSSE INFLATION,
WELTWIRTSCHAFTSKRISE,
NATIONALSOZIALISMUS

KAPITEL 2: INFLATION, WELTWIRTSCHAFTSKRISE, NATIONALSOZIALISMUS

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gewann der Zusammenschluss in Genossenschaften wieder stark an Bedeutung. Registrierte man im Deutschen Reich bis 1917 jährlich noch etwa 1.000 neue Genossenschaften, so waren es 1918 bereits mehr als 2.000. Für die folgenden drei Jahre kann man dann von einem regelrechten Gründungsfieber sprechen: In dieser Zeit schnellten die Neugründungen auf jeweils rund 5.000 jährlich empor. Dazu beigetragen hat insbesondere eine starke Ausbrei-

und Darlehnskassen-Vereins. Zwei weitere Neugründungen folgten 1920 in Groß Schacksdorf und Trebendorf. Darüber hinaus entstanden zu dieser Zeit auch verschiedene Elektrizitäts- bzw. Stromversorgungsgenossenschaften, so zum Beispiel in Atterwasch (gegr. 1919), Grabko (1922), Heinrichsfeld und Schlagsdorf (1925). Es mag etwas verwunderlich klingen, aber diese Genossenschaften zählen ebenfalls zu den historischen Wurzeln der heutigen Volksbank Spree-Neiße. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gingen sie in den damals in vielen Dörfern und kleineren Städten gebildeten landwirtschaftlichen Universalgenossenschaften auf, zusammen unter anderem mit den Spar- und Darlehnskassen.

INFLATION UND HYPERINFLATION

Alle diese Neugründungen entstanden in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit: Die Kriegswirtschaft musste nach 1918 wieder auf eine zivile „Friedensproduktion“ umgestellt, Kriegsversehrte und Hinterbliebene versorgt werden. Zugleich musste Deutschland neben seinen eigenen Kriegsschulden hohe Reparationsleistungen zahlen. Zur Finanzierung behalf sich die Regierung mit einer zunehmenden Betätigung der Notenpresse – und nährte damit kräftig die bereits zu Kriegszeiten begonnene Inflation.

Ab Juni 1923 wurde aus der bereits galoppierenden Inflation eine Hyperinflation. Das umlaufende Bargeld stieg auf die astronomisch anmutende Summe von fast

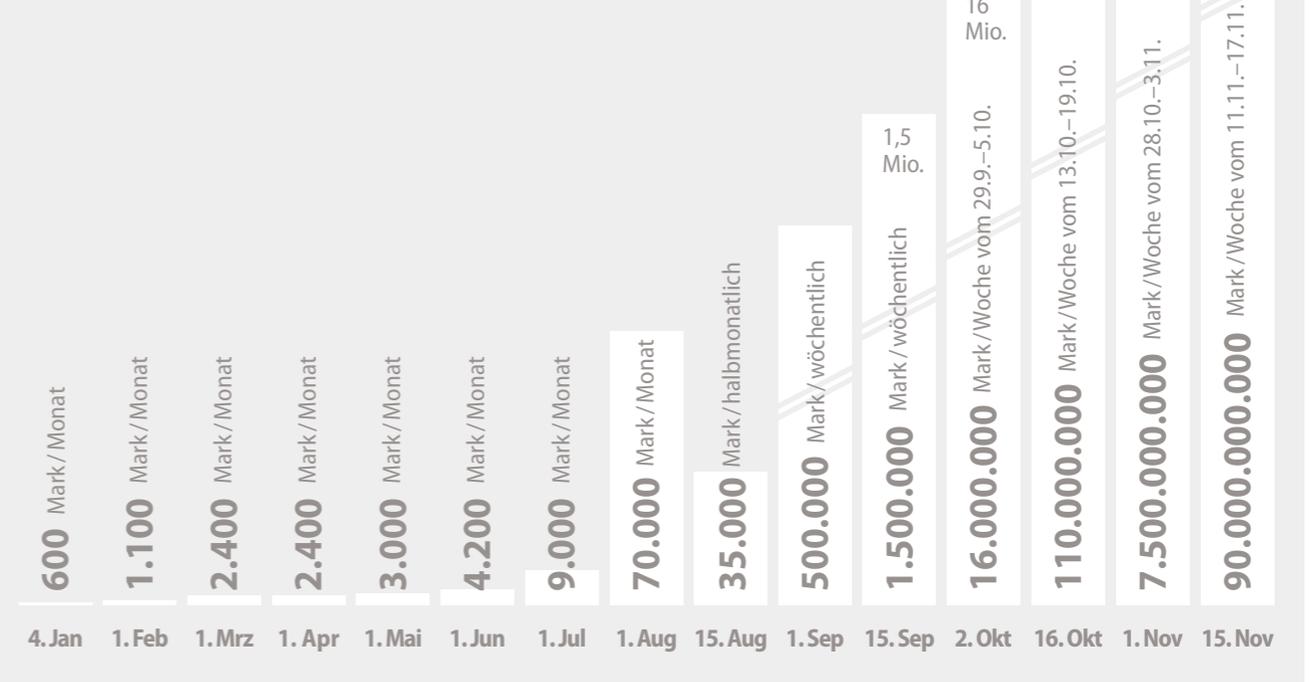


Firmenschild ländlicher Spar- und Darlehnskassen (Emaillenschild um 1940)

tung der Spar- und Darlehnskassen, die mittlerweile in den meisten Dörfern existierten. Insgesamt zählte man 1925 mehr als 22.500 Kreditgenossenschaften. Danach begann vor allem im ländlichen Bereich ein stetiger Konzentrationsprozess.

Die Gründungswelle hinterließ auch in der Region zwischen Guben, Spremberg und Weißwasser ihre Spuren: 1919 kam es in Groß Gastrose zur Gründung eines Spar-

BEZUGSPREISE FÜR DEN „SPREMBERGER ANZEIGER“ IM JAHR 1923 (IN MARK)



500 Trillionen Mark (zum Vergleich: eine Trillion ist eine 1 mit 18 Nullen, also hier 500.000.000.000.000.000.000.000 Mark). Hinzu kamen weitere 200 Trillionen Mark „Notgeld“, das von Gemeinden und Betrieben ausgegeben wurde. Rund 300 Papierfabriken und 150 Druckereien waren mit der Herstellung von Banknoten beschäftigt. Und während die Beträge auf den Geldscheinen immer größer wurden, sank die Kaufkraft der Währung ins Bodenlose. Vormalig monatlich gezahlte Gehälter wurden bald wöchentlich und dann auch täglich ausbezahlt.

Wer das Geld nicht gleich ausgab, musste damit rechnen, dass es wenige Stunden später nur noch einen Bruchteil wert war.

Das schiere Ausmaß des Geldverfalls zeigte sich im Alltag unter anderem bei den Preisen für die örtlichen Zeitungen. Beim „Spremberger Anzeiger“ explodierten die Bezugspreise förmlich von 600 Mark für den Monat Januar 1923 bis auf 90 Milliarden Mark allein für die Woche vom 11. bis 17. November 1923.

Preisentwicklung beim „Spremberger Anzeiger“ im Inflationsjahr 1923

Die galoppierende Inflation hat auch bei den Bankgenossenschaften zwischen Spree und Neiße teilweise sehr deutliche Spuren hinterlassen. Besonders stark betroffen war der Credit-Cassen-Verein in Forst. Dieser zählte mit 2.147 Mitgliedern und einer Bilanzsumme von 73,57 Millionen Reichsmark zu den 30 größten Kreditgenossenschaften im Deutschen Reich. Doch nach dem im November 1923 erfolgten Währungsschnitt (1 Rentenmark = 1 Billion Papiermark) zeigte sich die harte Wahrheit: Die in Jahrzehnten gebildeten eigenen Vermögen waren bis auf den unbelasteten Grundbesitz verloren – „die Arbeit von 63 Jahren war vernichtet“. Die Bank musste im Prinzip wieder neu anfangen.

Reichsbanknoten:
Die Beträge auf den
Geldnoten wurden von
Woche zu Woche höher
(1922/23)



IN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Im Winter 1929/30 geriet Deutschland in den Strudel der Weltwirtschaftskrise. Deutlich zu Tage trat die Krise am 24. und 25. Oktober 1929 mit den Kursstürzen an den internationalen Börsen. Sie verdeutlichten die schon länger schwellenden Strukturkrisen in den USA und den Kernländern Europas. Hier hatten die nach dem Ersten Weltkrieg deutlich ausgebauten Produktionskapazitäten vor allem in der Konsum- und Investitionsgüterindustrie zu deutlichen Überkapazitäten geführt. Ebenso herrschte in der Landwirtschaft durch eine verstärkte Mechanisierung und überwiegend gute Ernten ein deutliches Überangebot. Die Wucht der Krise erfasste auch die deutsche Wirtschaft: Die für die Modernisierung dringend benötigten ausländischen Kredite wurden abgezogen; in den USA und Europa gewann nationale Schutzzollpolitik wieder an Bedeutung. Hinzu kam die hohe Arbeitslosigkeit: Von September 1929 bis Anfang 1932 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland von 1,3 auf über 6 Millionen. Der Kreislauf aus sich verringernder Kaufkraft, sinkender Nachfrage und erneuten Entlassungen führte zu einer Verelendung

breiter Bevölkerungskreise und verschärfte zudem die Dauerkrise in der Landwirtschaft. Auch die Lausitzer Gewerbelandschaft blieb von der weltweiten Krise nicht verschont. Allein in Forst sank die Zahl der Tuchbetriebe um ein Drittel auf 289. Mitte der 1920er Jahre waren es noch 422 gewesen. Diese Entwicklung hatte natürlich auch Auswirkungen auf die regionalen Genossenschaftsbanken. So sank beispielsweise bei der Forster Gewerbebank die Mitgliederzahl zwischen 1927 und 1933 um ein Fünftel auf 1.301. Die Umsätze der Bank nahmen im gleichen Zeitraum um knapp die Hälfte auf 104,98 Millionen Reichsmark ab, die jährliche Gewinnausschüttung an die Mitglieder halbierte sich ebenfalls von acht auf vier Prozent. Aber auch in und um Spremberg machte sich diese Entwicklung bemerkbar, wie die Bilanzen des Slamener Spar- und Darlehnskassen-Vereins aus dieser Zeit zeigen. War hier die Bilanzsumme nach der großen Inflationszeit zwischen 1925 und 1929 noch Jahr für Jahr von 9.455 Reichsmark auf 17.882 Reichsmark gestiegen, so fiel sie dann bis 1932 wieder um 22 Prozent auf 13.894 Reichsmark ab.

Verschiedene
Reichsbanknoten
(1922/23)



„[Aus dem Geschäftsbericht] ging hervor, dass der Verein die vorjährige Krisis gut überwunden hat. Die Umsätze haben sich sogar in diesem Jahr von Monat zu Monat verdoppelt. Es geht wieder aufwärts. (...) 12 Eisenbahnwagenladungen mit Düngemittel- und Futtermitteln, Kartoffeln und Kohlen sind verteilt worden. Es wurde rechnerisch nachgewiesen, dass der geringe Geschäftsanteil von 10 Mark schon bei einem einzigen Bezug wieder herauskommt. (...) Die Mitgliederzahl ist in der Inflationszeit zwar etwas geringer geworden, ist aber immer noch beträchtlich und schon kommen Rückmeldungen, die erkennen lassen, dass die Ausgeschiedenen merken, was es heißt, einer Genossenschaft fernzustehen, welche mit allen Mitteln bestrebt ist, ihren Mitgliedern Vorteile zu bieten und den Gemeinschaftsgeist zu pflegen.“

INFLATIONSFOLGEN BEI DER SLAMENER SPAR- UND DARLEHNSKASSE IM JAHR 1924
Berichterstattung im „Spremler Anzeiger“ über Frühjahrs- und Herbstgeneralversammlung

Bericht: Auswirkungen der Inflation beim Credit-Cassen-Verein Forst

Anlässlich ihres 75. Jubiläums im Jahr 1935 veröffentlichte der Credit-Cassen-Verein in Forst einen ausführlichen Rückblick auf seine bisherige Entwicklung. Darin werden die Auswirkungen der großen Inflationszeit sehr anschaulich beschrieben:

„Ab 1919 begann die zunächst unmerklich vorwärtsschreitende Geldentwertung das Geschäft auszuhöhlen und die in jahrzehntelanger Arbeit angesammelten Rücklagen aufzuzehren. Die Bilanzziffern wurden immer größer und steigerten sich im Laufe der Inflation zu phantastischen Zahlen. Nur mit einem bis zu 90 Angestellten vermehrten Personal war es möglich, die mit diesen großen Umsätzen verbundene Arbeit zu bewältigen. Die katastrophale Wirkung der Inflation zeigte sich recht deutlich bei der Ende 1923 erfolgten Umstellung auf Goldmark.

In der Inflation hatten die Kreditnehmer ihre bestehenden Schulden in entwertetem Geld zurückzahlen können; die Genossenschaft hatte ihre Wertpapiere (...) nach und nach verkauft bzw. ihren Mitgliedern zur Bezahlung von Rohstoffen und Steuern zur Verfügung gestellt, das von der Genossenschaft in Reichsschatzwechseln und Bankguthaben angelegte Geld war restlos verloren, das in Jahrzehnten gebildete Vermögen war in den großen Inflationszahlen untergegangen und es verblieb nur noch der unbelastete Bodenbesitz.

Die Arbeit von 63 Jahren war vernichtet. So musste die Genossenschaft, die vor dem Weltkriege zu den größten Genossenschaften Deutschlands gehörte, wieder neu anfangen. Ein Stillstand trat nicht ein, denn es war ja neben den geringen Vermögensresten noch etwas übrig geblieben: die von genossenschaftlichem Geist beseelte Organisation! Zäh wurde weiter gearbeitet, wenn sich auch durch die Nachwirkungen der Geldentwertung immer wieder Schwierigkeiten zeigten.

Leicht war es nicht, alle Widerstände zu überwinden. Durch die Geldentwertung war der Sparsinn völlig untergraben und das Vertrauen zu allen Geldinstituten verloren, zudem waren die Genossen nicht geneigt, ihre Geschäftsguthaben von neuem aufzufüllen. (...) Das Vertrauen zur Genossenschaft [wurde wieder] gestärkt und sie konnte Ende 1924 schon eine Bilanz von 1.185.000 Reichsmark ausweisen (...) Die Entwicklung der Genossenschaft wird nun wieder eine stetig steigende; selbst die Bankenkrise 1931, die viele Geldinstitute zur Strecke brachte und andere nötigte, Staatshilfe in Anspruch zu nehmen, berührte die Genossenschaft nicht. Sie überstand diese Krise ohne fremde Hilfe aus eigener Kraft und ging ihren Weg weiter aufwärts. (...)

Während der 75 Jahre ihres Bestehens hat die Genossenschaft ihre Aufgabe stets darin gesehen, das ihr zufließende Geld den erwerbstätigen Kreisen von Forst und der nächsten Umgebung zuzuführen, Existenzen aufzubauen, zu fördern und mit Rat und Tat zu unterstützen. Es ist deshalb die Geschichte der Genossenschaft



Anzeige des Credit-Cassen-Vereins zu Forst mit Darstellung des Bankgebäudes (undatiert)

mit der Hebung des Wohlstandes unserer Stadt aufs engste verknüpft. Die Genossenschaft hat aber nicht nur ihre Mitglieder unterstützt, sondern auch, wenn es nottat, für öffentliche Arbeiten Gelder zur Verfügung gestellt. So hat sie z. B. im Jahre 1922 durch Hergabe eines bedeutenden Darlehens an die Stadt Forst mit dazu beigetragen, dass der Bau der Langen Brücke und des Armen- und Siechenhauses durchgeführt werden konnte.

Sie hat auch stets eine offene Hand gehabt, wenn schwere Zeiten über Forst waren und es galt, Not zu lindern. Sie hat dies alles nur vollbringen können, weil eine große Anzahl von Mitgliedern treu zu ihr gehalten hat, und weil sie stets treue Mitarbeiter hatte, welche ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der genossenschaftlichen Sache stellten. Dass die Genossenschaft den Krieg, die Inflation und die Bankenkrise überdauert hat, spricht für die Gesundheit und die Lebenskraft des genossenschaftlichen Gedankens und für die feste Einordnung der Genossenschaften in das deutsche Wirtschaftsleben. Trotz der Fülle neuer Aufgaben sind die Grundsätze und wesentlichen Formen der Genossenschaften seit Schulze-Delitzsch unverändert geblieben. Heute wie vor 75 Jahren sind die Grundpfeiler der Genossenschaften: Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.“

Artikel aus dem Forster Tageblatt vom 18. November 1935

Ab 1933 konnte die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland langsam überwunden werden. Dafür sorgten neben einem allgemeinen Aufschwung der Weltwirtschaft insbesondere auch öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, Steuervergünstigungen und Investitionsanreize. Die in der Krise erwachsene soziale Not in breiten Bevölkerungskreisen bereitete jedoch den Nährboden für rechte (und linke) Agitation gegen die demokratische Ordnung der Weimarer Republik – und ebnete so den Weg für die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933.

Anzeige: Volksbanken in Großdeutschland (1938)



GLEICHSCHALTUNG UND ANTISEMITISMUS

Unter den Nationalsozialisten brach auch für die Genossenschaften eine schwere Zeit an. Ihr Prinzip der genossenschaftlichen Selbstverwaltung kollidierte mit dem vom Nationalsozialismus geprägten „Führerprinzip“, nach dem Führer immer von oben einzusetzen waren. Bereits am 15. März 1933 wurde in einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ das demokratische Selbstverwaltungs- und Organisationsprinzip als historisch überlebt bezeichnet. „Die Genossenschaften haben nicht immer die Kraft, nationalpolitische, wirtschaftlich-schöpferische, aufbauende Keimzellen zu werden. Die heutige Idee des Genossenschaftswesens wird mit der Zeit des sterbenden Kapitalismus selber ihr Ende finden; die Führer des Genossenschaftswesens werden die Schwingungen der neuen Zeit erkennen müssen.“

Doch auch wenn die Genossenschaften kaum in das wirtschaftspolitische Ordnungskonzept der Nationalsozialisten passten, tatsächlich war ihre wirtschaftliche Bedeutung inzwischen vielfach zu groß, als dass man sie einfach hätte auflösen können. Stattdessen setzte man im Zuge der sogenannten „Gleichschaltung“ verstärkt auf personelle Umbesetzungen von Führungspositionen oder die Einsetzung von „Partei-Beauftragten“. Um dabei den Anschein der Legalität zu wahren, änderten die Nationalsozialisten vorab vielfach die gesetzlichen Grundlagen und machten so diktierende Eingriffe rechtlich möglich.

Auch die Judenverfolgung machte vor den Genossenschaften nicht Halt. So wurde beispielsweise die Musteratzung der gewerblichen Genossenschaften 1936



Wahlwerbung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1924)

um einen Paragraphen gegen „nichtarische“ Mitglieder erweitert. Die drei Tage nach der Reichskristallnacht vom 9. November 1938 erlassene „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verbot schließlich allen Juden generell ab 1939 die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft. Aber wie die regionalen Vorgänger der Volksbank Spree-Neiße mit ihren etwaigen jüdischen Mitgliedern umgingen, kann aufgrund einer mangelhaften Quellenlage heute leider nicht mehr nachvollzogen werden. Gleiches gilt auch für das Ausmaß der Gleichschaltung und der Durchdringung der Führungspositionen mit Nationalsozialisten.



Wahlpropaganda zur Volksabstimmung am 10. April 1938 über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich

Drei Werbemotive der gewerblichen Genossenschaftsbanken aus den 1930er Jahren



SPARGELDER UND PERSONALNOT

Am 1. September 1939 begann dann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Beginnend mit der Mobilmachung im August 1939 wurden dafür nach und nach immer mehr wehrfähige männliche Angestellte der Kreditgenossenschaften zum Militärdienst eingezogen. Doch je mehr Mitarbeiter mit fortschreitendem Kriegsverlauf im Feld standen, umso schwieriger wurde es, das Bankgeschäft und auch das genossenschaftliche Leben weiter aufrecht zu erhalten. Das zeigte sich bei der Besetzung der Vorstandspeditionen und Aufsichtsräte ebenso wie bei der Aufstellung geprüfter Jahresabschlüsse und der ordnungsgemäßen Abhaltung beschlussfähiger Generalversammlungen.

Hiervon waren auch die Genossenschaftsbanken in der Lausitz betroffen. So klagte beispielsweise die Volksbank Muskau 1943 im Geschäftsbericht für das vergangene Jahr: „Mit der Dauer des Krieges und seiner gewaltigen Ausdehnung wird auch die deutsche Wirtschaft mehr und mehr von seinen Auswirkungen betroffen. Auch unsere Genossenschaft bekam sie im abgelaufenen Wirtschaftsjahr in ihrer ganzen Schwere zu spüren. Ende Januar 1942 wurde unser geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Herr Fritz Buban, zur Wehrmacht einberufen und einige Wochen später auch Herr Oswald Hentschel, der sich bereitgefunden hatte, seinen Posten zu übernehmen. (...) Um die Fortführung des Geschäfts-

betriebes zu ermöglichen, übernahm das bisherige Aufsichtsratsmitglied, Herr Otto Trinks, als stellvertretendes Vorstandsmitglied nebenberuflich einstweilen die Leitung. Der Versuch, einen geeigneten neuen Leiter zu finden, hatte bisher keinen Erfolg.“

Die regionale Wirtschaft wurde zunächst von der zunehmenden Rüstungsproduktion belebt. Das galt insbesondere für die Tuchfabriken, sofern sie Uniformstoffe für die Wehrmacht und andere nationalsozialistische Gruppierungen produzierten. Die daran nicht beteiligten Fabriken wurden während des Zweiten Weltkrieges teilweise auf die Produktion anderer Rüstungsgüter umgestellt oder auch komplett stillgelegt. Ihre Fabrikgebäude nahmen anschließend oftmals andere kriegswichtige Unternehmen auf, die angesichts zunehmender alliierter Bombenangriffe in der Provinz Unterschlupf suchten. Die Landwirte profitierten weiter von der totalen Ablieferungspflicht innerhalb des Reichsnährstandes. In der Folge sank bei den Bankgenossenschaften wie schon während des Ersten Weltkrieges der Kreditbedarf der Mitglieder, dafür schnellten die Spareinlagen in die Höhe. Das Geld wurde überwiegend in Reichsanleihen oder bei der Zentralbank angelegt – und diente damit letztlich auch der Kriegsfinanzierung.

Der Anstieg der Spareinlagen und der gleichzeitige Rückgang der ausgegebenen Kredite lassen sich ebenfalls gut am Beispiel der Volksbank Muskau verdeutlichen. Hier stiegen die Spareinlagen allein zwischen 1940 und 1943 von 536.739 Reichsmark auf 1.887.715 Reichsmark an – ein Zuwachs um gut 350 Prozent. Im gleichen Zeitraum sanken die ausgeliehenen Gelder um knapp



Werbemotiv der gewerblichen Genossenschaftsbanken (um 1930)

ein Viertel von 291.559 Reichsmark auf 218.762 Reichsmark. Die Bank vermerkte hierzu in ihrem Geschäftsbericht für 1943: „Die Grundlagen der Kriegsfinanzierung blieben unverändert. Der Geldzustrom zu den Banken, ein Kennzeichen der Kriegswirtschaft, hat weiter angehalten. (...) Die Kreditnachfrage unserer Mitglieder [hat] im allgemeinen noch weiter nachgelassen. Infolge unserer starken flüssigen Mittel sind wir jederzeit in der Lage, allen berechtigten Kreditwünschen unserer Mitglieder vollauf gerecht zu werden.“

In die Zeit des Zweiten Weltkrieges fielen auch verstärkte Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Firmenzeichnungen. Die Vorreiterrolle übernahmen hierbei ins-

besondere die gewerblichen Kreditgenossenschaften. Diese firmierten bis dahin noch unter so unterschiedlichen Namen wie Vorschussverein, Gewerbebank, Gewerbe- und Handelsbank oder auch Credit-Verein. Ab 1938 wurden die einzelnen Bankgenossenschaften durch den Deutschen Genossenschaftsverband und seine regionalen Unterverbände angehalten, die bereits von Hermann Schulze-Delitzsch geprägte Bezeichnung „Volksbank“ und das geflügelte „V“ als einheitliches Markensymbol einzuführen. In Muskau stimmten die Mitglieder der seit 1929 als Bankverein firmierenden Bankgenossenschaft in einer Generalversammlung



Werbemotive der Volksbanken mit dem „geflügelten V“

am 31. März 1939 der Umfirmierung in Volksbank Muskau zu. In Forst ließen sich die Mitglieder etwas mehr Zeit und beschlossen erst am 28. April 1942 die Umbenennung in Volksbank Forst (Lausitz). Im Bereich der ländlichen Spar- und Darlehnskassen gab es ähnliche Bestrebungen zur Vereinheitlichung im gesamten Reichsgebiet. Die übergreifende Bezeichnung „Raiffeisenkasse“ begann sich jedoch erst ab 1943 stärker durchzusetzen. So auch beim Slamer Spar- und Darlehnskassenverein, wo die Genossenschaftsmitglieder auf der Generalversammlung am 22. April 1944 einstimmig die Umbenennung ihrer Genossenschaft in Raiffeisenkasse Slamen (Kreis Spremberg) beschlossen. Ebenso umbenannt wurden 1944 die Darlehnskassenvereine in Groß Schacksdorf und in Jessen. Bei anderen Spar- und Darlehnskassen erfolgte diese Umbenennung erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges, so beispielsweise 1946 in Groß Bademeusel.



links: Geschäftsbericht der Volksbank Muskau für 1943 mit dem neuen Gewerbebanken-Logo

rechts von oben nach unten: Schecks der Volksbank Muskau (1945) und das Sparbuch der Volksbank Muskau (1941)



Kapitel 3

DIE ENTWICKLUNG IN DER DDR

KAPITEL 3: DIE ENTWICKLUNG IN DER DDR

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Zerstörte Häuser, Brücken und Fabriken bestimmten mit ihren Schutt- und Trümmerbergen das Bild in einem von Besatzungsmächten geteilten Deutschland. Für die sowjetische Besatzungszone (SBZ) hatte die Rote Armee bereits kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges die zeitweilige Schließung aller Banken angeordnet. Dementsprechend hatten spätestens ab Mai 1945 auch die Genossenschaftsbanken zwischen Spree und Neiße ihre Geschäfte eingestellt – wenn auch nur vorläufig.

Zerstörtes Gebäude der Bank für Handwerk und Gewerbe Forst in der Gubener Straße 3 (1945)



BANKEN FÜR HANDWERK UND GEWERBE

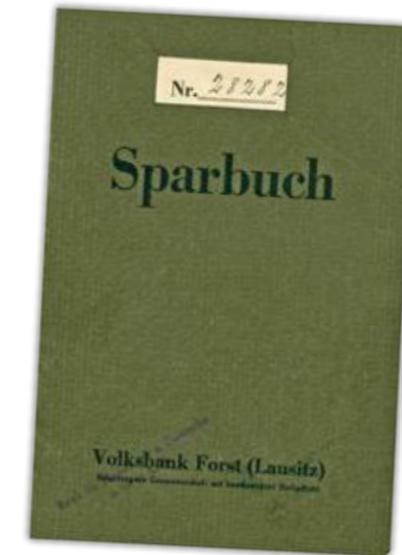
Den früheren Volksbanken wurde mit Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMA) vom 15. Januar 1946 die Wiederaufnahme ihrer Geschäftstätigkeit offiziell gestattet. Zu den Aufgaben der nun als Banken für Handwerk und Gewerbe bezeichneten Kreditgenossenschaften zählten insbesondere die Förderung und Entwicklung des Handels, des Handwerks und anderen Kleingewerbes. So sollten sie zu einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Reparaturen und Dienstleistungen beitragen. Kredite durften dabei ganz im Sinne der Genossenschaft nur an die Mitglieder vergeben werden.

Die Wiedereröffnung verlief unter schwierigen Bedingungen. Durch die Kampfhandlungen waren viele Städte und Dörfer beschädigt oder stark zerstört worden. Das galt in besonderem Maße für Forst: Hier wurden allein im Stadtzentrum drei Viertel der Gebäude als „Totalverlust“ eingestuft. Auch die Forster Volksbank – durch Beschluss der Generalversammlung vom 28. Juli 1946 umbenannt in Bank für Handwerk und Gewerbe in Forst (Lausitz) – war von den Zerstörungen nicht verschont geblieben. Ein Granat- oder Bombentreffer hatte ihr Gebäude in der Gubener Straße 3 schwer beschädigt. Erst im August 1950 wurde ihr der Wiederaufbau des Hauses durch den Bauausschuss der Stadt Forst genehmigt, ab Sommer 1951 konnte die Bank dann zumindest das Erdgeschoss wieder für ihre Geschäfte nutzen. Zudem litt die Bank unter der neuen Grenzzie-

hung an der Oder-Neiße-Linie, brach ihr dadurch doch ein größerer Teil ihres Geschäftsgebietes im Umland weg. Hinzu kam ein beträchtliches Maß an Unsicherheit über die weitere Entwicklung.

Nicht weniger schwierig gestaltete sich die Situation bei der Volksbank in Muskau. Sie hatte große Teile ihres Bankgeschäftes, insbesondere die Kontenkarten, im Februar 1945 vor der heranrückenden Front ins thüringische Pößneck verlagert. Durch diese glückliche Fügung blieben große Teile der wichtigen Unterlagen erhalten, auch als das Gebäude der Gewerbebank durch die Kriegseinwirkungen nahezu vollständig zerstört wurde. Allerdings gelang es aufgrund der großen Raumnot in der zu zwei Dritteln zerstörten Stadt erst Anfang 1948 einen kleinen Raum als neues Geschäftslokal anzumieten. Daher konnte die vormalige Volksbank Muskau erst im Mai 1948, drei Jahre nach der Bankenschließung, ihren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen. Zu dieser Zeit

erfolgte auch die Annahme der neuen SMA-Mustersatzung sowie die Umfirmierung in Bank für Handwerk und Gewerbe Muskau.



Sparbuch der Volksbank Forst mit der überschriebenen Firmenbezeichnung (1949)

”

„Vor 1961, gerade in den Monaten bevor im August die Mauer gebaut wurde, sind viele Menschen über die offenen Sektorengrenzen in Berlin nach Westdeutschland geflohen. In der Zeit sind wir jeden Tag in die Bank gekommen und haben uns gefragt, wer wird wohl heute wieder von den Kunden oder Mitgliedern weg sein.“

HANS-ACHIM WEISS

Direktor der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe in Bad Muskau

Dass längst nicht alle 1945 geschlossenen Gewerbankennach der Wiedenzulassung 1946 auch tatsächlich wieder eröffnet wurden, zeigt das Beispiel der Volksbank Guben. Sie blieb auch nach 1946 geschlossen – aus bislang leider nicht bekannten Gründen. Bemühungen zur Reaktivierung der früheren Volksbank scheiterten 1949 an der Ablehnung des Brandenburgischen Finanzministeriums. Aus diesem Grund entschied sich der Brandenburgische Raiffeisenverband, die 1946 gegründete Raiffeisen Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Gubener Obst- und Gemüsehändler in eine Landwirtschaftliche Genossenschaft umzubilden, welche das Geldgeschäft aufnehmen sollte. Als einzige Bankgenossenschaft im Stadtkreis gewann sie dann offenbar auch gewerbliche Kunden, eventuell übernahm sie zudem einige Konten der vormaligen Volksbank. Da diese Vermischung aber nicht zum in der DDR angestrebten Säulenkonzept mit klar abgegrenzten Kundengruppen passte, wurde hier schnell wieder eine Trennung vorbereitet. Ab Anfang 1951 unterhielt die Landwirtschaftliche Genossenschaft in der Wilhelm-Pieck-Straße 39 eine separate Bankabteilung nur für die gewerblichen Kunden. Da auch die Pläne zu deren Umwandlung in eine neue Bank für Handwerk und Gewerbe scheiterten, wurden die Bankabteilung zum 31. März 1952 aufgelöst und die gewerblichen Konten der örtlichen Sparkasse übergeben. Eine ähnliche Vermischung von ländlichem und städtisch-gewerblichem Bankgeschäft gab es auch bei der Raiffeisenkasse Slamen. Bereits 1938 wurde hier vom Prüfverband vermerkt, dass von den damals

60 Mitgliedern nur 28 ausschließlich oder zumindest überwiegend als Landwirte tätig waren. Und davon waren offenbar zehn erst 1937 Mitglied geworden, als die Genossenschaft für die gemeinschaftliche Nutzung eine Dreschmaschine angeschafft hatte. Die anderen Mitglieder wurden 1938 vor allem als Arbeiter und Angestellte, Fabrikanten, Handwerker und Händler klassifiziert. 1951 – das Stammhaus firmierte nach der Eingemeindung von Slamen nach Spremberg seit Dezember 1948 als Raiffeisenbank Spremberg – stellten Landwirte und Gärtner noch immer nur knapp die Hälfte der mittlerweile 226 Mitglieder. Angesichts der von den Behörden angestrebten Säulenbildung im Bankbereich beschloss die Generalversammlung vom 30. Juli 1951 die Herauslösung der bäuerlichen Konten und die Umwandlung der Genossenschaft in die Bank für Handwerk und Gewerbe Spremberg. Die Umfirmierung erfolgte am 12. September 1951. Das Warengeschäft und die bäuerlichen Konten wurden rückwirkend zum 1. Januar 1951 an die VdgB Spremberg abgegeben.

DIE BÄUERLICHEN HANDELSGENOSSENSCHAFTEN

Das zweite Standbein des genossenschaftlichen Bankwesens bildeten auch in der SBZ/DDR die früheren Spar- und Darlehnskassen. Aufgrund ihrer Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion erlaubte ihnen die Sowjetische Militäradministration mit Befehl vom 20. November 1945 zusammen mit den anderen ländlichen Genossenschaften offiziell die Wiederaufnahme ihrer Geschäftstätigkeit. Das betraf auch die ländlichen



Bei der Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin wurden alte Reichsmarkscheine mit Wertkupons beklebt, um ein gültiges Zahlungsmittel für die Sowjetische Besatzungszone zu erhalten (Juni 1948)

DIE WÄHRUNGSREFORM VON 1948

Am 20. Juni 1948 wurde in den drei Westzonen eine Währungsreform durchgeführt. Drei Tage später ordneten auch die sowjetischen Behörden in ihrer Besatzungszone die Einführung einer neuen „Deutschen Mark“ zum Umtauschkurs von 10 zu 1 an. Ein Kopfgeld von 70 Reichsmark pro Person wurde im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht. Mangels neu gedruckter Geldscheine wurden die alten Reichsmark-Scheine vorübergehend mit Wertaufklebern versehen – was der zweiten deutschen Währung im Volksmund schnell die Bezeichnung „Klebe-“ oder „Tapetenmark“ eintrug. Nach dem Willen der Sowjets sollte ihre Währungsreform für das gesamte Groß-Berlin gelten. Das scheiterte jedoch am Widerstand der drei westlichen Stadtkommandanten und führte bereits in der Nacht zum 24. Juni 1948 zur ein Jahr andauernden Berlin-Blockade.



„Neubauer! Komme zu uns“
Plakat der Raiffeisen-
Genossenschaften zur
Mitgliederwerbung (1946)



Genossenschaftskassen in der Lausitz. Durch die Annahme neuer, von der SMA vorgegebenen Musterstatuten wurde ihre Firmenbezeichnung allgemein in „Ländliche Spar- und Darlehnskasse (Raiffeisenkasse)“ geändert und zudem ihre Geschäftstätigkeit deutlich ausgeweitet. Daneben wurden noch neue Raiffeisenkassen gegründet, so zum Beispiel am 15. Juni 1946 in Stradow oder am 24. Februar 1949 in Kromlau. Die ländlichen Kreditgenossenschaften hatten gemäß dem neuen Musterstatut nicht nur das Bankgeschäft für die ländliche Bevölkerung und deren Belieferung mit Kunstdünger und anderen erforderlichen Waren

zu organisieren, sondern nun auch die Be- und Verarbeitung und den Absatz landwirtschaftlicher Produkte sowie den Betrieb von Verleihanstalten, Viehaufzucht- und Deckstationen. Im Zuge der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft („Bodenreform“) sollten die Genossenschaften zudem bei der „weiteren Befreiung der werktätigen Einzelbauern aus der Abhängigkeit von den Großbauern“ mithelfen und sie „über alte Formen der gemeinschaftlichen Arbeit zur sozialistischen Großproduktion“ heranführen.

Kurz vor der Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates im Oktober 1949 ging man dazu über, die Raiffeisenkassen und andere landwirtschaftliche Genossenschaften zu Universalgenossenschaften umzubilden. Dazu verschmolz man die in einzelnen Dörfern bzw. Städten vorhandenen Absatz- und Bezugsgenossenschaften, Spar- und Darlehnskassen, Maschinen- und andere Genossenschaften zu Landwirtschaftlichen (Dorf-) Genossenschaften. Aus diesem Grund zählen heute neben den ländlichen Bankgenossenschaften auch andere ländliche Spezialgenossenschaften und sogar verschiedene Elektrizitätsgenossenschaften zu den Wurzeln der Volksbank Spree-Neiße.

EINBINDUNG IN DIE PLANWIRTSCHAFT

Parallel zur Wiederezulassung der Raiffeisengenossenschaften entwickelten sich bis zum Frühjahr 1946 in allen Ländern der SBZ die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Mit den nach sowjetischem Vorbild gegründeten Bauernkomitees suchte die neu gegründete SED ihre Macht im landwirtschaftlichen



Sektor zu sichern. Anfänglich waren die Beziehungen der VdgB zu den als wichtig für die Reform der Landwirtschaft angesehenen Raiffeisenkassen auf Kooperation und Aufgabenteilung angelegt. Während für die Genossenschaften vor allem der Landwarenhandel und das Bankgeschäft vorgesehen waren, wollte sich die VdgB auf die Aufgaben einer Berufsvertretung und den Betrieb von Saatreinigungs- und Ausleihstellen für landwirtschaftliche Geräte sowie Deck- und tierärztliche Hilfsstationen konzentrieren.

Doch bereits 1948 wurde mit der Beschneidung geschäftlich wichtiger Aufgabenbereiche zugunsten der VdgB begonnen und auf eine Verschmelzung beider Organisationen hingearbeitet. Den „Forderungen“ der Mitglieder entsprechend wurde am 20. November 1950 die Umwandlung der landwirtschaftlichen (Dorf-) Genossenschaften in Bäuerliche Handelsgenossenschaften (BHG) sowie ihre Fusion mit den örtlichen Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe beschlossen. Bereits im März 1951 galt die Verschmelzungskampagne auf regionaler Ebene als abgeschlossen. Dass dies



oben: Briefkopf der VdgB
(BHG) Forst und Umgebung
(1953)

Kartoffeldämpfkolonnen:
Der Betrieb solcher Gemein-
schaftseinrichtungen gehörte
auch zu den Aufgaben der
Bäuerlichen Handelsgenos-
senschaften (um 1945)

Sparbuch einer VdgB (BHG)
(1956)



Durch die Zusammenführung mit den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe wurden die ländlichen Genossenschaften schon in den Anfangsjahren der DDR zu einem verlängerten Arm der staatlichen Wirtschaftspolitik. Das Bankgeschäft beschränkte sich schnell auf die Annahme von Spargeldern und den Geldverkehr für die ländliche Bevölkerung. Das Kreditgeschäft wurde – abgesehen von der begrenzten Vergabe kurzfristiger Kleinkredite – überwiegend über die 1950 gegründete und als Zentralinstitut agierende Deutsche Bauernbank (ab 1968 Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft) abgewickelt. Die Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe konnten dagegen in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR noch relativ unbeeinflusst von

Der Staatsratsvorsitzende
Walter Ulbricht mit seiner
Frau Lotte zu Gast bei Bauern
in Eichwege (Februar 1961)

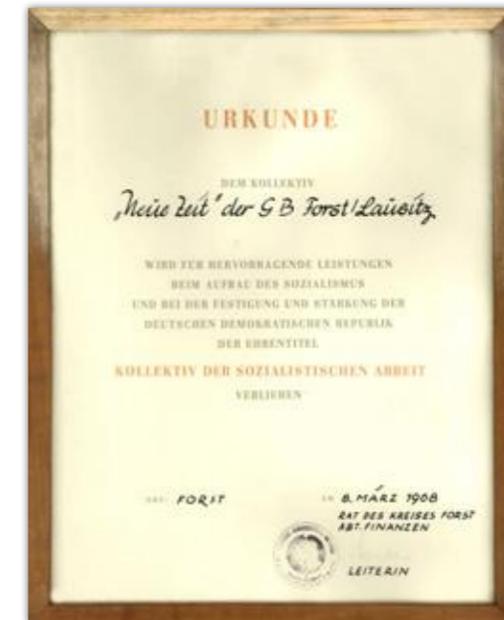
nicht immer reibungslos abließ, zeigt das Beispiel des Kreises Spremberg. Hier wurden die notwendigen Beschlüsse im Dezember 1950 erst „nach erregter Diskussion und zum Teil gegen den Willen von Vorstandsmitgliedern der Dorfgenossenschaften“ gefasst, wie selbst die SED-Kreisleitung in den 1980er Jahren einräumte. Doch am Ende stand das gewünschte Ergebnis: Die in Bagenz, Gosda-Haidemühl, Groß Buckow, Groß Luja, Hornow, Schönheide, Spremberg, Stradow und Tschernitz bestehenden Dorfgenossenschaften wurden bis zum 31. März 1951 in Bäuerliche Handelsgenossenschaften umfirmiert und mit den Ortsvereinigungen der VdgB vereinigt. Vergleichbare Beschlüsse wurden damals auch bei den Dorfgenossenschaften in den Kreisen Guben und Forst gefasst.



Das Kollektiv der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Forst (1966)

staatlichen Eingriffen eine gute Entwicklung verzeichnen. Doch spätestens in den 1960er Jahren gelang es ihnen nicht länger, sich der zunehmenden Politisierung zu verschließen. Immer öfter prägten politische Ausführungen die Jahreshauptversammlungen und die Sitzungen von Bankleitung und Genossenschaftsrat. 1968 errang die Belegschaft der Genossenschaftsbank Forst den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Mit der Auszeichnung wurden besonderer Arbeitseinsatz bei der Planerfüllung, aber auch die Einhaltung sozialistischer Moral und Ethik gewürdigt. Wie die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften wurden die Banken für Handwerk und Gewerbe auch sukzessive immer stärker in das sozialistische Planungssystem eingebunden. Ein wesentlicher Schritt hierzu war das neue einheitliche Musterstatut von 1970. Die Genossenschaftsbanken hatten im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehungen nunmehr „auf die Lösung der mit dem Volkswirtschaftsplan gestellten Aufgaben aktiv Einfluss zu nehmen“. Unter Anleitung staatlicher

Organe sollten sie eine „aktive Finanz- und Kreditpolitik“ nach staatlichen Vorgaben mit durchsetzen und „den freiwilligen Zusammenschluss weiterer individuell



Urkunde zum Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ (1968)

arbeitender Handwerker und ihrer Beschäftigten zu Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) fördern“. Darüber hinaus wurden die Gewerbebanken nun auch offiziell der Aufsicht der örtlichen Kreistage bzw. der Stadtverordnetenversammlungen unterstellt. In der Folge saßen etwa bei der Genossenschaftskasse Spremberg-Bad Muskau jeweils ein Vertreter vom Rat des Kreises Spremberg und vom Rat der Stadt Bad



Schalterraum der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Forst (1956–1969)

Muskau im Genossenschaftsrat. In Hoyerswerda und Weißwasser wurden Bankvertreter ein- bis zweimal im Jahr zu den Sitzungen beim Rat des Kreises geladen und mussten Rechenschaft über ihre Arbeit mit den örtlichen Handwerkern und PGHs ablegen. Bereits im April 1968 war in der DDR eine neue, als sozialistisch bezeichnete Verfassung verabschiedet worden. Sie definierte Banken ausdrücklich als Volks-

eigentum, Privateigentum war unzulässig. Nun verkörperten die Banken für Handwerk und Gewerbe jedoch kein Volks-, sondern genossenschaftliches Eigentum, was laut neuer Verfassung eigentlich nicht mehr gestattet war. Eine Überführung der Gewerbebanken in Volkseigentum kam jedoch aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht in Frage. Vermutlich um diesen Widerspruch zu umgehen und die Abgrenzung zu den staatlichen Banken deutlicher hervorzuheben, änderte man die Bezeichnung der Genossenschaftsbanken ab 1974 in Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe. Die Mitglieder der Forster Genossenschaftsbank stimmten auf ihrer Jahreshauptversammlung am 4. Mai 1974 für die Umbenennung in Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe Forst (Lausitz). Bei den Gewerbebanken in Spremberg und Bad Muskau wurde die Umbenennung im Zuge der im April/Mai 1974 beschlossenen Fusion beider Institute umgesetzt.

BEREINIGUNG DES BANKENNETZES

In den 1960er bis Mitte der 1970er Jahre kam es in der DDR unter den Bankgenossenschaften zu einem einschneidenden Konzentrationsprozess. Dabei sank allein die Zahl der Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe von über 200 auf noch 96 Institute. Verantwortlich hierfür war zum einen der Wunsch nach einer besseren „Anleitung durch die staatlichen Organe“ und Erleichterungen bei der Einführung der EDV. Zum anderen zwang ökonomischer Druck gerade die kleineren Gewerbebanken zu Arbeitsplatz- und Kosteneinsparungen. Dieser Kostendruck wurde verschärft durch



einen Beschluss des Ministerrates von Anfang 1972. Er legte die Überführung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und von industriell arbeitenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks in Volkseigentum fest. Im Zuge dessen mussten die Gewerbebanken DDR-weit rund ein Drittel der von ihnen betreuten PGHs an die Kreisfilialen der Staatsbank abgeben – was zu einer deutlichen Belastung ihrer Rentabilität führte. Das zeigte sich unter anderem bei der Spremberger Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe. Von den 21 bei ihr 1970 kontoführenden Produktionsgenossenschaften verblieben bis zum Jahresende 1972 noch 14. Der Bankgewinn sank dadurch von 1971 zu 1972 um 37 Prozent auf 30.736,71 Mark.

In dieser Situation wurden auch in der Lausitz weitere Verschmelzungen unter den Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe diskutiert. Nach den Plänen des Genossenschaftsverbandes in Berlin sollten dabei die Gewerbebanken aus Bad Muskau mit Forst und aus Spremberg mit Senftenberg fusionieren. Doch in Bad Muskau hielt man wenig von einem Zusammengehen mit Forst, unter anderem wegen der weiten Wege und der schlechten Verkehrsverbindung zwischen beiden Städten sowie der ebenfalls peripheren Randlage von Forst. Stattdessen beschloss die Generalversammlung der Genossenschaftsbank Bad Muskau am 26. April 1974 die Fusion mit der Nachbarbank in Spremberg. Das damit besiegelte Ende von 112 Jahren unabhängiger Bankgeschichte stieß jedoch nicht bei allen Mitgliedern auf ungeteilte Begeisterung. Nach der einstimmigen Zustimmung durch die Mitglieder der Genossenschaftsbank in Spremberg am 25. Mai 1974 trat die Fusion rückwirkend zum 1. Januar 1974 in Kraft. Der neue Name der vereinigten Bank lautete Genossenschaftskasse für Handwerk und



Arbeitsalltag in der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Forst (1956–1969)

Gewerbe Spremberg-Bad Muskau. Ihr Geschäftsbe-
reich umfasste die Kreise Spremberg und Weißwasser.
Zudem erstreckte er sich im Nachbarkreis Hoyerswerda,
wo keine eigene Gewerbebank bestand, bis Bernsdorf,
Uhyst und Wittichenau sowie auf das Stadtgebiet von
Hoyerswerda. Neben den Geschäftsstellen in Sprem-
berg und Bad Muskau unterhielt die Bank auch eine
Zahlstelle in Weißwasser. Diese war 1966 noch von der
Muskauer Genossenschaftsbank für ihre zahlreichen

Kunden in der Kreisstadt eingerichtet worden – aller-
dings erst nach längerem Ringen mit dem Rat des Krei-
ses Weißwasser um die notwendige Genehmigung.
Die Fusion und die damit einhergehende Zusammen-
legung einzelner Geschäftsbereiche am Hauptsitz
Spremberg verschärften dort den Druck, den beeng-
ten Arbeitsmöglichkeiten mit dem Neubau eines Bank-
gebäudes zu begegnen. Einen entsprechenden Bau-
antrag zur Errichtung eines neuen zweigeschossigen

Bankgebäudes auf einem „Ruinengrundstück“ in der
Spremberger Gartenstraße 4 hatte die Spremberger
Gewerbebank bereits im Februar 1969 beim Rat des
Kreises gestellt. In der Begründung verwies sie schon
damals darauf, dass die Arbeitsräume im alten Bankge-
bäude kaum ausreichten. Besonders im Kundenverkehr
würden sich bei Kredit- oder sonstigen Geschäftsver-
handlungen große Schwierigkeiten ergeben. Und auch
die dringend erforderliche Einstellung weiterer Arbeits-

kräfte sei wegen der Enge schon nicht mehr möglich.
Angesichts der begrenzten Baukapazitäten in der DDR
gestaltete sich die Einholung der erforderlichen Baue-
nehmigungen jedoch recht schwierig. Ein kompletter
Neubau für eine Genossenschaftskasse, deren Existenz
in der DDR eher toleriert als gefördert wurde, war den
Behörden nur schwer zu vermitteln. Am Ende stand
eine Art Kompromiss: Die Bank durfte bauen, nach
der Eröffnung 1976 aber nur das Erdgeschoss für sich

*Die Geschäftsstelle der
Genossenschaftskasse für
Handwerk und Gewerbe
Spremberg-Bad Muskau
in Bad Muskau (vermutl.
1980er)*



*Die neue Hauptgeschäfts-
stelle der Genossenschafts-
kasse für Handwerk und
Gewerbe Spremberg-Bad
Muskau in der Spremberger
Gartenstraße (vermutl.
1980er)*

Schließfachanlage in der
Genossenschaftsbank für
Handwerk und Gewerbe
der DDR (vermutl. 1971)



UMSTRUKTURIERUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Parallel zu den Gewerbebanken kam es – infolge der zunehmenden Konzentration und Spezialisierung in der DDR-Landwirtschaft – auch bei den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften zu weiteren Zusammenschlüssen. Bis Mitte der 1970er Jahre existierten in je-

dem Kreis meist nur noch eine bis zwei VdgB (BHG). So auch im Kreis Spremberg: Hier entstand bis 1968 eine VdgB (BHG) für den gesamten Kreis mit Sitz in der damaligen Ethel-und-Julius-Rosenberg-Straße 8 (heute Leipziger Straße) in Spremberg und Außenstellen in Hornow, Proschim und Tschernitz. Zu ihren Aufgaben gehörten weiterhin die Versorgung der Landbevölkerung mit landwirtschaftlichem und gärtnerischem Bedarf sowie die Übernahme des Geldverkehrs.

Eine weitere Folge der Spezialisierung in der Landwirtschaft war der Aufbau spezieller Agrochemischer Zentren (ACZ) für Düngung und Pflanzenschutz. Hierzu bildete die VdgB (BHG) Spremberg 1967 eine eigene agrochemische Brigade. 1972 begann die Genossenschaft mit dem Aufbau eines ACZ am Standort Bregenzer Straße in Spremberg. Mit Wirkung zum 1. Januar 1976 wurde das ACZ aus der BHG herausgelöst und als juristisch selbstständige Zwischenbetriebliche Einrichtung der LPGen des Kreises Spremberg und der BHG Spremberg bestätigt.

Eine ähnliche Entwicklung war bei den VdgBs (BHG) in den Kreisen Forst und Guben zu verzeichnen. Ebenso entstand damals auch eine VdgB (BHG) für den Kreis Weißwasser. Sie zählt allerdings mitsamt ihren Vorgängern in der Region nicht zu den Wurzeln der Volksbank Spree-Neiße.

”

„Das Bankgeschäft der BHG damals bestand im Prinzip darin, Geld von den Kunden anzunehmen und mit Zinsen wieder auszuzahlen. Kredite hat die BHG nicht vergeben. Das lief über die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft bzw., wenn jemand privat einen Kredit brauchte, über die Sparkasse. Es gab auch für den Bankbereich keine repräsentativen Gebäude, wie es heute bei Geldhäusern der Fall ist. Damals war es schon sehr primitiv, sage ich mal. Die Außenstelle in Hornow war zum Beispiel in einer alten Scheune. Darin befand sich in einer Ecke ein kleines gemauertes Büro, in dem die Bankgeschäfte abgewickelt wurden.

Das Warengeschäft der BHG Guben umfasste vor allem den Kohlen- und Düngerhandel. Die Düngemittel aus der BHG waren allerdings nur für Privatleute, die einen Garten oder ein Stück Land hatten. Die Düngung der großen Felder von den LPGs lief separat über die ausgegliederten Agrochemischen Zentren. Außerdem hatten wir den Bereich „Haus, Hof und Garten“. Da gab es unter anderem Pflanzkartoffeln und Gartengeräte, aber auch Arbeitsschutzbekleidung und Baumaterialien für den Privatbedarf. Ich erinnere mich, immer wenn es Zement gab, standen die Leute bei uns im Hof Schlange. Aber auch Steine aller Art, Kalk, Fliesen oder Dachpappe, also alles was man zum Bauen brauchte, waren sehr begehrt. Zudem konnte man bei uns Sachen ausleihen, wie Betonmischer und ein Förderband für den Hausbau oder auch Häufelpflüge zum Anhäufeln der Kartoffeln im eigenen Garten.

Unsere Waren haben wir auf unterschiedlichen Wegen bekommen. Kohle oder früher auch noch Kalk kam per Bahnwagen. Die mussten wir immer schnell entladen, selbst wenn sie mitten in der Nacht ankamen. Waren die Wagons nicht in einer bestimmten Zeit leer, mussten wir extra Standgebühren bezahlen. Das war oft eine harte Arbeit. Baustoffe und andere Sachen wurden mit dem LKW hier angeliefert oder wir haben es selbst mit unserem LKW abgeholt – letzteres war immer die bessere Variante. Da konnte man gleich im anderen Betrieb sehen, ob es nicht noch mehr zum Mitnehmen gab.“

EBERHARD WINKLER
Leiter der BHG Guben

”

„Die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften hatten fast in jedem Dorf eine kleine Kasse, wo die Bauern alle hingegangen sind. Keiner von ihnen ist in die Stadt gefahren zur Sparkasse. Aber im Grunde genommen hat sich das schon damals nicht gelohnt. Einmal habe ich bei der BHG Guben in der Geschäftsstelle Grieben ausgeholfen. Da kamen über den ganzen Vormittag vielleicht zehn Kunden – wenn es viel waren.“

INGE ECKNIGK
Mitarbeiterin der BLN Guben

WIRTSCHAFTLICHE STAGNATION

In den 1970er und noch stärker in den 1980er Jahren wurde die Situation bei den Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe und den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften zunehmend geprägt von der allgemein angespannten wirtschaftlichen Lage in der DDR. Investitionsmittel waren – bis auf wenige industrielle Schwerpunktbereiche – knapp, die Wirtschaft wurde immer stärker auf Verschleiß gefahren. Daraus resultierte gerade bei den eher stiefmütterlich behandelten Genossenschaftskassen und auch den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften ein oftmals schlechter Zustand der Bankgebäude sowie ein hoher Überalterungs- bzw. Abnutzungsgrad der Betriebsmittel. So führte die Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe in Forst in ihrem Jahresabschluss 1988 unter „ausgewählte Arbeitsmittel“ lediglich vier mechanische Schreibmaschinen mit einem Alter von über zehn Jah-

ren auf. Bei der Genossenschaftskasse Spremberg-Bad Muskau, damals die größte Genossenschaftskasse im Bezirk Cottbus, verfügte man 1988 insbesondere über neun mechanische Schreibmaschinen, davon fünf mit einem Alter von über zehn Jahren, sowie eine Buchungsmaschine und einen Pkw, beide ebenfalls über zehn Jahre alt. Elektrische Schreibmaschinen gab es in beiden Banken ebenso wenig wie einen Computer oder gar einen Geldautomaten – wobei letzterer zu dieser Zeit gerade erst am Beginn seines Einsatzes in der DDR stand. Ab 1989 wollte man die Verbreitung von Geldautomaten in den Bezirksstädten sowie in ausgewählten Kreisstädten vorantreiben. Doch diese Pläne wurden mit dem Fall der Mauer schnell obsolet.



Werbung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften (um 1985)

”

„Die Atmosphäre in dieser Bank war einmalig, in jeder Beziehung. Ob bei der Kundenbetreuung oder im Persönlichen. Ich kann mich noch gut entsinnen, was sich in diesem verhältnismäßig kleinen Schalterraum täglich abgespielt hat. Wie viele Geschäftspartner da zusammen kamen. Manchmal gab es gerade noch so Ellenbogenfreiheit. Für die Unternehmer und Handwerker war es auch ein Ort der Kommunikation. Man hatte kurz Kontakt, hat sich mal eine Frage gestellt. Da war reichlich Betrieb, bei den vielen Handwerkern und Mittelständlern hier in Forst. Einer hat den anderen gekannt, es war sehr familiär.“

HARALD BERTKE
Kunde und Mitglied der Genossenschaftskasse Forst

INTERVIEW: „WIR WURDEN ERST SPÄT AKZEPTIERT.“

Hans-Achim Weiß



Hans-Achim Weiß (HW) kam 1959 mit 24 Jahren als neuer Bankdirektor zur Bank für Handwerk und Gewerbe in (Bad) Muskau. Er erinnert sich an erste Marketingmaßnahmen, die Schwierigkeiten bei der Eröffnung einer Zahlstelle in Weißwasser, die Sicherheitsvorkehrungen in der Bank sowie die Fusion mit der Spremberger Genossenschaftsbank 1974.

VB-SPN: Herr Weiß, wie sind Sie denn 1959 Bankdirektor geworden?

HW: Der frühere Vorstandsvorsitzende Fritz Buban arbeitete nach 1945 hauptberuflich in der Fein- und Zigarettenpapierfabrik in Köbeln und leitete die Bank nur noch nebenamtlich. Zum Ende der 1950er Jahre kam vom Revisionsverband aus Berlin daher die Forderung, dass die Bank unbedingt einen hauptamtlichen Geschäftsführer oder Bankdirektor benötige. Ich war damals Hauptbuchhalter bei der Sparkasse in Weißwasser. Da erschien dann der Referatsleiter für Geld und Kredit vom Rat des Bezirkes Cottbus. Er hatte erst mit dem Sparkassendirektor gesprochen. Anschließend haben sie mich dazu geholt und mir die Stelle angeboten. Außer mir war da eigentlich so richtig niemand weiter. Die anderen waren schon alt, die sind bald ausgeschieden. Da wollte man wohl gleich einen Jüngeren haben. So bin ich mit 24 Jahren zur Genossenschaftsbank nach Muskau gekommen. Am 1. Februar 1959 habe ich dort als Bankdirektor begonnen.

Die Bank hatte damals vier Mitarbeiter. Ich war der fünfte. So ein kleiner Verein war das, teilweise etwas betriebsblind, da musste ich schon einiges an Aufbauarbeit leisten. Aber ich glaube, die Mitarbeiter waren froh, dass da jetzt jemand war, zu dem sie jederzeit mit ihren heiklen Fragen gehen konnten, der ihnen da auch ein bisschen Verantwortung abnahm. Was mir auch noch gut in Erinnerung geblieben ist, ist das Umfeld der Bank in der Muskauer Schmelzstraße. Die Straße war nur einige hundert Meter lang, aber sie atmete noch so einen alten Hauch. Da war Geschäft an Geschäft, Gewerbebetrieb an Gewerbebetrieb. Es gab zum Beispiel drei Bäckereien in der kleinen Schmelzstraße. Es war genau der richtige Platz für eine Gewerbebank.

VB-SPN: Sie sagten, dass die Belegschaft wohl etwas betriebsblind war. Wie äußerte sich das?

HW: Also ich erinnere mich noch an einen Aushang zu den Bedingungen des Bankgeschäftes. Darauf stand auch: „Eine Frau darf nur mit Genehmigung ihres Ehemannes ein Konto eröffnen.“ So etwas hatten sie 1959 noch in der Bank aushängen. Das war Betriebsblindheit. Aber es gab noch andere Dinge, die sich eingeschlichen hatten, beispielsweise die Missachtung der Werbung. Das gab es bis dahin von der Bank so gut wie gar nicht. Ich habe das dann sofort eingeführt. Dazu haben wir uns kleine Diapositive mit wechselnden Motiven machen lassen. Die haben wir im Kino als Werbung geschaltet. Das Kino war doch damals noch Medium, es gab ja kein Fernsehen nach dem Krieg. Und da wurden im Vorspann meistens ein paar Werbeanzeigen eingeblendet. Als erstes hatten wir, das weiß ich noch bis heute, den Spruch: „Wir führen Sparkonten, Spargirokonten, Buchsparkonten, Girokonten für jedermann.“ Das war wichtig. Viele dachten damals, bei uns sind bloß Handwerker und die Industrie, damals gab es ja noch private Industrie. Und die Reichen, mehr oder weniger. Aber das wir „für jedermann“ Konten führen durften, das war allgemein nicht bekannt.



Werbemotive der Bank für Handwerk und Gewerbe Forst (vermutl. um 1960)

Ansonsten haben wir natürlich auch am Schalter ein bisschen für unsere Leistungen geworben. Und auf den Einladungen zu den Jahreshauptversammlungen, da haben wir ebenfalls noch unsere Produkte aufgezählt. Das ist auch ein Multiplikator gewesen. Darüber hinaus hatten wir damals eine Leuchtreklame. Das war ein Glaskasten, der aus der Fassade heraus ragte. Gewerbebank stand da drauf, von beiden Seiten lesbar. Das konnten wir Abends brennen

lassen. Wenn unser Hausmeister zu Bett ging, dann hat er das ausgemacht. Er wohnte ja mit seiner Frau in einer Wohnung über den Bankräumen. Sie hat bei uns sauber gemacht, er hat früh gefeuert und auch die Kohleeimer hin gestellt, damit die Bankangestellten dann weiter heizen konnten.

VB-SPN: Wie sah es damals eigentlich mit der Sicherheit in der Bank aus? Oder auch bei den Geldtransporten?

HW: Also, unsere Fenster mussten wir nach Jahren des Drängens durch den Genossenschaftsverband Berlin vergittern. Vorher hatten wir auch schon eine Vergitterung an der Eingangstür des Bankraumes. Was wir damals noch nicht hatten, war eine Alarmanlage. Ebenso hatten wir keinen Aufsatz oder keine Trennglasscheibe auf dem Tresen zwischen Kunden und Kassiererin. Mit einem unserer Kunden, er war fast zwei Meter groß, habe ich da mal die Probe gemacht. Ich habe ihn gebeten, sich von der Kundenseite her über den Banktresen zu beugen so weit er kam. Mit der ausgestreckten Hand konnte er genau in die Kassenfächer auf der anderen Seite reichen. Zum Glück waren nicht alle so groß.

Wie bei anderen Banken, so gab es auch bei uns Kassenlimits. Im Jahresmittel durfte unser Kassenbestand eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Das war staatlich vorgegeben. Meistens hatten wir einen Kassenüberschuss, dann haben wir Geld nach Weißwasser zur Deutschen Notenbank bzw. ab 1968 dann Staatsbank der DDR abgeführt. Manchmal mussten wir uns auch von dort Geld holen. Für diese Transporte hatten wir eine etwas größere Ledertasche. Da waren zum Beispiel einhunderttausend Mark drin und damit sind wir dann zur Bushaltestelle gegangen. Dort ging es mit dem Bus nach Weißwasser, möglichst auf einem Fensterplatz, die Tasche auf dem Schoß und die Hände oben drauf. Ab einem bestimmten Betrag musste aus Versicherungsgründen jemand Zweites dabei sein. Aber meistens ist einer von uns allein gefahren. Natürlich hätte man uns überfallen können, aber da ist nie etwas passiert. Später haben wir die Geldtransporte auch mit den Autos der Aufsichtsratsmitglieder durchgeführt.

VB-SPN: Apropos Weißwasser, ab Mitte der 1960er Jahre gab es doch dann auch die Zweigstelle in Weißwasser?

HW: Richtig, ab 1966. Dann hatten wir endlich die Genehmigung. Aber dem ging ein jahrelanger Kampf voraus. Wir hatten erkannt, in Weißwasser liegt unsere Perspektive. Weißwasser war die Stadt, die sich bevölkerungsmäßig entwickelte. Wir hatten auch schon einige Kunden von dort. Aber der Sparkasse war das natürlich nicht recht.



Die Zahlstelle in Weißwasser der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe Bad Muskau (undatiert)

Zum Glück hatten wir unter unseren Mitgliedern einen Handwerker in Weißwasser, einen Tischlermeister. Der war Stadtverordneter oder saß sogar im Kreistag – das weiß ich jetzt nicht mehr so genau. Jedenfalls hatte er Einfluss und beackerte das Terrain für uns. Nicht umsonst hieß es früher ja: „Wem schaden Beziehungen im Sozialismus? Nur dem, der keine hat.“ Parallel habe ich das Thema immer wieder beim Bürgermeister angesprochen. Wir kannten uns ja durch viele Versammlungen, auch bei den Produktionsgenossenschaften. Nach Jahren hat uns der Bürgermeister dann plötzlich einen kleinen Raum zugewiesen. In der Görlitzer Straße 4, ein Haus vor der jetzigen Bank. Wir mussten nur noch schnell ein Gesuch auf Zuweisung eines Gewerberaums einreichen, dann hätten wir auch bald loslegen können. Eigentlich. An dem kleinen Raum war ja nicht allzu viel zu machen und ein Handwerker stand auch bereit, um uns einen Tresen und eine Sichtblende zu machen. Einen Panzerschrank, ein älteres Teil von vor 1945, haben wir auch irgendwo gebraucht gekauft. Das war ein tonnenschweres Gerät. Bei der Anlieferung ist der gleich mal durch die Holzdielung gebrochen. Also die Einrichtung war nicht das Problem, vielmehr die Öffnungszeiten. Die mussten wir beim Rat des Kreises einreichen und bestätigen lassen. Aber da tat sich nichts. Die Bestätigung ließ auf sich warten. Zu einem bestimmten Tag haben wir dann einfach aufgemacht.

VB-SPN: Am 12. April 1966, so steht es zumindest in den alten Aufzeichnungen. Mit Kassenstunden von Montag bis Freitag, jeweils neun bis elf Uhr.

HW: Ja, so sind uns die Öffnungszeiten später dann genehmigt worden. Aber vorher hatten wir noch mal für sechs Wochen zu. Denn noch am gleichen Tag kamen nämlich noch zwei Leute vom Rat des Kreises. Die forderten uns auf, unsere Zweigstelle sofort wieder zu schließen. Unsere Kassenöffnungszeiten seien noch nicht genehmigt worden. An so einer Kleinigkeit haben sie sich hochgezogen. Sechs Wochen haben sie dann noch gebraucht. Aber verhindern konnten sie die Zahlstelle nicht mehr.

Später waren wir dann akzeptierter im sozialistischen Finanzsystem. Dann waren wir sogar gut genug, das komplette Geschäft der Kreissparkasse mit allen ihren Kunden in Bad Muskau zu übernehmen. Das war Teil eines DDR-weiten Programms, um Kosten und Arbeitskräfte einzusparen. Wir waren einer der ganz wenigen Orte, wo die Genossenschaftsbank die Kunden einer Sparkassen-Zweigstelle übernommen hat. Meistens war es umgedreht. Zeitlich kann ich das jetzt nicht einordnen. Wir waren da aber schon einige Zeit mit Spremberg fusioniert. Nach der Wende hat die Sparkasse ihre eigenen Konten wieder zurückgenommen. Positiv für uns war aber bis dahin, dass wir für die Sparkasse keine neuen Konten mehr einrichten durften. Also wurden neue Kunden aus Bad Muskau automatisch Kunden der Bank für Handwerk und Gewerbe.

VB-SPN: Sie sprachen eben von der Fusion mit Spremberg. Wie kam es dazu? In den Archivunterlagen finden sich Hinweise, dass eigentlich eine Verschmelzung mit der Gewerbebank in Forst geplant war.

HW: Das stimmt, vor Spremberg haben wir Fusionsgespräche mit der Gewerbebank in Forst geführt. Die stand eigentlich noch besser da als Spremberg, auch vom ganzen Renommee her. Angeschoben wurde das damals vom Deutschen Genossenschaftsverband. Die haben gesehen, dass wir alle nur kleine Banken waren. Cottbus, Senftenberg, Luckau, Calau, Lübben, Forst, Spremberg und Muskau, das waren die acht genossenschaftlichen Banken im ganzen Bezirk. Da haben sie in Berlin vermutlich nur auf die Karte geschaut und gesagt: „Senftenberg fusioniert mit Spremberg und Muskau mit Forst.“ Aber das ist dann doch anders gekommen, ein gewisses Mitspracherecht war uns Banken schon gegeben.

Die Fusion mit Forst kam vor allem wegen des Einspruchs unseres Fritz Buban, damals noch Vorsitzender unseres Genossenschaftsrates, nicht zu Stande. Er bemängelte unter anderem die Randlage von beiden Banken und schlug stattdessen Gespräche mit der Gewerbebank in Spremberg vor. Die Bedingungen dort haben ihm, aber auch den

Mitgliedern der Revisionskommission, insgesamt besser gefallen. So haben wir dann mit denen fusioniert zur Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik Spremberg-Bad Muskau. Ich wurde Stellvertreter des dortigen Vorstandsvorsitzenden, Gerhard Schmidt, und habe in Spremberg die Kreditabteilung mit übernommen. Gerade im Kreditbereich war damals viel Aufbauarbeit zu leisten, insbesondere was die Kreditsicherheiten betraf. Diese waren zum Teil nicht vorhanden, zum Teil nicht verwertbar.

1976 gab es dann einen Ministerratsbeschluss zur Förderung privater Handwerker und Dienstleister. Der hat uns ganz schöne Arbeit beschert. Plötzlich gab es wieder zahlreiche Neu-Handwerker und Neu-Gewerbetreibende, die ja potentiell alle Teil unserer Kundengruppe waren. Die haben uns insgesamt einen kräftigen Wachstumsimpuls verpasst, auf allen Gebieten, aber vor allem bei den Krediten. Natürlich ist da auch unser Spareinlagenplan gestiegen. Aber hauptsächlich unser Kreditplan, der ging ordentlich in die Höhe. Aber das war so gewollt, dass wir die neuen Handwerker durch Kredite unterstützten. Unser Kreditplan wurde eigentlich nie irgendwie beanstandet, der ging so in die volkswirtschaftlichen Bilanzen des Rates des Bezirkes ein und wurde uns genehmigt.

VB-SPN: Es gab also in der DDR klare Vorgaben, im Geschäftsjahr eine bestimmte Summe an neuen Spargeldern einzuwerben bzw. als Kredite auszugeben?

HW: Ja, das gab es. Wir haben vom Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, ein Soll für den Spareinlagenzuwachs bekommen. Zudem haben wir einen Plan einreichen müssen über die Kredite, die Guthaben insgesamt. Die Pläne bekamen wir bestätigt und da mussten wir dann am Jahresende auch so ein bisschen Rechenschaft darüber ablegen. Auch vom Verband in Berlin bekamen wir einzelne Vorgaben, unter anderem zur Zahl unserer Mitarbeiter. Das entschied sich nach bestimmten Messzahlen. So gab es beispielsweise für Kredite – kleine Handwerkerkredite, große PGH-Kredite oder Konsumkredite – jeweils eine bestimmte Punktezahl. Auch für Spareinlagen, Giroeinlagen, die Kontenanzahl oder die Anzahl der von uns zu betreuenden PGHs gab es Punkte. Diese Punkte wurden von uns jährlich ausgerechnet. Und so und soviel Punkte ergaben dann eine Arbeitskraft, als Beispiel.

VB-SPN: Herr Weiß, vielen Dank für die interessanten Einblicke in die Geschichte unserer Bank.

INTERVIEW: „MANCHMAL HAT ES SCHON GEKNACKST!“

Harry Wiese



Harry Wiese (HW) arbeitete von 1966 bis 1980 als Handelsleiter bei der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BHG) Forst. Im Gespräch spricht er über die Aufgaben der BHG und die damals oft schwere Arbeit. Seine Schilderungen liefern interessante Einblicke in den aus heutiger Sicht sehr bankfernen Teil unserer Geschichte.

VB-SPN: *Herr Wiese, Sie waren ab 1966 bei der BHG Forst beschäftigt. Wie war denn die allgemeine Situation damals in der BHG?*

HW: Zur BHG gehörte damals der ganze Altkreis Forst. Der Hauptsitz war in der Bahnhofstraße in Forst, von da wurde alles gesteuert. Weitere Niederlassungen gab es aber auch in Noßdorf, Briesnig, Heinersbrück, Simmersdorf, Döbern, Trebendorf und Klinge. Klinge war damals noch ein ganzer Ort, heute ist er ja größtenteils in der Grube versunken.

Als ich 1966 zur BHG kam, hatte diese insgesamt ungefähr 40 bis 50 Mitarbeiter. Diese Zahl ist auch bis zu meinem Ausscheiden konstant geblieben. Die Fluktuation war nicht so groß, trotz der teilweise schweren Arbeit. Das lag vielleicht am guten Betriebsklima, das wir hatten. So haben wir beispielsweise öfters große Betriebsausflüge gemacht, unter anderem einmal nach Polen ins Riesengebirge oder auch nach Tschechien. Es gab auch einen speziellen Fonds für das kulturelle Miteinander, beispielsweise für die Betriebsvergnügen.

Neben dem Warenhandel gab es in allen Niederlassungen noch ein Bankgeschäft. Da konnten die Bauern von ihrem Konto Geld abheben. Oder auch Geld einzahlen. So brauchten sie nicht extra in die Stadt fahren. Das Prinzip der kurzen Wege damals, das war schon durchdacht. Aber das ist historisch gewachsen, das war keine Erfindung der DDR. Aber vom Bankgeschäft habe ich nicht viel mitbekommen. Ich war als Handelsleiter vor allem für den An- und Verkauf im Warengeschäft zuständig.

VB-SPN: *Dann bleiben wir doch gleich beim Warenhandel: Was waren da die Schwerpunkte im Sortiment der BHG?*

HW: Ein Schwerpunkt waren große Mengen Düngemittel für den gesamten Kreis. Sehr wichtig waren aber auch das Kohlegeschäft und der Baustoffhandel. Das war schon eine schmutzige und schwere Arbeit. Damals gab es ja noch 50-Kilo-Säcke, das wurde später geändert in 25 Kilo. Also so ein 50-Kilo-Sack Zement hatte ein ganz schönes Gewicht. Da hat es schon manchmal geknackst. Da kann ich Ihnen auch Geschichten erzählen. Einmal haben wir uns extra Stempel anfertigen lassen und sind damit nach Eisenhüttenstadt gefahren. Dort hatten sie zwar Zement und auch Tüten dafür, aber die konnten sie nicht benutzen. Die waren nicht vorschriftsmäßig, weil nicht drauf stand, was drin sein sollte. Aber wir brauchten den Zement. Da haben wir dann die Säcke selbst mit einem Stempel bedruckt. Zum Sortiment der BHG gehörte auch Arbeitsschutzbekleidung, unter anderem Gummistiefel, Gummijacken, Wattedaschen, Hygienebekleidung für die Melker und so etwas. Das war auch ein ganz wichtiger Faktor. Da liefen Wettbewerbe innerhalb des Bezirks Cottbus, welche BHG den höchsten Umsatz mit Arbeitsbekleidung schaffte. Aber nachher haben sie gemerkt, dass geht ja alles zu Kosten der Genossenschaft. Die sind bald pleite gegangen daran, weil ihnen zu viel Ware aufgedrückt wurde.

Ansonsten gab es beispielsweise für Privatleute neben der Baustoffversorgung auch Sämereien, Gartengeräte oder alles, was man für die Kleintierzucht brauchen konnte. Es war übrigens völlig egal, ob jemand in der BHG Mitglied war oder nicht. Jeder konnte da einkaufen oder auch Kohle bestellen. Die BHG war für alle da.

VB-SPN: *Die Raiffeisengenossenschaften, aus denen die BHGen nach 1945 vielfach hervorgegangen sind, hatten ja auch oft die gemeinschaftliche Nutzung von größeren Maschinen organisiert. Gab es das auch noch später bei der BHG Forst?*

HW: Ja, solche Gemeinschaftseinrichtungen gab es auch bei uns. Beispielsweise eine Kartoffeldämpfkolonie, die gab es auch noch 1980, als ich bei der BHG aufgehört habe. Die zog im Herbst über die Dörfer und dann wurden da die Kartoffeln angefahren, gedämpft und hinterher gleich siliert. Daneben gab es für Privatpersonen auch einen „Ausleihdienst“. Dort konnte man sich Betonmischer, Kreissägen oder auch Formen für die Eigenfertigung von Betonsteinen ausleihen.

VB-SPN: Und hatte die BHG auch so eine Konsumgüterproduktion, wie sie später von vielen Betrieben in der DDR neben ihrer eigentlichen Produktion gefordert wurde?

HW: Ja, eine solche Zusatzproduktion haben wir auch versucht. Das wird wohl um 1970 herum gewesen sein. Da hatten wir uns zum Beispiel Formen machen lassen für Zementsteine. Und das wurde dann teilweise noch zusätzlich produziert. Aber direkt eine Produktion, wo es nach Leistung ging, war das nicht. Das wurde zusätzlich improvisiert. Aber das ist nicht richtig zur Entwicklung gekommen, war eher unbedeutend. Diese Zusatzproduktion war am Standort Simmersdorf konzentriert. Dort, wo auch der Bahnanschluss war und wir die ganzen Entladungen der Bahnwagons gemacht haben. Das war auch immer mit Eile verbunden. Ebenfalls in Simmersdorf war auch das Agrochemische Zentrum (ACZ) der BHG Forst. Darin waren vor allem die Düngung und der Pflanzenschutz zusammengefasst. Irgendwann Anfang oder Mitte der 1970er Jahre ist es dann aus der BHG ausgegliedert worden.

VB-SPN: Was hat es mit den angesprochenen Wagonentladungen auf sich?

HW: In der DDR hat man ja noch mehr über die Schiene transportiert, als das heute der Fall ist. Und wenn dann ein Bahnwagon, voll mit Kohle oder beispielsweise Dünger, am Bahnhof stand, hatte man für die Entladung nur eine bestimmte Zeit zur Verfügung. War der Wagon nach dieser Zeit nicht leer, musste man Standgeld zahlen. Also hat jeder Betrieb versucht, so schnell wie möglich zu entladen. Mit allen Mitteln. Das war manchmal ein Problem, vor allem wenn nun viel kam oder gerade auch bei Lieferungen am Wochenende. Eigentlich kamen ja fast jeden Tag Wagons. Mal einer, mal drei, auch mal vier oder fünf oder noch mehr. Für die Entladung gab es ein Stammpersonal, aber das hat es nicht immer bewältigt. Wenn es notwendig war, dann wurde telefoniert oder mit dem Auto herum gefahren, um die Leute zusammen zu holen. Es hatte ja auch nicht jeder Mitarbeiter zu Hause ein Telefon. Ich habe es auch schon fertig bekommen und habe Entladepersonal aus der Kneipe geholt am Sonntag, weil es nicht anders ging.

VB-SPN: Wie weit im Voraus hat man denn erfahren, wann wieder Wagons kommen?

HW: Das ging ja eigentlich rund um die Uhr, auch am Wochenende, dass da was kommen konnte. Den ungefähren Zeitpunkt haben wir meist vier bis fünf Stunden vorher erfahren. Alle vier Wochen war jeder Mitarbeiter in Bereitschaft zur Entladung.

VB-SPN: Und von Simmersdorf aus wurden die Waren dann auf die einzelnen Geschäftsstellen verteilt?

HW: Ja, wir hatten dann im Voraus schon Abfuhrpläne dafür. Wir wussten ja, was kommt. Da wurde gleich festgelegt, was geht wohin. Fahrzeugmäßig waren wir dafür gut bestückt. Ich glaube, wir hatten fünf oder sechs LKWs laufen. Alles W 50, überwiegend Kipper. Die Fahrzeuge waren zentral der BHG unterstellt. Später, als das ACZ ausgegliedert wurde, da haben wir uns die Fahrzeuge dann mit denen teilen müssen.

VB-SPN: Wie war denn das Verhältnis zwischen BHG und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)? Oder auch mit den regionalen Behörden, beispielsweise dem Rat des Kreises?

HW: Die VdgB war das direkte Leitorgan, das übergeordnete Organ. Sie hatte ihren Hauptsitz für uns in Cottbus. Dazu gab es in jedem Kreis eine Kreisstelle, so auch in Forst. Die war mit zwei, drei Mann besetzt. Die haben mehr die politische Organisation in der Hand gehabt. Die haben der BHG die Linie verpasst, wenn man so sagen will. Haben ihr vorgegeben, wie es zu laufen hat. Bei bestimmten Sachen unterstanden wir zudem der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises. Das betraf beispielsweise die Baustoffe. Das war ja nicht nur ein reines Sortiment für die Landwirtschaft, die konnte ja jeder Bürger bei uns kaufen. Damit hatte die VdgB dann wieder nichts zu tun.

VB-SPN: Noch eine Frage zum Schluss: Können Sie sich erinnern, wie das in der DDR mit den Mitgliederversammlungen bei der BHG war?

HW: Ja, die Mitgliederversammlungen gab es auch zu DDR-Zeiten weiter. Da wurde Rechenschaft abgelegt vor den Bauern. Die waren ja damals fast alle Mitglieder der BHG. Zudem hat man politisch die Linie dargelegt, natürlich unter dem Einfluss der damals herrschenden Klasse. Wie die einzelnen da nachher darüber gedacht haben, das weiß ich nicht. Hinterher wurde jedenfalls auch gefeiert.

VB-SPN: Herr Wiese, vielen Dank für die interessanten Einblicke in den aus heutiger Sicht ja sehr bankfernen Teil unserer Geschichte.

INTERVIEW: „ES WAR ALLES ANDERE ALS EIN SCHREIBTISCHJOB.“

Ruth Sallmann



Ruth Sallmann (RS) war ab 1970 als Direktorin der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN) in Spremberg tätig. Sie schildert die Aufgaben der BLN. Dazu gehörten häufige Kontrollbesuche in den Ställen und Scheunen der Landwirtschaftsbetriebe, um etwa die Getreidelagerung zu prüfen oder einen Viehbestand nachzuzählen.

VB-SPN: Frau Sallmann, können Sie uns zum Einstieg kurz erzählen, wann und wie Sie zur Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft gekommen sind?

RS: Ich habe 1963 als Haushaltsbearbeiterin für die Landwirtschaft bei der Bank angefangen. Damals hieß sie noch Deutsche Bauernbank. Danach hat sich der Name aber zweimal geändert: erst in Landwirtschaftsbank der DDR und dann in Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft. Zu meinen Aufgaben zählte anfänglich die Vergabe von Fördermitteln an die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Mit der Entwicklung dieser Bereiche wurde unser Bereich Ökonomie größer und ich war für die Grundmittelfinanzierung zuständig. Die entstehenden LPGen brauchten Ställe, Lager für Getreide, Heu, Stroh und dergleichen. Das hat damals alles die BLN auf Kredit finanziert. Durch die ständige Weiterentwicklung der Landwirtschaft und unserer Bank ist diese Aufgabe in die laufende Arbeit des Bereiches Ökonomie eingegangen. Nach dem Ausscheiden einer Kollegin übernahm ich 1966 als Stellvertreter des Direktors den Bereich Rationalisierung, Organisation und Rechnungswesen. 1970, nach dem Tod des damaligen BLN-Direktors, Herrn Drieschner, habe ich die Leitung der Bank übernommen. Zu der Zeit waren wir in Spremberg aber eine Außenstelle der BLN-Filiale in Forst. Erst einige Zeit später wurden wir wieder eine eigenständige Filiale. Im Übrigen waren wir zu DDR-Zeiten auch keine Genossenschaft. Wir hatten keine eigenen Mitglieder. Die Mitglieder hatte die Bäuerliche Handelsgenossenschaft (BHG), mit der wir erst 1990 verschmolzen sind.

VB-SPN: Können Sie uns noch etwas über die allgemeine Situation in der BLN erzählen? Wie viele Mitarbeiter hatte die Bank beispielsweise?

RS: Der Mitarbeiterstamm ist über die Jahre kleiner geworden. 1963 waren wir zwölf Beschäftigte. Als ich zum Jahresende 1990 ausschied, gab es noch acht. Das ergab sich auch mit der Entwicklung der Landwirtschaft, denn viele kleine LPGen schlossen sich zu mehreren großen LPGen zusammen, um die Produktion und Wirtschaftlichkeit zu steigern. Damit konnten auch bei uns in der Bank mehrere Aufgaben zusammengelegt werden. Die Qualifikation, möchte ich behaupten, war bei uns in der Filiale sehr gut. Unsere Mitarbeiter hatten alle einen Abschluss als Bankkaufmann oder einen Fachschulabschluss.

Die Bank saß in einem Gebäude in der Töpferstraße 4. Das war mal ursprünglich eine Gaststätte und was man sich heute in den modernen Geschäftsstellen kaum noch vorstellen kann: Wir mussten damals noch selber heizen. Das hat meist der Kraftfahrer nebenbei gemacht, auch die Kohle dafür geschippt. Aber wenn er nicht da war, mussten wir in unserer guten Kleidung runter in den Keller und heizen. Nicht so schön war das bei Hochwasser. Dann kam das Grundwasser hoch und wir mussten Steine und Bretter legen, um darüber zum Ofen zu klettern. Also wir haben da schon einiges erlebt, aber das hat auch wieder zusammengeschweißt.

VB-SPN: Können Sie kurz das Aufgabenspektrum der BLN zusammenfassen. Wie sah der Arbeitsalltag aus?

RS: Wie es schon aus dem Namen anklingt, hat die BLN die gesamte Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft finanziert. In der Landwirtschaft waren es die Volkseigenen Güter und vor allem die LPGen. In meiner Anfangszeit als Bankdirektorin hatten wir rund 30 LPGen zu finanzieren. Daneben gehörten zur Landwirtschaft auch die Maschinen- und Traktoren-Station (MTS), das Agrar-Chemische Zentrum (ACZ) und der Kreisbetrieb für Landtechnik (KfL). In der Nahrungsgüterwirtschaft waren es hauptsächlich Volkseigene Betriebe wie beispielsweise die Getreidewirtschaft, der Schlachthof, Obst-Gemüse-Speisekartoffeln (OGS) und die Molkerei. Diese Betriebe wurden jedoch von bezirklicher Ebene gelenkt und finanziert. Zu unseren Aufgaben gehörte aber auch die Hausbaufinanzierung. Diese Kredite wurden aber überwiegend an Beschäftigte der LPGen oder anderer Agrarbetriebe ausgereicht.

Weiterhin waren wir zuständig für die Kontrollen bei vielen Agrarbetrieben, meist zusammen mit anderen Institutionen. Da bin ich unter anderem mit dem Schädlingsbekämpfer durch den Kreis gefahren und wir haben zusammen geprüft, ob das Getreide ordentlich gelagert wurde. Wir hatten es ja als Bank finanziert. Beim Häuslebau erfolgten die Kontrollen zusammen mit der Staatlichen Bauaufsicht. Ich erinnere mich, dass wir bei einem Volkseigenen Gut den

Bestand an Schweinen laut Inventur angezweifelt haben. Da bin ich mit dem Kreistierarzt hingefahren, wir bekamen Gummistiefel, Kittel und Mütze und wir haben die Viehzählung wiederholt. Alleine durfte ich ja nicht in die Stallanlagen. Als ich abends nach Hause kam, machte mir mein Sohn die Tür auf und rief: „Du stinkst!“ Es war schon oft alles andere als ein Schreibtischjob.

Darüber hinaus hat die BLN jeden Jahresabschluss, d. h. jede Bilanz der LPGen geprüft. Erst wenn unsere Ökonomen die Abschlüsse bestätigt hatten, konnten die Genossenschaften die Gewinnbeteiligungen an die Mitarbeiter bzw. Mitglieder auszahlen. Danach gab es die Jahreshauptversammlung in den LPGen, wo auch immer ein BLN-Mitarbeiter aus dem Bereich Ökonomie oder ich selbst anwesend war. Da wurden vom Vorsitzenden und Hauptbuchhalter die Ergebnisse vorgetragen und manchmal gab es noch Nachfragen, die meine Mitarbeiter oder ich versucht haben, zu beantworten.

VB-SPN: Gab es auch ein Privatkundengeschäft bei der BLN?

RS: Jeder Bürger der DDR konnte ein Konto bei der BLN eröffnen. Auf Weisung übergeordneter Stellen haben wir 1982 den Zahlungsverkehr, d. h. alle Ein- und Auszahlungen, an die Sparkasse in Spremberg abgegeben, da wir relativ wenige Konten hatten und damit eine Einsparung erfolgen sollte. Wir hatten nur noch die Kontrolle über diese Konten. Zur Wendezeit haben wir wieder alle zurückbekommen. Diese Übergabe war überhaupt kein Problem, da die Sparkasse unsere Konten aufgrund der Vorsatzziffern gut identifizieren konnte. In der DDR ließ sich nämlich anhand der ersten vier Ziffern sagen, von welcher Bank das Konto stammt. Wir hatten beispielsweise die 2743 am Anfang der Kontonummer. Die 274 gab den Ort Spremberg an. Bei der vierten Ziffer stand die 1 für die Staatsbank, die 2 war die Sparkasse, die 3 waren wir, die 4 gehörte zur Gewerbebank und die 8 war die BHG.

VB-SPN: Wie stark war die BLN mit den Kreditausreichungen in die regionale Wirtschaftsplanung eingebunden?

RS: Wir haben uns sehr viel mit dem Rat des Kreises, Abteilung Landwirtschaft, abgestimmt. Von dort wurde vorgegeben, was jede LPG an Getreide, Kartoffeln oder Fleisch zur Versorgung der Bevölkerung produzieren sollte. Um den Produktionsablauf zu sichern und da Eigenmittel kaum vorhanden waren, mussten wir die Kredite ausreichen. Wir hatten nicht die Möglichkeit, diese abzulehnen. Die Produktion musste kommen. Wir hatten die Pflicht zu kontrollieren, dass die Mittel ordnungsgemäß für die Produktion oder auch im Investitionsbereich für den Bau oder die Anschaffung von Technik verwendet wurden. Das galt ebenso für die Staatlichen Fördermittel, die die Landwirtschafts-

betriebe teilweise erhielten. Das gesamte Kreditgeschäft unserer Filiale wurde unserer übergeordneten Dienststelle, der Bezirksdirektion Cottbus mitgeteilt und abgestimmt.

Ich kann mich auch noch erinnern, wie ich mich einmal mit einem LPG-Vorsitzenden wegen des Jahresabschlusses seiner LPG angelegt habe. Er stand auf dem Standpunkt, seine Mitarbeiter haben für die Gewinne gearbeitet, daher zahlt er diese auch an sie aus. Diese Sichtweise war zwar verständlich, aber wir hatten eben den Auftrag, möglichst nicht zu viele Kredite auszureichen und auch auf die Tilgung zu achten. Was die LPGen erwirtschaftet hatten, sollte deshalb stärker für die Kredittilgung oder auch die Neuanschaffung von Technik genutzt werden. Wir haben uns dann aber gütlich auf halbe-halbe geeinigt.

VB-SPN: Da wir gerade von der Wende sprachen: Welche Eindrücke sind Ihnen aus dieser Zeit noch präsent?

RS: Das war eine sehr harte Zeit. Alles war neu für uns und im Gegensatz zur benachbarten Volksbank hatten wir anfänglich auch keine Unterstützung aus dem Westen. Die BLN war ja keine wirkliche Genossenschaftsbank, sondern staatlich unterstellt. Ich habe dann über meine Cousine in Düsseldorf den Kontakt zur dortigen Raiffeisenbank gesucht. Auf meine Anfrage hin wurde ich von deren Vorständen sehr freundlich eingeladen. Drei Tage lang haben sie mir ihre Bank gezeigt und das bundesdeutsche Bankensystem erklärt. Sie waren bemüht, mir vieles zu erklären und zu zeigen. Ich habe viel mitgeschrieben, aber kaum die Hälfte verstanden, denn das ganze System war total anders aufgebaut, als wir es kannten. Es war eine andere Welt und für mich deprimierend.

Es war wirklich sehr schwer – weil wir fast alles über die Jahre ganz anders gelernt hatten. Das hat mich damals sehr beschäftigt. Warum ist es bei uns alles so anders, habe ich mich gefragt und wir glaubten, auch bei uns ist alles richtig und gut. Wir haben doch auch gelernt, studiert und gearbeitet und in den Jahren alles gegeben, um sagen zu können, wir leisten eine gute Arbeit. Die vielen Eindrücke von der Bank in Düsseldorf waren auch nachhaltig deprimierend und es hat einem auch irgendwie Angst gemacht, wie das nun bei uns hier weitergehen soll. Ich habe dann den Kontakt zur Volksbank hier in Spremberg gesucht. Darüber erhielten wir dann auch Unterstützung durch westdeutsche Partnerbanken. 1992 erfolgte dann die Fusion mit der Volksbank, aber da war ich schon nicht mehr in der Bank. Ich bin zum Jahresende 1990 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand gegangen. Für die Übergangszeit hatte Frau Schmiedel die Leitung der Bankfiliale übernommen.

VB-SPN: Frau Sallmann, wir danken Ihnen für das aufschlussreiche Gespräch.



Kapitel 4

DIE WENDE

1989/90

KAPITEL 4: DIE WENDE 1989/90

FRIEDLICHE REVOLUTION

Im Sommer 1989 spitzte sich die gesellschaftliche Situation in der DDR zu. Die bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai erstmals belegten Wahlfälschungen sorgten für zahlreiche Eingaben und Anzeigen sowie massive Proteste gegen das SED-Regime. Hinzu kamen die ab August stark ansteigenden Flüchtlingszahlen. Viele DDR-Bürger suchten Zuflucht in den bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau oder sie nutzten den mittlerweile gefallenen „Eisernen Vorhang“ zwischen Ungarn und Österreich zur Flucht über die grüne Grenze. Unter ihnen befanden sich auch einige Mitglieder von den Vorgängern der Volksbank Spree-Neiße. So wurde beispielsweise bei der Genossenschaftskasse Spremberg-Bad Muskau für 1989 der Abgang von 21 Mitgliedern als Folge der großen Ausreisewelle vermerkt.

Neben der „Abstimmung mit den Füßen“ wurde das Bild der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 auch durch die (Montags-)Demonstrationen in Leipzig, Berlin, Halle und vielen anderen Städten der DDR geprägt. Diese Entwicklung machte auch vor der Lausitz nicht halt. Zur wohl größten Demonstration in der Region kam es am 2. November 1989 in Guben. Dort folgten rund 15.000 Bürger einem Aufruf des „Neuen Forums“. Aber auch schon vorher fanden in den Kirchen von Forst, Spremberg oder Weißwasser wöchentliche Friedensgebete statt, in deren Anschluss es zu Demonstrationen durch die Innenstädte kam. Mit

Demonstration des „Neuen Forums“ vor dem Wilhelm-Pieck-Monument in Guben (2. November 1989)



Näherinnen beim Umflaggen: Die Nachfrage nach neuen Deutschlandfahnen war groß vor der Wiedervereinigung (September 1990)

brennenden Kerzen als Zeichen der Gewaltlosigkeit in den Händen forderten die Bürger freie Wahlen sowie Presse- und Meinungsfreiheit – und trugen so mit zum Fall der Mauer am 9. November 1989 bei.

Nur gut ein halbes Jahr nach dem Fall der Mauer, am 1. Juli 1990, wurde in der DDR die D-Mark eingeführt. Am 3. Oktober 1990 folgte dem währungspolitischen Anschluss auch die staatliche Vereinigung. Mit dem von vielen lediglich noch als Formsache betrachteten Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik war die Einheit offiziell vollzogen. Im wiedervereinten Deutschland galten nun eine einheitliche Eigentums- und Rechtsordnung, eine Wirtschafts- und Sozialordnung und eine Währung.



*Aus dem Verkehr gezogen:
Das Geld der DDR (1990)*



*Deutsche Wiedervereinigung:
Vor den Augen hunderttausender Feiernder wurde vor dem Berliner Reichstag am Abend des 3. Oktobers 1990 die schwarz-rot-goldene Bundesfahne gehisst*

Bürger warten am 1. Juli 1990 vor einer Genossenschaftskasse, um die ersten D-Mark von ihrem Konto zu holen



DIE D-MARK KOMMT (WÄHRUNGSUNION 1990)

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 1. Juli 1990 wurde die von vielen Ostdeutschen ersehnte Deutsche Mark zum offiziellen Zahlungsmittel in der DDR. Was so einfach klingt, war in der Praxis ein logistischer Kraftakt: 460 Tonnen Geldscheine und 600 Tonnen Münzen im Gesamtwert von 27,5 Milliarden D-Mark mussten per LKW in die DDR gebracht werden.

Die Währungsumstellung wurde auf den Konten vorgenommen, d. h. jeder DDR-Bürger musste sein Ostgeld für den Umtausch auf ein Konto einzahlen. Besaß er bislang noch kein Bankkonto, musste er ein neues eröffnen. Für die Mitarbeiter in den Vorgängerbanken der heutigen Volksbank Spree-Neiße bedeutete die D-Mark-Einführung daher arbeitsintensive Wochen und Monate mit vielen Überstunden, in denen es selbst an den Wochenenden kaum freie Tage gab. Allein bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau waren rund 7.000 Konten im Verhältnis 1:1 und 10.000 Konten im Verhältnis 1:2 umzustellen.

?

”

„Jede einzelne Volksbank musste sich selbst kümmern, es gab so viele Unklarheiten. (...) Es war so, dass die Presse teilweise früher informierte, als die Information in der Bank war. Hier gab es Auseinandersetzungen mit den Kunden und wir waren teilweise unglaublich. (...) Wir bekommen täglich Papier von der Bundesbank, von der DG Bank, vom (Rechenzentrum) GRZ, vom Verband, von den Verbundpartnern, was man nicht mehr lesen kann, da es zu viel ist. (...) Wären nicht Mitarbeiter von den Partnerbanken hier, ich wüsste nicht, wie wir das geschafft hätten.“

MONIKA BUSCHKOWSKI

Vorstand Volksbank Spremberg-Bad Muskau

„Zur Währungsunion haben wir das neue Geld mit unserem Dienstwagen von der damaligen Staatsbank hier in Forst geholt. Da saßen wir mit mehreren Hunderttausend im Wartburg, ohne Polizeischutz. In der Bank haben wir das neue D-Mark-Geld noch einmal nachgezählt. Das geschah alles mit der Hand, Zähltechnik hatten wir ja noch nicht.“

HENDRYK DOKTER

Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Forst

„Die BHG-Außenstelle in Briesnig war eigentlich nur eine Holzhalle. In den Fenstern war kaum noch Kit drin, die Scheiben sind fast von selber raus gefallen. Trotzdem kam hier noch vor der Währungsunion eine Alarmanlagenfirma und hat die ganze Halle erst einmal mit einer Alarmanlage versehen. An dem Tag, als die D-Mark ausgegeben wurde, saß dann sogar ein Polizist mit Kalaschnikow im Kassenraum.“

STEFFEN JAHROW

Langjähriger Geschäftskunde der Volksbank Forst

Werbemotiv der Volksbanken zur Einführung der D-Mark (1990)



NEUORDNUNG IM BANKWESEN

Mit den Bestrebungen zur Einheit Deutschlands vollzog sich auch im Bankwesen der DDR eine Anpassung an das bundesdeutsche System. Auf dem Weg hin zu wieder eigenständigen Universalbanken ergaben sich für die 95 Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe und die 272 Bäuerlichen Handelsgenossenschaften zahlreiche neue Anforderungen – dazu zählten allgemein ein völlig neues Rechtssystem und moderne Bürotechnik, aber beispielsweise auch Auslandszahlungsverkehr, Vermögensberatung und Wertpapierhandel.

Die Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe der DDR stimmten auf ihrem Verbandstag am 20. April 1990 für die einheitliche Umfirmierung ihrer Institute in Volksbanken. Dieser Schritt wurde auch in der Lausitz umgesetzt – bei der Genossenschaftskasse Forst am 11. Mai 1990 und bei der Genossenschaftskasse Spremberg-Bad Muskau am 26. Mai 1990. Im ländlichen Bereich bedeutete die Neuordnung des ostdeutschen Bankwesens unter anderem die Trennung von Geld- und Warengeschäft. Dieser Prozess vollzog sich in mehreren Etappen. Am Anfang wurde vielfach noch die weitere Bündelung von Bank- und Warengeschäft angestrebt, so auch bei der VdgB (BHG) Spremberg. Deren Mitglieder beschlossen am 7. Juni 1990 die Umwandlung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft in die Raiffeisen-Bank- und Handelsgenossenschaft (RBHG) Spremberg. Wenige Wochen später wurde die vormals übergeordnete BLN-Kreisfiliale Spremberg, die in der DDR vor allem für die Kredite an die regionale Agrarwirtschaft zuständig gewesen war, von der RBHG Spremberg übernommen – zusammen mit allen Mitarbeitern sowie den Kundeneinlagen von 1,7 Millionen D-Mark und einem Kreditvolumen von 18,8 Millionen D-Mark.

Die angestrebte weitere Verbindung des Bankgeschäfts mit dem ländlichen Warenhandel barg jedoch für die Raiffeisenbanken einige Risiken. Denn je mehr gerade westdeutsche Baumärkte mit neugebauten, modernen Verkaufszentren in den Osten drängten, desto härter wurde das Geschäft für die vielfach „angestaubt“ wirkenden Raiffeisenmärkte. Daher drängten die bundes-

”

„Alles war damals in gewisser Aufregung. Zum Teil gab es Mitarbeiter, die schon 100 Kilometer vorweggelaufen waren, die musste man immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurück holen. Dazu kam das Betriebswirtschaftliche. Die BHG war ja ziemlich aufgebläht vom Personal her, nicht nur in Guben. In der Wendezeit wurde schnell klar, wir müssen rationalisieren.“

EBERHARD WINKLER

1989/90 Vorstand BHG Guben bzw. Raiffeisen-Bank- und Handelsgenossenschaft Guben

deutschen Genossenschaftsverbände zusammen mit der Finanzaufsicht darauf, das Bank- und Warengeschäft zu trennen. Zusätzliches Gewicht bekam dieser Schritt durch die damals bei den ostdeutschen Banken allgemein sehr geringe Eigenkapitalausstattung. Meist lag diese deutlich unter der vom bundesdeutschen Kreditwesengesetz (KWG) geforderten Eigenkapitalquote von mindestens vier Prozent der Bilanzsumme, weshalb den ostdeutschen Banken im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion eine Eigenkapitalaufstockung aus einem staatlichen Ausgleichsfonds zugestanden wurde. Dafür mussten die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften jedoch eine Auftrennung ihres Geschäftsbetriebs in eine Raiffeisenbank und eine Handels- und Warengenossenschaft vornehmen. In Folge dessen wurde von der Raiffeisen-Bank- und Handelsgenossenschaft in Spremberg am 24. Oktober 1990 eine neuerliche Generalversammlung einberufen. Auf dieser beschlossen die Mitglieder die Abspaltung

des kompletten Handelsgeschäfts inklusive aller Geschäftsstellen der vormaligen VdgB (BHG) Spremberg und die Übertragung auf eine neu gegründete Warengenossenschaft rückwirkend zum 1. Juli 1990. Die RBHG, deren Firmierung in Raiffeisenbank Spremberg geändert wurde, behielt nur das direkte Bankgeschäft, das sie in den Räumen der vormaligen BLN-Filiale weiterführte.

Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften in Forst und Guben. Hier kam es ebenfalls bis zum Sommer 1990 zur Umwandlung in Raiffeisengenossenschaften mit gemeinsamen Bank- und Warengeschäft. In Forst übernahm die Raiffeisen Bank- und Handelsgenossenschaft zudem Ende August die örtliche Kreisfiliale der BLN, zu der auch die Außenstelle in Guben gehörte. Am 30. Oktober 1990 stimmten die Mitglieder der Raiffeisengenossenschaften in Forst und Guben jeweils für die Trennung von Bank- und Warengeschäft. In Guben wurde das Waren-

geschäft in eine separate Genossenschaft ausgegliedert und das Bankgeschäft unter der neuen Firmierung Raiffeisenbank fortgeführt. In Forst entschied man sich für die Fortführung des Warengeschäftes. Das abgespaltene Bankgeschäft trat man zwei Wochen später an die neue Raiffeisenbank Guben ab, die daraufhin ihren Namen in Raiffeisenbank Guben/Forst änderte.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Die Mitarbeiter der einzelnen Genossenschaftsbanken in Forst, Guben und Spremberg standen in dieser Zeit vor enormen Herausforderungen. Dazu zählten beispielsweise das neue Rechtssystem, neue Begrifflichkeiten oder der Umgang mit neuer Banktechnik. Hinzu kamen die Anforderungen des Massengeschäfts, verbunden mit vielen neuen Produkten. Statt der bis-

her üblichen Spareinlagen zum Einheitszinssatz von 3,25 Prozent gab es nun zahlreiche Sparmöglichkeiten mit unterschiedlichen Verzinsungen und Laufzeiten. Gleichzeitig änderten sich auch die Kundenwünsche: Besonders hoch war die Nachfrage vor allem im Jahr 1990 nach Krediten für den Autokauf. Parallel stieg die Nachfrage nach Kfz-Versicherungen, die oftmals über den Verbundpartner R+V Versicherung befriedigt werden konnte. Ebenfalls bestand großer Nachholbedarf bei der Sanierung und Modernisierung von Gebäuden. In der Folge stieß beispielsweise das mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 auch in der damaligen DDR eingeführte Bausparen bei der Bevölkerung auf regen Zuspruch. Zudem zeigte sich schon vor der Währungsunion eine starke Nachfrage nach Förderkrediten.

”

„Im Wendejahr 1990 haben wir jeden Tag oft sehr lange gearbeitet, zum Teil sogar bis 24 Uhr. Die Mitarbeiter haben gesehen, dass die Arbeit getan werden muss und alle haben mitgezogen. Es war jeder für den anderen da, das Zusammengehörigkeitsgefühl ist in diesen Zeiten stark gewachsen. Das haben auch die Kollegen aus unseren westdeutschen Partnerbanken anerkannt: ‚Was ihr hier leistet!‘, haben sie immer gesagt. Bei ihnen würde jeder Betriebsrat sagen, das ginge gar nicht.“

DAGMAR BÄRSCH

BLN/Raiffeisenbank Spremberg

”

„In der DDR waren die Autos knapp, da fuhren zum Teil zwanzig Jahre alte Trabis. In der Wendezeit war daher die Nachfrage nach billigen, insbesondere alten Autos groß. Zu uns kamen viele Leute und wollten einen Kredit dafür. Diese Situation mussten wir auch erst lernen, denn hatten wir einem den ersten Kfz-Kredit bewilligt, kam der teilweise nach kurzer Zeit wieder und wollte einen weiteren Kredit – nun für die Reparatur an seinem alten Auto. Als wir die Schwacke-Liste bekamen, hieß es, so und so alt ist das Fahrzeug und so viel darf das daher kosten. Daran konnten wir uns dann halten.“

RUTH SALLMANN

Vorstand der Raiffeisenbank Spremberg 1990

„Anfänglich saß der westdeutsche Berater von Schwäbisch Hall noch bei mir mit im Büro. Wenn er nicht da war und Kunden kamen, habe ich immer gesagt: ‚Ich kann Ihnen ebenfalls helfen!‘ Wir hatten ja eine Einweisung zum Thema Bausparen bekommen. Aber das wollten die Kunden nicht. Sie kamen lieber ein anderes Mal wieder. Irgendwie haben sie uns das damals in der Wendezeit wohl noch nicht so zugetraut.“

„Nach der Währungsunion hat so mancher Kunde schnell seinen Kredit zurückgezahlt, den er noch aus DDR-Zeiten offen hatte. Das Geld zum Zurückzahlen war meist vorher schon vorhanden, aber aufgrund der niedrigen Zinsen ließen einige den Kredit weiterhin bestehen. Mit der Währungsunion gingen dann die Zinsen deutlich nach oben und die Kunden haben ihre alten Kredite oft rasch zurückgezahlt.“

INGE ECKNIGK

Mitarbeiterin der Raiffeisenbank Guben/Forst

Vertreter aus der Volksbank Grevenbrück besichtigen die Geschäftsstelle Bad Muskau der Volksbank Spremberg-Bad Muskau (1990)



Unterstützung erhielten die neuen Institute in dieser Situation aus dem Verbund der westdeutschen Kreditgenossenschaften. So organisierten die Genossenschaftsverbände und Zentralinstitute zahlreiche Weiterbildungsseminare für ostdeutsche Mitarbeiter. Daneben etablierten sich individuelle Bankpatenschaften zwischen Genossenschaftsbanken in Ost und West, so auch in der Lausitz. Im Zuge dessen erhielt die Volksbank Spremberg-Bad Muskau ab Februar 1990 Unterstützung von der Volksbank Grevenbrück, der Spar- und Darlehnskasse Mark-Oberberg in Meinerzhagen sowie weiteren neun Genossenschaftsbanken aus dem Sauerland. Später weiteten die Sauerländer Genossenschaftsbanken ihre Unterstützung auch auf die Raiffeisenbank Spremberg aus. Die Volksbank Forst sowie die Raiffeisenbank Guben/Forst erhielten Unterstützung durch die Volksbank Bad Oeynhausen, die Spar- und Darlehnskasse Essen sowie weiteren zwei Volksbanken aus den alten Bundesländern.

Im Rahmen dieser Bankpatenschaften leisteten die westdeutschen Banken zum einen wertvolle materielle Hilfestellungen. Diese reichten vom Bereitstellen von Taschenrechnern, Schreibmaschinen, Formularen, Kopiergeräten, Geldzählautomaten, bundesdeutschen Gesetzbüchern und anderer Fachliteratur bis hin zu Büro- und Schaltereinrichtungen. Zum anderen gab es einen gegenseitigen Mitarbeiteraustausch. Dabei halfen verschiedene Beschäftigte der westdeutschen Banken bei ihren ostdeutschen Kollegen aus und gaben ihnen nebenbei erste Einführungen in das bundesdeutsche Banksystem, den Umgang mit Computern, dem Aufbau der Anlageberatung oder zur Gesprächsführung bei Kreditberatungen und der Beurteilung von Kreditrisiken. Ergänzend fuhren ostdeutsche Bankangestellte zu Qualifizierungsmaßnahmen in die Partnerbanken. Teilweise absolvierten ostdeutsche Berufseinsteiger hier auch komplett ihre Lehre.

INTERVIEW: „ES WAR EIN KRAFTAKT!“

Monika Buschkowski



Monika Buschkowski (MB) war ab 1987 Bankdirektorin bei der Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe Spremberg-Bad Muskau. Sie steuerte die Bank durch die turbulente Wendezeit 1989/90 und blieb danach bis zu ihrem Ruhestand 2003 Vorstand der Volksbank Spremberg-Bad Muskau.

VB-SPN: Frau Buschkowski, können Sie uns zum Einstieg kurz berichten, wie Sie zur Volksbank Spree-Neiße gekommen sind?

MB: Ich habe mich bei der Genossenschaftskasse beworben und bin am 1. August 1987 vom damaligen Genossenschaftsrat als Direktorin eingestellt worden. Ich hatte Betriebswirtschaft und Recht studiert, eine Bankausbildung hatte ich nicht. Aber die betriebswirtschaftlichen Bedingungen waren ja in der DDR überall gleich. Was Soll und Haben war, das wusste ich und so schwer war zur damaligen Zeit das Bankgeschäft nicht.

VB-SPN: Zu den Aufgaben der Bank gehörte in der DDR die Betreuung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und der Einkaufs- und Liefergenossenschaften (ELG). Wie sah das konkret aus?

MB: Die PGHs und ELGs, natürlich auch die Handwerksbetriebe, haben bei uns ihre Konten auf Guthabenbasis geführt oder wurden von uns mit Krediten versorgt. Die Kredithöhe war vorgeschrieben. Bei den PGH'en richteten sich diese nach der betriebswirtschaftlichen Größe, bei Handwerksbetrieben sollten 20.000 Mark nicht überschritten werden. Natürlich haben wir auch Wege gefunden, um den Handwerkern bei höherem Kreditbedarf zu helfen. Da wurden beispielsweise Investitionen geteilt und so kamen wir dann doch auf 60.000 oder 80.000 Mark. Große Investitionen, wie Neubauten, mussten an höherer Stelle über den Rat des Kreises beantragt werden. Die PGHs

mussten auch ihre betriebswirtschaftlichen Auswertungen bei uns einreichen. Von uns wurden diese ausgewertet und die Kreditausreichungen geprüft. Weiterhin mussten wir jährliche Kontrollbesuche in den Betrieben vornehmen und schriftlich dokumentieren. Als Sicherheiten für die Kredite dienten in erster Linie die Warenbestände.

VB-SPN: Können Sie die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wie dem Rat des Kreises und auch mit damaligen Verband der Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe der DDR noch etwas genauer beschreiben?

MB: In den Sitzungen des Genossenschaftsrates, so hieß damals der heutige Aufsichtsrat, mussten wir monatlich Rechenschaft über unsere Arbeit mit den Handwerkern und den PGHs ablegen. Und natürlich darüber, was in der Bank so passierte und wie es um die Kreditausreichungen stand. Im Genossenschaftsrat saßen jeweils ein Vertreter vom Rat des Kreises Spremberg und vom Rat der Stadt Bad Muskau, jeweils aus der Abteilung Finanzen. Sie konnten so ganz gut ihrer Kontrollfunktion nachkommen.

Vom Verband in Berlin bekamen wir neue gesetzliche Regelungen und Anweisungen und unsere Planzahlen. Es wurde uns zum Beispiel genau vorgeschrieben, wie viele Mitarbeiter wir beschäftigen konnten, wie viel Material wir verbrauchen dürfen und wie hoch der Benzin- oder Kaffeeverbrauch sein durfte. Es wurde fast alles kontingentiert. Nur wenige Kassen hatten ein Kraftfahrzeug, wir gehörten dazu, aber wahrscheinlich, weil unser Einzugsgebiet auch flächenmäßig sehr groß war. Das Fahrzeug wurde für Geldtransporte und Kontrollbesuche bei den Handwerkern und PGHs genutzt. Der Benzinverbrauch musste genau dokumentiert werden.

VB-SPN: Da Sie gerade von der vorgeschriebenen Zahl an Mitarbeitern sprachen: Wie viele Mitarbeiter hatte die Bank eigentlich zum Ende der DDR?

MB: In den Jahren vor der Wende hatte die Genossenschaftskasse für alle drei Geschäftsstellen insgesamt 25 Mitarbeiter. Einige davon, wie die Reinigungskräfte, waren Teilzeitbeschäftigte. Die Planzahlen sahen für uns anfangs 22,3 und später 22,8 Vollbeschäftigte vor. Die Erhöhung hing mit der Volumensteigerung in der Bank zusammen, also mehr Kunden, höhere Bilanzsumme, usw. Zu den Beschäftigten zählte auch ein Hausmeister, der fürs Heizen zuständig und gleichzeitig auch Kraftfahrer war.

Als ich 1987 in die Bank kam, waren nur zwei Herren beschäftigt. Neben dem Hausmeister noch ein Herr in der Kreditabteilung, der uns aber bald verlassen hat. Sonst waren es nur Damen. Der Bankberuf wurde in der DDR nicht hoch bewertet und auch die Bezahlung war sehr schlecht. Das war auch bei den Sparkassen so, aber

deren Mitarbeiter und auch die von der Staatsbank erhielten eine staatliche Altersvorsorge und damit eine bessere Rentenabsicherung als unsere Mitarbeiter. Das war für unsere Mitarbeiter immer ein Ärgernis, zumal wir uns selbst erwirtschaftet haben und von unserem Gewinn Geld an den Staat abführen mussten.

VB-SPN: Lassen Sie uns einen Sprung in die Wendezeit machen: Botschaftsflüchtlinge, Ausreisewellen, schließlich der Mauerfall – können Sie sich erinnern, wie die Stimmung in der Bank war?

MB: Ich muss ehrlich sagen, diese Zeit ist an uns etwas vorbeigegangen, da wir in der Bank voll ausgelastet waren und unser Arbeitspensum enorm war. Es begann schon 1989 mit dem starken Reiseverkehr in die BRD und dem festgelegten Mindestumtausch in D-Mark, der dann auf alle Bürger ausgeweitet wurde. Da bildeten sich in unserer Geschäftsstelle Bad Muskau ständig Schlangen am Schalter, da wir dort Währungen in Form von D-Mark, Kronen und Zloty zusätzlich führten. Das war schon der erste Test zur Währungsumstellung, die ja dann ab 1990 für große Aufregungen sorgte.

VB-SPN: Der Ansturm wurde dann sicherlich nicht geringer, nachdem Helmut Kohl im Februar 1990 der DDR die Einführung der D-Mark anbot?

MB: Genau, jeder Bürger wollte die D-Mark. Die Informationen in den Medien überschlugen sich und am Bankschalter wurden die Diskussionen ausgetragen. Es gab täglich über Presse, Rundfunk und Fernsehen neue Berichte über den geplanten Umtausch und täglich standen die Massen in den Geschäftsstellen am Schalter, um die für den Umtausch erforderlichen bzw. genannten Konten neu zu eröffnen bzw. vorhandene Konten zu schließen. Das war alles nicht einfach und unsere Informationen waren auch sehr spärlich. An einem Freitag habe ich die Informationen und das Material von der Staatsbank und Sparkasse bekommen, am Sonntagvormittag habe ich die Mitarbeiter geschult und am Montag, das war der 11. Juni 1990, standen die Schlangen vor der Tür und wir haben Umstellungsanträge der Kunden geprüft und Auszahlungsquittungen geschrieben. Diese konnten dann vom 1. bis 6. Juli 1990 eingelöst werden – die Konten selbst waren in dieser Zeit wegen der buchmäßigen Umstellung im Verhältnis 1:1, 1:2 oder 1:3 gesperrt.

Anders war es bei der Staatsbank. Die hatten kaum Privatkundenverkehr und konnten sich gut auf die Währungsumstellung vorbereiten. Deren Mitarbeiter wurden bereits geschult, auch durch Westmitarbeiter der Deutschen Bank, die in den Geschäftsstellen der Staatsbank waren. So konnten sie am 1. Juli 1990 in Spremberg und Weißwasser Volksfeste feiern und Kunden abwerben.

VB-SPN: Also während die einen feierten, wurden bei Ihnen in der Bank jede Menge Überstunden geleistet. Und das vermutlich bis weit nach der Währungsunion im Juli noch?

MB: Das hohe Arbeitspensum zog sich noch länger als ein Jahr hin. Es war für alle Mitarbeiter eine harte Zeit. Da wurde auch gestöhnt und auf Grund der Unsicherheiten viel geweint. Aber trotzdem war die Stimmung immer wieder gut. Und jeder wusste, es geht um den Arbeitsplatz und um unsere Bank. Wir waren wie eine große Familie, die in schwierigen Zeiten zusammenhalten muss. Deshalb haben die Mitarbeiter so viel Freizeit geopfert und dafür bin ich ihnen noch heute dankbar.

VB-SPN: Glücklicherweise bekamen Sie in dieser Situation dann auch Hilfe von westdeutschen Genossenschaftsbanken, oder?

MB: Genau. Und das war, ich sage es bewusst einmal christlich, für unsere Bank ein Segen. Im Februar 1990 erhielt ich den ersten Brief von der Volksbank Grevenbrück. Der Kontakt nach Grevenbrück ist über den Westfälischen Genossenschaftsverband hergestellt worden und der dortige Vorstand, Herr Schulte, war sehr schnell. Schon im April 1990 kam Herr Schulte mit einem leitenden Mitarbeiter – Herr Dommies, er ist heute auch Vorstand – zu unserer Jahreshauptversammlung nach Spremberg. Das war unsere erste Begegnung und die verlief sehr gut. Wir waren uns sympathisch. Es waren dann aber auch schon zwei Kreditberater von der Spar- und Darlehnskasse aus Meinerzhagen in unserer Bank, die ERP-Kreditanträge bearbeitet haben. Bis zu diesem Zeitpunkt lagen circa 60 vor, im Mai waren es schon 90 Anträge. Obwohl unsere Mitglieder den Westbankern gegenüber sehr skeptisch waren, waren Herr Schulte und seine Kollegen an diesem Abend sehr gefragt, denn der Wissensdurst war sehr groß. Skeptisch waren unsere Mitglieder, weil sie glaubten, unsere Bank wird aufgekauft. Diese Gedanken konnten wir auf der Versammlung ausräumen. Ich habe ihnen erklärt, dass es kein Aufkauf ist, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Das sei innerhalb des bundesdeutschen Genossenschaftsverbundes, dem wir uns anschließen wollten, so üblich. Im November 1990 sind wir dann mit der gesamten Belegschaft nach Grevenbrück gefahren und haben uns die Westbanken angesehen. Diese Fahrt war für uns sehr interessant, aber auch sehr emotional. Interessant, weil uns Herr Schulte in zwei moderne Geschäftsstellen führte und uns die Technik und den Bankablauf ausführlich erläuterte. So wurde uns die Belegerfassung gezeigt, wo schon zur damaligen Zeit die Belege in der Bank gescannt wurden. Wir bekamen einen enormen Eindruck, was uns noch alles bevorsteht. Emotional war es, weil es für viele Bankmitarbeiter der erste Besuch im Westen war. Viele waren überwältigt und es gab auch viele Tränen.

VB-SPN: Vielleicht können wir die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und den westdeutschen Partnerbanken noch etwas konkretisieren? Wie sah das im Alltag aus?

MB: Also, Herr Schulte und ich, wir haben dann fast jeden Tag telefoniert, wenn es auch schwierig war, denn die Gespräche gingen über das Amt. Am Morgen angemeldet, kamen die Gespräche erst um 20 oder 21 Uhr an. Herr Schulte hat mich zu allen Tagesfragen beraten und nebenbei Pläne zur personellen Hilfe in unserer Bank gemacht. Ich bin Herrn Schulte sehr dankbar. Die damals entstandene Freundschaft hat bis heute Bestand.

Zudem waren seit der Währungsumstellung ständig Mitarbeiter aus den Partnerbanken bei uns in Spremberg. Nach dem 1. Juli 1990 wurden als erstes Schulungen zu den neuen Belegen in allen Geschäftsstellen durchgeführt, denn es war ein völlig neues Belegschaftssystem mit neuen rechtlichen Folgen. Das war für uns eine sehr große Hilfe und Unterstützung, denn wir erhielten beispielsweise vom Verband keine Anleitung. Parallel dazu sind unsere Mitarbeiter für zwei bis drei Wochen ins Sauerland gefahren. Dort wurden sie bei den Partnerbanken in den verschiedenen Abteilungen, wie Zahlungsverkehr, Anlageberatung, Rechnungswesen oder Kreditbearbeitung eingesetzt, um sich im Bankgeschäft einzuarbeiten. 1991 haben wir zwei Azubis eingestellt, zwei Herren, die ihre Lehre direkt in der Partnerbank in Meinerzhagen absolviert haben.

Die Zusammenarbeit mit unseren Partnerbanken ging bis 1992, aber dann nicht mehr so intensiv. Am 1. April 1991 kam auch der zweite Vorstand, Herr Sudhof, aus den alten Bundesländern zu uns und wir haben dann gemeinsam das Schiff Volksbank gesteuert. Vorher war der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Mahling als Vorstand bestellt.

VB-SPN: Können Sie sich erinnern, wie die ersten Eindrücke der aus den Partnerbanken angereisten Mitarbeiter waren?

MB: Wir mussten ja noch selber heizen und da wirkten unsere Berge Braunkohle auf dem Hof der Bank schon etwas befremdlich. Oder die aufgestapelten Briketts im Keller. Wir lebten in einer Kohlegegend, da war die Luft auch nicht so sauber, dazu kamen die schlechten Straßen und die Autobahn, darüber wurde sehr viel geschimpft. Unsere Damen haben aber alle freundlich aufgenommen und der Ärger war vergessen. Unsere Hauptstelle war damals noch in der Gartenstraße. Sie war gemessen an Genossenschaftsbanken im Umfeld gut ausgestattet. Laut Aussage der Partnerbanken entsprach sie dem BRD-Standard der 1960er/70er Jahre. Unsere Hauptkasse war abgeschirmt, wir hatten eine Alarmanlage und einen begehbaren Tresor. Ähnlich war es in Bad Muskau, da stand ein verankerter Tresor. Und Weißwasser war nur eine kleine Geschäftsstelle für zwei Personen.

VB-SPN: Da Sie vorhin schon von Generalversammlung sprachen: Können Sie sich noch an die Atmosphäre der ersten Mitgliederversammlungen nach dem Mauerfall erinnern?

MB: Die Generalversammlung am 26. Mai 1990 war sehr aufregend. Ich stand am Rednerpult und alle hingen an meinen Lippen. Alle wollten wissen, wie geht es nun weiter, was wird mit den Konten, wie wird der Geldumtausch laufen. Was ich wusste, habe ich erläutert. Es waren circa 300 Menschen im Saal des Schweizergartens, darunter viele Gäste aus den alten Bundesländern. Wir haben eine neue Satzung beschlossen, den Aufsichtsrat neu gewählt und als ich dann unseren neuen Namen Volksbank Spremberg-Bad Muskau verkünden konnte, war das ein sehr erhebendes Gefühl. Es war sehr aufregend.

VB-SPN: Kommen wir noch mal zur Währungsunion am 1. Juli 1990. Was ist Ihnen von diesem Tag noch in Erinnerung?

MB: Das war auch sehr aufregend. Wir erhielten unsere D-Mark von der Staatsbank in Spremberg. Und an diesem 1. Juli musste ich um vier Uhr mit unserem Fahrzeug dort sein, um das neue Geld zu übernehmen. Es waren schon einige Millionen. Wir fahren dann im Konvoi mit einem Geldtransporter, Panzerfahrzeug und Polizei zur Hauptstelle und haben zwei Kassierern das Geld übergeben. Dann ging es weiter nach Bad Muskau, da waren wir um fünf Uhr. Hier stand schon eine ältere Dame vor der Tür, mit Stock und Schweißperlen auf der Stirn. Sie wollte ihr Geld abholen. Wir haben sie erst einmal mit Wasser und einem Stuhl versorgt, dann musste sie bis zur Öffnung der Bank warten. Anschließend sind wir mit der Restmenge Geld in unserem Fahrzeug nach Weißwasser gefahren. Als wir die Geschäftsstellen verlassen haben, standen schon mehrere Menschen vor der Tür und in Spremberg angekommen, war es schon eine 50 Meter lange Schlange.

VB-SPN: Das ist ja eines der kollektiven Bilder von der D-Mark-Einführung: Lange Schlangen vor vielen Banken.

MB: Genau, so war das auch bei uns. Vor allen Geschäftsstellen standen lange Schlangen. In Spremberg dann um acht Uhr circa 100 Meter, ähnlich war es auch in Bad Muskau. Im Lauf des Tages hat sich das normalisiert, denn wir hatten immer zwei bis drei Kassierer im Einsatz. In den hinteren Räumen der Bank, für die Kunden nicht sichtbar, saß ein Polizist zum Schutz. Aber passiert ist nichts.

VB-SPN: Noch eine Nachfrage nach den Geldtransporten: Wurden diese auch in den Tagen und Wochen nach dem 1. Juli unter einem so großen Polizeischutz durchgeführt?

MB: Nein. Wir haben mit unserem Firmenfahrzeug die Geldtransporte durchgeführt. Der Kraftfahrer und ich sind fast täglich in den ersten drei Wochen nach Cottbus zur Bundesbank gefahren und haben Geld geholt. Das Geld wurde in einen Jutesack gepackt und da bin ich manchmal mit zwei Millionen D-Mark über die große Kreuzung in Cottbus zum Auto gelaufen. Die Geldtransporte in unsere Geschäftsstellen nach Bad Muskau und Weißwasser wurden ebenfalls mit unserem Bankfahrzeug durchgeführt, immer mit zwei Personen. An Kriminalität hat keiner gedacht. Erst viel später gab es Wachschutz, Geldtransportfirmen und die entsprechenden Regelungen zum Versicherungsschutz. Die erste Geldtransportfirma haben wir 1992 mit der Installation der Geldautomaten in Anspruch genommen.

VB-SPN: Wenn wir über die Währungsunion hinausschauen, welche großen Herausforderungen gab es für Sie ab 1990 außerdem zu bewältigen?

MB: Eine Anlageberatung gab es in der DDR nicht. Wie bereits erwähnt, gab es nur das Sparbuch. Mit dem D-Mark-Umtausch war der Beratungsbedarf bei den Kunden sehr groß. Es kamen auch sofort Anlageberater von den Partnerbanken in unsere Bank. Die Kunden waren begeistert und haben die Gespräche gern in Anspruch genommen. Es gab damals Zinsen von acht Prozent und mehr für einen Sparbrief, davon träumen wir heute. Natürlich waren die Kreditzinsen auch hoch.

Die Vertreter der genossenschaftlichen Verbundunternehmen kamen auch sehr schnell in unsere Bank. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall und die R+V Versicherung haben gute Geschäfte gemacht. So haben die Kunden bei der R+V Versicherung wieder in langen Schlangen gestanden, denn sie brauchten alle neue Kfz-Versicherungen.

VB-SPN: Da Sie gerade schon von hohen Kreditzinsen sprachen: Wie hat sich das Kreditgeschäft mit der Wende entwickelt?

MB: Im Kreditgeschäft hatten wir gerade in den ersten Jahren nach der Wende große Probleme mit den gestellten Sicherheiten unserer Kunden. Bestehende Kredite waren teilweise mit Lagerbeständen, Material oder Reparaturware abgesichert, was nach der Wende völlig wertlos war. Wir hatten dann in der Folgezeit einen sehr hohen Abschreibungsbedarf bei den Krediten. Aber wir hatten auch gute Ergebnisse und diese Ergebnisse haben immer

ausgereicht, um den Wertberichtigungsbedarf abzudecken. Wir brauchten in den ganzen Jahren nie den Sicherungsfonds des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Anspruch zu nehmen.

Ein weiteres großes Thema war die notwendige Umstellung auf das neue genossenschaftliche Rechenzentrum (GRZ) im August 1990. Seit Monaten saßen zwei Mitarbeiter und haben unsere Kundenstämme und Konten über den Computer neu eingegeben. Die Umstellung hat uns dann viele Nerven und graue Haare gekostet. Zu DDR-Zeiten erfolgte die Belegerfassung aus Kostengründen in Spremberg über die Sparkasse und später über die Staatsbank, in Weißwasser und Bad Muskau über die Staatsbank. Denn nur diese hatten je eine Datenleitung. Mit der Wende wurde die Staatsbank von der Deutschen Bank übernommen und wir waren Konkurrenten. So wurde uns die Belegerfassung zum 30. Juni 1990 gekündigt. Vorübergehend wurde uns erlaubt, die Erfassung dort mit eigenen Mitarbeitern durchzuführen. Also wieder für zwei Personen in Spremberg und zwei Personen in Bad Muskau die Einweisung und jeweils am Nachmittag konnten wir dann unsere Belege erfassen.

Im August kam dann die Umstellung von ESER, so nannte sich das DDR-System, auf das System des Genossenschaftlichen Rechenzentrums. Und dann ging das Drama los. Die Umstellung erfolgte in der Nacht und am Morgen erhielten wir gegen zehn Uhr den Anruf vom Rechenzentrum – die Umstellung hatte nicht geklappt. Es begannen wieder bange Tage und Wochen, weil hier auch unmittelbar unsere Kunden betroffen waren. Alles war durcheinander. Wir hatten ein Differenzkonto mit Belegen, die nicht zugeordnet wurden bzw. auf falsche Konten gebucht worden sind. Das Differenzkonto wurde dann von vier Mitarbeitern des Rechenzentrums in ein bis zwei Wochen Arbeit geklärt und die Falschbuchungen neu zugeordnet. Es wurden mehrfach neue Buchungsdurchläufe gefahren und unsere Kunden bekamen dann wieder ordnungsgemäß ihre Kontoauszüge, aber es hat sehr lange gedauert. Überweisungen dauerten in der Regel zwei bis drei Wochen, bis sie das Empfängerkonto erreicht haben. Es war eine sehr unsichere Zeit. Die Probleme sind in allen Banken aufgetreten, aber durch die geplatzte Datenumstellung war es bei uns besonders schlimm.

VB-SPN: *Kamen Sie damals überhaupt mal zum Durchschnaufen? Die Arbeitslast wurde doch sicherlich auch danach nicht wirklich geringer, wenn man beispielsweise an die Fusion mit der Raiffeisenbank in Spremberg denkt.*

MB: Zum Durchschnaufen kamen wir nicht. Es ging dann 1991 / 92 weiter mit den ersten Schulungen, die vom Genossenschaftsverband Berlin-Brandenburg angeboten wurden. Zunächst haben alle Mitarbeiter in einem Schnellstudium den Bankkaufmann nach neuestem Stand absolviert. Später folgten dann weitere Schulungsmaßnahmen in den einzelnen Sparten. Wir haben sehr viel Geld in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter investiert. Wir

Bankvorstände aus dem Osten erhielten separate Schulungen, um die fachliche Berechtigung zur Führung einer Bank zu bekommen. Auf diesen Befähigungsnachweis bestand das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

Die Fusion mit der Raiffeisenbank erfolgte 1992, das ist richtig. Eine Zusammenarbeit gab es aber auch schon vorher. Man muss wissen, dass die Bank für Landwirtschaft und Nahrungswirtschaft (BLN) in der DDR nur für die Landwirtschaftsbetriebe, LPGs und Agrargenossenschaften zuständig war und auch für deren Kreditvergabe. Die Bank war unmittelbar dem Rat des Kreises unterstellt. Das Privatkundengeschäft der ländlichen Bevölkerung wurde in den Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BHG) geführt.

Das änderte sich dann 1990 schlagartig, denn die BLN in Spremberg hat das Privatkundengeschäft der BHG übernommen und war dann eine typische Raiffeisenbank, also für die Landbevölkerung zuständig. Für die Mitarbeiter war es besonders schwer, weil sie ja vorher kein Privatkundengeschäft hatten. Sie wurden dann von unseren Partnerbanken mit unterstützt. Es hat sich bald gezeigt, dass die Bank erhebliche Probleme bekam und nicht mehr alleine bestehen konnte. Deshalb 1992 die Fusion, die vom Verband und den Partnerbanken empfohlen wurde.

Die Mitarbeiterinnen der Bank waren von der Fusion nicht so begeistert, denn wir konnten nicht alle übernehmen. Im Juni 1992 wurde dann die Fusion rückwirkend zum 31. Dezember 1991 beschlossen. Die Zweigstelle Töpferstraße blieb zunächst bestehen und die Mitarbeiter wurden entsprechend der Fähigkeiten in unsere Bank integriert bzw. verblieben in der Zweigstelle.

VB-SPN: *Und kaum war das bewältigt, da ging es dann vermutlich schon mit den ersten Modernisierungen in den Geschäftsstellen weiter?*

MB: Richtig, auch in unserer Bank hat dann die Bauphase begonnen. Wir haben unsere Hauptstelle in Spremberg völlig entkernt und umgebaut. Die Kunden wurden in dieser Zeit in einem Container versorgt. Zur gleichen Zeit haben wir in Weißwasser Räume angemietet und völlig neu ausgebaut. Dabei hielt neue Technik Einzug, wie Geldautomaten, Automatische Kassentresore für die Geldauszahlungen im Kundenraum, Nachttresor und auch Geldzählmaschinen. In Spremberg wurde ein Tresor mit Kundenschießfächern eingebaut. Eröffnet wurde Weißwasser im Januar 1992 und Spremberg im März 1992 – das war ein Kraftakt.

Zur Neueröffnung der Spremberger Geschäftsstelle in der Gartenstraße sind an diesem Tag Herr Schulte und ein Kollege mit einer fahrbaren Geschäftsstelle angereist. Das war eine große Freude und Überraschung. Die fahrbare Geschäftsstelle wurde in Grevenbrück um- und ausgebaut und uns mit Rechnung übergeben. Nach einem festen Fahrplan wurden die Kunden in Hornow, Kahsel, Türkendorf, Welzow und Hoyerswerda versorgt. Das war immer eine Attraktion, wenn wir vom Hof gefahren sind. Der Kraftfahrer, der im Schnellstudium den Bankkaufmann

abgelegt hat, bediente die Kunden: Ein- und Auszahlungsverkehr, die übliche Bankpost wie Kontoauszüge und vieles mehr. Bei Bedarf erfolgte auch eine Kundenberatung vor Ort, dann ist ein Kundenberater mitgefahren. Die Stelle war ja mit einem separaten Schalter ausgestattet. Als die Fahrten dann 1996 eingestellt wurden, waren die Kunden sehr traurig. Aber der Aufwand war dann doch zu groß.

Im Jahr 1996 haben wir am Markt eine Geschäftsstelle eröffnet und die Töpferstraße geschlossen. Auch in Welzow wurde 1996 bis 1998 eine kleine moderne Geschäftsstelle eröffnet, diese hat sich jedoch nicht rentiert. Es erfolgte als letzte Stelle 1996 der Neubau in Bad Muskau. Auch hier entstand ein wunderschönes Haus, ausgestattet mit moderner Technik. Nun waren alle Geschäftsstellen auf dem neuesten Stand. Doch nicht genug damit, haben wir einen Neubau der Hauptstelle am Markt geplant und im Juni 2002 eröffnet, was den Markt der Stadt Spremberg positiv bereicherte.

VB-SPN: Frau Buschkowski, wir danken Ihnen für das interessante Interview.

DIE WESTDEUTSCHEN PARTNERBANKEN AUF EINEN BLICK

- Volksbank Bad Oeynhausen
- Volksbank Grevenbrück
- Volksbank Minden
- Volksbank Löhne
- Spar- und Darlehnskasse Essen
- Spar- und Darlehnskasse Mark-Oberberg
- Volksbank Altena
- Volksbank Hohenlimburg
- Genossenschaftsbank Lendringsen
- Volksbank Lethmate
- Volksbank Menden
- Volksbank Neuenrade
- Volksbank Plettenberg
- Volksbank Werdohl
- Volksbank Winterberg

INTERVIEW: „HOFFENTLICH GEHT DAS ALLES GUT!“

Simone Nitschke



Simone Nitschke (SN) arbeitet seit 1988 in der Kreditabteilung der Volksbank Spree-Neiße bzw. ihrer Vorgänger. Im Gespräch erinnert sie sich an die turbulente Wendezeit und die Veränderungen im Kreditgeschäft.

VB-SPN: Frau Nitschke, können Sie uns zum Einstieg kurz schildern, wann und wie Sie zur Volksbank Spree-Neiße gekommen sind?

SN: Gerne. Ich habe im September 1986 als Auszubildende hier in der Bank angefangen. Damals war das die Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe Spremberg-Bad Muskau eG. Ich habe dann zwei Jahre lang in der Bank gelernt und ab 1988 nahtlos in der Kreditabteilung der Bank begonnen zu arbeiten. Dort bin ich auch heute noch tätig. Der alte Kundenbestand, den ich 1988 übernommen habe, ist zum großen Teil heute noch Kunde unserer Bank. Es gibt ganz alte Beziehungen, die sich über Jahre entwickelt haben.

VB-SPN: Wie lief denn die Kreditvergabe zu DDR-Zeiten ab?

SN: Wenn Selbständige vor 1990 zum Beispiel ihre Geschäftsräume erweitern oder ein Lager bauen wollten, mussten sie sich dafür zuerst beim Rat des Kreises, Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft, oder bei der Handwerkskammer eine Genehmigung holen. Damit sind sie dann zu uns gekommen. Bei uns wurden die finanziellen Verhältnisse geprüft und nach Entscheidung Darlehensverträge vorbereitet. Es gab damals eine Darlehensobergrenze von 20.000 Mark für ein Vorhaben, auch wenn der Anbau teurer war. Manche Kunden haben alle zwei Jahre eine neue Genehmigung eingeholt, um ihr Projekt zu beenden. Der Bereich Finanzierung war schon sehr reglementiert. Da musste man sich irgendwie behelfen, damit das Geld möglichst weit reichte.

VB-SPN: *Interessant. Machen wir jetzt doch einen Sprung in die Wendezeit, also zum Spätsommer, Herbst 1989 – wie würden Sie die Atmosphäre in der Bank zu dieser Zeit beschreiben?*

SN: Ab Spätsommer 1989 saßen wir eigentlich jeden Früh für eine Viertelstunde oder zwanzig Minuten zusammen. Jeder erzählte, was in den Nachrichten zu hören war. Alle waren sehr aufgeregt. Das war eine sehr spannende Zeit, vor allem als die Demonstrationen in Leipzig und Dresden begannen. Als dann die Mauer am 9. November geöffnet wurde, konnte ich das erst gar nicht glauben. Denn in diesem System ist man schon als Schüler so geprägt worden, dass es immer diese Grenze geben wird. Hier leben die Guten und auf der anderen Seite der Mauer die Bösen. Da habe ich schon ein paar Tage gebraucht, um alles zu realisieren.

Ich bin dann auch bald nach Westberlin gefahren. Es gab das Begrüßungsgeld, das man direkt in einer Bank erhalten hat. Ich habe mich dort umgeschaut. Es war völlig anders als bei uns. Die Bankräume waren sehr hell, sehr offen, gleichzeitig aber sicherungstechnisch ganz anders aufgestellt. Ich habe mich dann gefragt, was sich jetzt bei uns verändern wird.

VB-SPN: *Wie hat sich denn das Kreditgeschäft in der Wendezeit weiter entwickelt?*

SN: Es wurden eine Vielzahl von Kreditanfragen gestellt. Unsere Selbständigen brauchten möglichst schnell ein neues Fahrzeug. Viele investierten in neue Maschinen, weil sie wettbewerbsfähig sein wollten. Bei den ersten Fahrten in die alten Bundesländer hatten unsere Handwerker gesehen, was es in ihren Bereichen an moderner Technik, Werkzeugen und Materialien gab. Viele unserer Kunden wollten große Investitionen tätigen und zum Teil hatte man das Gefühl: „Hoffentlich geht das alles gut!“

Der Andrang war unglaublich. Die Kunden standen zeitweise Schlange vor der Tür. Sie kamen zu uns, haben sich angestellt und gewartet. Ich habe Notizen zum Kundenwunsch gemacht und Unterlagen entgegen genommen. Finanzierungsanträge wurden gesammelt und abends nach Ende der Öffnungszeiten abgearbeitet. In dieser Zeit haben wir an einem Tag bis zu acht Kreditgespräche geführt.

VB-SPN: *Überstunden waren da offenbar ein Dauerzustand?*

SN: Richtig. Wir haben damals zeitiger als heute geöffnet. Ich war um halb sieben in der Bank, um früh schon etwas bewältigen zu können. Abends waren alle Kollegen bis neunzehn oder zwanzig Uhr in der Bank. Ohne die Hilfe der Mitarbeiter aus den alten Bundesländern hätten wir das kaum bewältigen können. Sie haben teilweise im Akkord

gearbeitet. Für diese Unterstützung waren wir alle sehr dankbar. Für uns war praktisch alles neu. Natürlich haben wir in der DDR auch geprüft, ob ein Kredit bilanztechnisch passt und ob der Kunde die Tilgung leisten kann. Doch mit der Wende ging es plötzlich um ganz andere Beträge. Einige Kunden, beispielsweise aus dem Maschinenbau, stellten Anträge von 400.000 D-Mark. Da war wichtig, dass wir deutlich intensiver die Kreditprüfung durchführten. Am Anfang fiel es uns schwer zu beurteilen, ob die Preise für zu finanzierende gebrauchte Maschinen und Fahrzeuge tatsächlich realistisch waren. Wer sich da nicht richtig informierte, hat zu viel gezahlt. Hier waren wir wieder auf die Hilfe von den Mitarbeitern aus den alten Bundesländern angewiesen. Teilweise haben wir die Kreditgespräche gemeinsam mit den Beratern der Partnerbanken geführt. Dabei habe ich viel gelernt.

Daneben haben uns die Kollegen der Partnerbanken bei der Beantragung von ERP-Krediten geholfen. Förderdarlehen waren für uns neu. Bereits im Frühjahr 1990 begann eine Flut von Antragstellungen durch Kunden unserer Bank. In den alten Bundesländern waren Banken mit den Antragsverfahren vertraut. Über die Kontakte zu den Partnerbanken erhielten wir notwendige Informationen und organisierten die Antragstellung bei den Zentralinstituten.

VB-SPN: *Was hat denn ein Handwerker von den ERP-Förderkrediten?*

SN: Der ERP-Kredit ist ein Darlehen, das verzinst wird und vom Kunden auch an die Bank zurückgezahlt werden muss. Der Staat stützt die Kreditzinsen. Durch diese Zinssenkung wird das Darlehen insgesamt kostengünstiger. Den Antrag stellt allerdings immer die Hausbank. Ein Kunde kann ein solches Darlehen nicht selbst direkt bei der KfW beantragen. Das heißt aber auch, dass die Bank dann in der Verpflichtung steht. Kann ein Kunde seinen ERP-Kredit nicht zurückzahlen, ist das kein Zahlungsausfall für die KfW, sondern für uns als Bank. Einige Förderprogramme enthalten die Vereinbarung einer Haftungsaufteilung zwischen Bank und zum Beispiel KfW. Wir müssen bei jedem Finanzierungsantrag sehr sorgfältig mit unserer Entscheidung aufgrund der Kreditrisiken umgehen.

VB-SPN: *Stichwort Kreditrisiken: War das für die Kunden eine starke Umstellung, dass sie nun deutlich mehr und vor allem ganz andere Sicherheiten für einen Kredit stellen mussten?*

SN: Die Vereinbarung von Kreditsicherheiten war natürlich auch schon zu DDR-Zeiten üblich. Es wurde bei einem kreditfinanzierten Neubau eine Hypothek auf dem Grundstück eingetragen oder bei einem Autokauf der Kfz-Brief als Sicherheit hinterlegt. Aber mit der Wende ging es plötzlich um ganz andere Beträge. Wer wollte für einen Lkw oder neue Maschinen schon sein Haus mit Grundschulden belasten? Das Verständnis für notwendige Sicherheiten in solchen Größenordnungen war zunächst nicht da. Hier gab es einige Diskussionen und Aufklärungsbedarf.

Die Vereinbarung neuer Sicherheiten musste auch in solchen Fällen neu geregelt werden, wenn Handwerker oder Gewerbetreibende Kreditlinien aus Vor-Wende-Zeiten hatten. Die Zusagen wurden oft durch Sicherungsübereignung alter Maschinen oder Fahrzeuge, die plötzlich nichts mehr wert waren, besichert. Unsere Handwerker hatten wenig Verständnis, wenn wir ihnen sagen mussten, dass ihre Maschinen nichts mehr wert waren. Das war also wirklich hart für alle Beteiligten. Unsere Geschäftsleitung, Frau Buschkowski und Herr Sudhof, haben von Anfang an ein sicheres, solides Kreditgeschäft aufgebaut. Da wurde jede Kreditentscheidung vorsichtig abgewogen. Rückblickend betrachtet hat es sich ausgezahlt.

VB-SPN: *Wie war das mit den Dispokrediten? Gab es so etwas schon zu DDR-Zeiten oder war das eine neue Sache?*

SN: Wenn ein Kunde bei uns sein Privatkonto geführt hat, sein Lohn- und Gehaltskonto zum Beispiel, dann gab es dafür keinen Dispokredit. Dispokreditanfragen gingen vereinzelt ab 1991 bei uns ein, wobei diese nur eine untergeordnete Rolle im täglichen Geschäft spielten. Auch bei dieser Sparte wurden wir von den Kollegen aus den alten Bundesländern unterstützt, die Vergabe erfolgte abhängig von der Höhe des Einkommens und der Schufa-Auskunft. Mit solchen Kreditlinien waren die DDR-Bürger eher vorsichtig. Für Handwerker und Gewerbetreibende gab es in der DDR Betriebsmittelkredite, damals Umlaufmittelkredite genannt. Damit konnten sie ihre Konten bis zu 20.000 Mark überziehen. Das galt nur für Geschäftskonten.

VB-SPN: *Lassen Sie uns einen kleinen Sprung machen zur Fusion mit der Raiffeisenbank Spremberg 1992. Woran erinnern Sie sich hierbei noch, gerade im Hinblick auf das übernommene Kreditgeschäft?*

SN: Das Kreditgeschäft der Raiffeisenbank stammte überwiegend von ihrem Vorgänger, der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR (BLN). Diese hatte vor der Wende vor allem die Betriebe und Genossenschaften der Landwirtschaft finanziert. Zudem wurden auch private Kredite für Einfamilienhäuser oder andere private Bauvorhaben vergeben, vor allem an Beschäftigte aus der Landwirtschaft. Damit hatte die damalige Genossenschaftskasse zur DDR-Zeit nichts zu tun. Insofern war das Kreditgeschäft der Raiffeisenbank schon eine gute Ergänzung für uns. Es gab allerdings auch viele Umbrüche in den LPGs, nicht nur Zusammenschlüsse, sondern auch einige Auflösungen. Da sind dann vereinzelt Landwirtschaftsbetriebe und ihre Kredite auf der Strecke geblieben, das heißt nicht rückzahlbar geworden.

VB-SPN: *Bevor wir zum Ende kommen, noch eine allgemeinere Frage: Von 1990 bis heute betrachtet – welche wesentlichen Veränderungen gab es in diesen 25 Jahren im Kreditgeschäft?*

SN: Zum einen gibt es überall mehr gesetzliche Vorschriften, mehr Verbraucherschutz. Das Thema Verbraucherschutz spielte bis 1995 keine wesentliche Rolle. Heute ist das alles völlig anders. Ein Privatkunde bekommt eine Vielzahl von Papieren in die Hand, um ihn aufzuklären. Bei selbständigen Kunden verläuft die Vertragsabwicklung etwas schlanker. Es wird unterstellt, dass es Kaufleute sind, die wissen, was sie unterschreiben. Natürlich kann man nach wie vor auf das persönliche Gespräch nicht verzichten. Zum Beispiel dürfen Verträge nicht mehr beim Kunden zu Hause unterschrieben werden. Das war in den 90er Jahren selbstverständlich und für Kunden einfach bequemer. Heute müssen Privatkunden zu uns in die Bank kommen. Würden die Kunden Verträge zu Hause unterzeichnen, wären es nach dem Verbraucherrecht Haustürgeschäfte und rechtlich nicht haltbar. Die Gesetzeslage hat sich deutlich geändert im Vergleich zu damals. Da hat sich sehr vieles getan.

VB-SPN: *Inwiefern hat der Einsatz von EDV die Kreditbearbeitung verändert?*

SN: Die Einführung der EDV seit 1990 betraf alle Bereiche der Bank. Bis Ende der 90er Jahre haben wir Kreditunterlagen noch mit der Schreibmaschine erstellt, mit einem Formularsatz und Durchschlagpapier. Jetzt findet man jedes Formular im PC. Das ist natürlich einfacher, aber es ist nicht weniger geworden. Vor der Wende umfasste ein Kreditvertrag eine oder zwei A4-Seiten. Heute besteht der gleiche Vorgang aus circa zehn Seiten. Das Formularwesen sollte durch die EDV vereinheitlicht und vereinfacht werden. Durch Änderungen und Neuerungen der Gesetzeslage ist die Formularerstellung immer komplexer geworden. Diesen Umfang kann kaum noch ein Kunde erfassen. Allerdings besteht wesentlich mehr Rechtssicherheit für beide Vertragspartner.

VB-SPN: *Frau Nitschke, vielen Dank für die Einblicke in die Veränderungen im Bankgeschäft.*

INTERVIEW: „DIE FUSIONEN WAREN EINE NOTWENDIGKEIT.“

Ulrich Brink



Ulrich Brink (UB) saß von 1990 bis 2010 im Aufsichtsrat der Volksbank bzw. VR Bank Forst. Im Interview spricht er über die Wendezeit in der Stadt, die damaligen turbulenten Generalversammlungen, die Arbeit als Aufsichtsrat und die Fusionen mit der Raiffeisenbank Guben / Forst und der Volksbank Spremberg-Bad Muskau.

VB-SPN: *Herr Brink, Sie waren als Geschäftsführer der früheren Tuchfabrik Gebr. Brink bis zu deren Verstaatlichung 1972 Mitglied der Genossenschaftsbank für Handwerk und Gewerbe in Forst. Danach blieben Sie als Privatperson weiter Mitglied und unterhielten auch Ihr Privatkonto bei unserem Vorgänger. Wie war denn die Atmosphäre damals in der Bank?*

UB: Hier in der Bank haben sich insbesondere die Gewerbetreibenden getroffen. Es war damals noch nicht alles so mechanisiert mit Internet und so. Man ist hingegangen und hat Geld eingezahlt, so wie heute die Händler. Oder man hat sich die Kontoauszüge am Schalter geholt. Ich will nicht sagen, es war wie eine große Familie, das ist zu weit gefasst. Aber es kannten sich eben alle und man hat gelegentlich mal ein Schwätzchen miteinander gemacht. Auch mit den Mitarbeitern kannte man sich recht gut. Es ging relativ familiär zu. Oder freundschaftlich, das ist vielleicht der bessere Begriff.

VB-SPN: *Können Sie sich noch erinnern, wie das Mitgliederleben damals war?*

UB: Die Mitgliederversammlungen hatten zur DDR-Zeit prinzipiell ebenfalls den Charakter der Rechenschaftslegung durch den Vorstand und die damalige Revisionskommission. Allerdings wurden die wichtigsten Eckpunkte der Geschäftstätigkeit und der personellen Besetzung durch staatliche Einflussnahme gelenkt. So war der Spielraum zur Mitbestimmung für die Mitglieder schon relativ gering. Es konnte diskutiert werden, aber am Ende wurde

in der Regel den Vorschlägen zugestimmt. War der formelle Teil abgehandelt, gab es noch ein gemütliches Beisammensein mit gemeinsamem Essen und Trinken. Hinterher war meist noch Tanz. Heute findet das ja auch noch teilweise in diesem Rahmen statt.

VB-SPN: *Machen wir einen Sprung in die Wendezeit 1989/90: Wie haben Sie die Zeit damals erlebt?*

UB: Man hatte schon ein bisschen Beklemmung damals. Es wusste ja keiner, wie es ausgeht, da wollen wir uns doch nichts vormachen. Zudem war man als Familienvater auch immer in der Zwickmühle. Man wollte es ja nicht so weit kommen lassen, dass die Kinder womöglich kein Abitur machen oder später nicht studieren konnten. Aber in der Masse gehen solche Ängste zum Glück meist ein bisschen unter.

Woran ich mich auch noch gut erinnere ist die erste Generalversammlung 1990. Sie war gekennzeichnet, so möchte ich das mal sagen, vom Aufeinandertreffen der Gestrigen mit den Mitgliedern, die Veränderungen und das Neue wollten. Denn die Leute, die zur DDR-Zeit politisch aktiv waren im Sinne des Staates, die wollten ihre Einflussmöglichkeiten natürlich nicht so einfach aus der Hand geben. Da gab es dann zum Teil richtige Kampfabstimmungen.

VB-SPN: *Sie sind auf dieser Versammlung am 11. Mai 1990 in den neuen Aufsichtsrat der Volksbank Forst gewählt worden. Kam das überraschend für Sie oder hat man zuvor nach Ihrer Bereitschaft gefragt?*

UB: Im Vorfeld der Versammlung hat man sich schon über neue Kandidaten für den Aufsichtsrat verständigt. Gesucht wurden Leute, die keine politische Vergangenheit hatten bzw. keine negative politische Vergangenheit im Sinne des Neuen. Zudem sollten sie einen gewissen Bekanntheitsgrad in der Stadt und eine entsprechende Vertrauenswürdigkeit besitzen. Da wurde auch ich angesprochen, ob ich mitmachen würde.

VB-SPN: *Ist es eigentlich schwierig, sich in die Aufgaben des Aufsichtsrates hinein zu finden?*

UB: Nein. Wer Schreiben und Rechnen kann, für den ist es das in meinen Augen nicht schwer. Man sollte einfach ein Gefühl für Geld haben, nicht zu viele große Kredite haben und dabei auf das weitere Wohlwollen der Bank angewiesen sein. Je unabhängiger ein Aufsichtsrat von der Bank ist, um so eher kann er auch unliebsame Dinge ansprechen.

Ansonsten geht es im Aufsichtsrat auch weniger um spezifische Details von Bankprodukten. Natürlich hat man schon mitbekommen, wie sich die Produktpalette in der Zeit gewandelt hat. Bei der Arbeit im Aufsichtsrat stand allerdings stärker die Kreditvergabe an Betriebe oder Privatpersonen im Vordergrund. Da gibt es genaue Limite, was der Vorstand allein entscheiden darf und ab wann ein Kreditgesuch dem Aufsichtsrat zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Zudem beschäftigt sich der Aufsichtsrat mit den grundsätzlichen Sachen, also unter anderem mit strukturellen Anpassungen, möglichen Fusionen oder was gebaut oder modernisiert werden muss.

VB-SPN: Stichwort Fusionen: 1992 fusionierten in Forst die Volks- und die Raiffeisenbank. Welche Erinnerungen haben Sie daran? Und ab wann hat sich die Verschmelzung mit Spremberg abgezeichnet?

UB: Also die Initialzündung für diesen Schritt kam vom Genossenschaftsverband. Dem ging es schon damals darum, größere Einheiten zu schaffen. Und die Raiffeisenbank Guben / Forst war schon relativ klein im Vergleich zur Volksbank. Die Zusammenführung fand dann in der Gaststätte Lindeneck statt. Das war eine gemeinsame Sitzung der Aufsichtsräte beider Banken unter Führung des Genossenschaftsverbandes, da wir mit derartigen Modalitäten nicht vertraut waren. Das ist auch alles gut gelaufen. Als erster Schritt wurde da gleich ein neuer Vorstand in Person von Herrn Herrig berufen. Zweiter Vorstand wurde wenig später Herr Mamier.

Die Diskussion zur Fusion mit Spremberg war relativ fließend und begann schon vor der Jahrtausendwende mit gegenseitigen diesbezüglichen Kontaktaufnahmen. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Forst und damit auch in der Bank, waren Vorstand und Aufsichtsrat der Forster Bank schneller zu einer Fusion bereit. Uns war klar, dass kleine Einheiten nur noch beschränkte Möglichkeiten des Überlebens haben. Überall, auch bei den Banken, geht es in Richtung größerer Einheiten, um Prozesse zu vereinheitlichen und damit Kosten zu sparen. Und man muss auch zugeben, dass die Ergebnisse damals in Forst nicht so toll waren. Wir wurden sogar schon von der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken gestützt. Aus dem Grund wurde auch ein gewisser Druck vom Genossenschaftsverband ausgeübt. Kein wirklich starker, aber man hat schon deutlich gemacht, dass eine Fusion seitens des Verbandes wünschenswert wäre. Im Gegensatz dazu war aus meiner Sicht die Bereitschaft in Spremberg damals noch nicht so vorhanden. Die hatten recht gute wirtschaftliche Ergebnisse, sind vielleicht auch bei der Kreditvergabe ein bisschen vorsichtiger gewesen als wir. 2009 gab es dann einen ersten Anlauf zur Fusion beider Banken – der aber in Spremberg von den Mitglieder noch gekippt wurde.

VB-SPN: Aber ungeachtet dessen gab es schon im Folgejahr einen neuen Anlauf zur Fusion?

UB: Ja, denn den Bankvorständen und auch uns Aufsichtsräten stand die Notwendigkeit zu einer solchen Fusion klar vor Augen. Daher hat man recht schnell, das wird wohl ein halbes Jahr später gewesen sein, einen zweiten Anlauf gemacht. Der ist dann auch über die Bühne gegangen. Als es zur Fusion selbst kam, war ich allerdings nicht mehr im Aufsichtsrat dabei. Als angehender Rentner bin ich damals aus Altersgründen aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

VB-SPN: Herr Brink, vielen Dank für das interessante Gespräch.



Kapitel 5

DER WEG

ZUR VOLKSBANK

SPREE-NEISSE

KAPITEL 5: DER WEG ZUR VOLKSBANK SPREE-NEISSE



Die alte Geschäftsstelle Döbern (2007) der VR Bank Forst und die neue Geschäftsstelle in der sanierten Villa (2012)



ERSTE FUSIONEN

Als Folge von 40 Jahren DDR-Planwirtschaft verfügten die Volks- und Raiffeisenbanken in den neuen Bundesländern 1990 über eine geringe Marktdurchdringung und einen deutlich kleineren Mitglieder- und Kundstamm als die Institute in Westdeutschland. Die dadurch bedingte schlechtere Kosten-Ertrags-Relation führte bald nach der Wiedervereinigung zu einem neuerlichen Konzentrationsprozess unter den kleinen ostdeutschen Genossenschaftsbanken – so auch bei den Vorgängern der heutigen Volksbank Spree-Neiße. Die ersten Schritte hierzu wurden 1992 sowohl in Forst als auch in Spremberg gegangen, als sich die dortigen Volksbanken mit den am gleichen Ort bestehenden Raiffeisenbanken zusammenschlossen.

In Spremberg unterzeichneten die Volks- und die Raiffeisenbank am 10. Juni 1992 ihren Verschmelzungsvertrag. Nach der Zustimmung durch die Generalversammlungen wurde der Zusammenschluss rückwirkend zum 1. Januar 1992 vollzogen. Somit war die Spremberger Gewerbebank nach der 1951 erfolgten Ausgliederung der landwirtschaftlichen Konten auch wieder für Kunden aus dem Agrarbereich zuständig. Neben der Hauptstelle in der Spremberger Gartenstraße 4 unterhielt sie zu dieser Zeit drei weitere Zweigstellen in Bad Muskau, Weißwasser und Spremberg (Töpferstraße 5). Ebenfalls im Juni 1992 beschlossen die Mitglieder der Volksbank Forst und der Raiffeisenbank Guben/Forst die Verschmelzung beider Banken zur Volks- und Raiff-

eisenbank Forst. Neben der Hauptstelle in der Gubener Straße 3 in Forst gab es noch vier Zweigstellen in Guben, Döbern, Heinersbrück und Horno.

MODERNISIERUNG DER GESCHÄFTSSTELLEN

In den folgenden Jahren standen bei den Lausitzer Genossenschaftsbanken zahlreiche weitere Umbauten und Modernisierungen an. Das betraf zum einen die Technik: Geldautomaten und Kontoauszugsdrucker hielten Einzug; neue Onlineverbindungen verbanden die Filialen direkt mit dem Rechenzentrum. Zum anderen mussten die Bankgebäude an die Erfordernisse der neuen Zeit angepasst werden – und das nicht nur aus Gründen des verbesserten Kundenservices. Hinzu kam neben der baulichen Sicherheit der Gebäude auch der Schutz vor Bankräubern. Diese hatten schnell erkannt, wie mangelhaft die Sicherheitsstandards in den neuen Bundesländern noch waren. Banküberfälle waren in dieser Zeit leider sehr oft zu verzeichnen – so auch

im November 1992 in der Zahlstelle Groß Gastrose der Volks- und Raiffeisenbank Forst.

Die Notwendigkeit von Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen wurde den Banken auch von ihrem zuständigen Prüfungsverband wiederholt nahegelegt. So urteilte der Genossenschaftsverband Berlin-Brandenburg 1992 über einige Geschäftsstellen der Volksbank Spremberg-Bad Muskau: „Die räumliche Gestaltung der Geschäftsstellen entspricht nicht in allen Fällen den zeitgemäßen Erfordernissen. Dies gilt insbesondere für die Zweigstellen in Spremberg (Töpferstraße) und in Bad Muskau, deren Erscheinungsbild und räumliche Gestaltung im Interesse einer Optimierung der Arbeitsabläufe und der Bedienung der Mitglieder und Kunden den Anforderungen nicht mehr genügt.“

In der Folge kam es auch bei den Bankgenossenschaften zwischen Spree und Neiße in den 1990er Jahren zu einer regen Bautätigkeit. Bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau machte hier die Zweigstelle in

”

„Die Kunden fanden den Geldautomaten interessant, sie haben das schnell angenommen. Aber manche wollten lieber noch ein persönliches Wörtchen wechseln und kamen dann doch an den Schalter – vor allem ältere Kunden.“

INGE ECKNIGK

Mitarbeiterin der Volks- und Raiffeisenbank Forst

Der Hauptsitz der Volks- und Raiffeisenbank in Forst, Gubener Straße 3 (ca. 1993), das Backsteingebäude auf der rechten Seite musste 1996 dem heutigen Bankgebäude weichen



Weißwasser den Anfang. Renoviert, modernisiert und um Geldautomat und Kontoauszugsdrucker erweitert, wurde sie schon am 20. Januar 1992 eröffnet. Kurz darauf, am 9. März 1992, konnten auch die Modernisierungen am Hauptsitz in der Spremberger Gartenstraße 4 abgeschlossen werden.

Um die Kunden in den weiter entfernten Orten besser betreuen zu können, unterhielt die Bank zudem ab November 1992 eine fahrbare Zweigstelle. Diese war ihr von der westdeutschen Partnerbank aus Grevenbrück zur Verfügung gestellt worden. Bis 1997 war die Bank damit regelmäßig in Hornow, Türkendorf und Kahsel präsent, später auch in Hoyerswerda und Welzow. 1996 gab die Bank die Geschäftsräume in der Spremberger Töpferstraße auf, die sie im Zuge der Fusion mit der Raiffeisenbank 1992 übernommen hatte. Stattdessen wurde eine neue Geschäftsstelle Am Markt 3 eröffnet. Ebenfalls 1996 wurden eine kleine Filiale in Welzow sowie ein neues Bankgebäude mit acht Wohnungen in Bad Muskau, Schmelzstraße 36, eingeweiht.

Eine rege Bautätigkeit herrschte auch bei der Volks- und Raiffeisenbank Forst. Bereits 1992 war hier der Umbau der Geschäftsstelle Guben abgeschlossen worden. 1994 beschlossen dann der Vorstand und Aufsichtsrat der VR Bank den Neubau eines Bankgebäudes am Hauptsitz in Forst. Hierfür wurde das Nachbargrundstück Gubener Straße 1 Ecke Parkstraße erworben. Das dortige Backsteingebäude musste 1996 dem Abrissbagger weichen. Eineinhalb Jahre später, am 2. Oktober 1997, konnte die Volks- und Raiffeisenbank ihr neues Gebäude einweihen. Die 32 Mitarbeiter am Hauptsitz freuten sich über großzügigere Arbeitsbedingungen. So hat nun beispielsweise jeder Kreditberater ein eigenes Büro – im alten Bankgebäude mussten sich noch drei Berater einen Raum teilen. Als Besonderheit bietet das neue Bankgebäude im dritten Obergeschoss einen Konferenz- und Seminarbereich, der über einen separaten Eingang erreichbar ist.



Das neue Bankgebäude der Volks- und Raiffeisenbank in Forst (2005)

„In unserem alten Bankgebäude in der Gubener Straße 3 waren nach der Wende alle Zimmer belegt. Überall gab es kleine Zimmerchen, selbst der Keller wurde mit Büros ausgebaut. Natürlich hätten wir das Gebäude aufstocken oder nach hinten raus erweitern können, aber angesichts der alten Bausubstanz und des feuchten Kellers hätte das auch einen immensen Aufwand bedeutet. Daher entschied man sich in der Bank lieber für einen kompletten Neubau auf dem Nachbargrundstück.“

HENDRYK DOKTER
Mitarbeiter der Volks- und Raiffeisenbank Forst



Impressionen vom Neubau und Abriss des alten Bankgebäudes bei der Volks- und Raiffeisenbank in Forst, Gubener Straße 3 (1996/97 bzw. 2008)



Die Geschäftsstelle in Bad
Muskau (Ansicht von 2012)



Zur Verbesserung des Serviceangebotes – und zur rationelleren Gestaltung der bankinternen Arbeitsabläufe – boten beide Genossenschaftsbanken als weitere Dienstleistungen das Homebanking über BTX oder das Datenträgeraustauschverfahren mittels Diskette an. Parallel gewann das Kreditgeschäft weiter an Bedeutung, was insbesondere auf eine größere Investitionstätigkeit bei gewerblichen und mittelständischen Kunden sowie auf den privaten Eigenheimbau zurückzuführen war. Mit den großen Börsengängen bekannter Unternehmen, wie Deutsche Telekom oder Pro Sieben, stieg zudem ab Mitte der 1990er Jahre das Interesse der Kunden am Investieren in Aktien und Fonds. Allerdings war

die Entwicklung an den Börsen keine Einbahnstraße. Nach mehreren Kurseinbrüchen nach der Jahrtausendwende sind die Kunden heute wieder deutlich vorsichtiger was diese Form der Geldanlage betrifft.

NEUES JAHRTAUSEND, NEUE WÄHRUNG

Die ausklingenden 1990er Jahre waren unter anderem geprägt vom sogenannten Jahr-2000-Problem. Das gleichfalls als „Millennium-Bug“ bezeichnete Informatikproblem war der lange Zeit üblichen Praxis geschuldet, Jahreszahlen in Datumsfunktionen nur als zweistellige Ziffern zu speichern. Ursächlich hierfür waren ein reduzierter Speicherbedarf sowie die schnellere

Eingabe und Verarbeitung der Daten in den Anfangsjahren der Computerindustrie. Mit dem Sprung ins Jahr 2000 konnte es hier zu Problemen kommen, sofern die Rechner das Jahreskürzel „00“ als 1900 interpretierten. Als mögliche Folgen drohten unter anderem Fehlberechnungen bei Zinsen und Gebühren, Ausfälle von Geldautomaten oder Fehlfunktionen bei den durch Zeitschlösser gesicherten Tresoranlagen. Um solche möglichen Risiken auszuschließen, prüften die Genossenschaftsbanken in Spremberg und Forst mit hohem Arbeitsaufwand alle EDV-Programme auf ihre Jahr-2000-Fähigkeit. Für den Fall, dass nach dem Jahreswechsel Schwierigkeiten auftraten, wurden umfangreiche Alternativlösungen geplant: Wie versorgt man die Kunden mit Bargeld? Wie wird die Sicherheit in den Geschäftsstellen gewährleistet? Wie werden die Buchungen abgewickelt? Darüber hinaus interessier-

ten sich die Banken auch für die Jahr-2000-Fähigkeit bei ihren Kunden. Diese wurden durch den Versand von Broschüren sowie direkte Ansprache durch die Kundenberater auf die mit dem Jahrtausendwechsel verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht. Um eventuelle Folgerisiken für ihr Kreditgeschäft auszuschließen, informierten sich beide Banken zudem über die entsprechenden Vorbereitungen bei ihren Firmenkunden mit höheren Kreditengagements. Im Ergebnis verlief der Übergang in das neue Jahrtausend für die Banken reibungslos.

DER EURO KOMMT

Teilweise zeitlich parallel zum Jahr-2000-Problem mussten sich die Banken mit der Umsetzung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zum 1. Januar 2002 als nächster Herausforderung auseinandersetzen. Bereits zum Jahreswechsel 1998/99 wurden die Wechselkurse zwischen dem neuen Euro und den einzelnen Währungen der Mitgliedsstaaten unwiderruflich festgelegt. Ein Euro entsprach danach 1,95583 D-Mark. Ab Januar 1999 konnte die neue Währung bereits für Banküberweisungen genutzt und Konten oder Sparbücher in Euro geführt werden. An den europäischen Börsen konnten Wertpapiere nur noch in Euro gehandelt werden.

Parallel begannen die beiden Vorgängerbanken der Volksbank Spree-Neiße mit der Information ihrer Kunden und Mitglieder. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen, wie Änderungen im Vertrags-, Steuer- oder Gesellschafts



Die alte Molkerei in Guben –
so sah das Bankgebäude
früher aus (undatiert, vor
1945)

recht, sowie die Auswirkungen auf Unternehmen und Privatpersonen, insbesondere im Hinblick auf deren Vermögen. Zudem mussten die gesamte Computertechnik sowie die Beratungs- und Abwicklungsprogramme aktualisiert werden. Die tatsächliche Einführung des Euro-Bargeldes erfolgte dann wie in ganz

Deutschland am 17. Dezember 2001 mit der Ausgabe der „Starter-Kits“ an die Privatkunden: Gemäß des festgelegten Umtauschkurses gab es hierbei für 20 D-Mark neue Euromünzen im Wert von 10,23 Euro als erste Anschauungsbeispiele.

”

„Für mich ist die D-Mark-Einführung 1990 und die Euro-Umstellung 2002 überhaupt kein Vergleich. 1990 war es nicht nur eine neue Währung, sondern auch ein komplett anderes Bankensystem, mit dem wir konfrontiert wurden. Zur Einführung des Euro waren wir schon mehr als zehn Jahre mit dem Bankensystem vertraut und hatten zudem auch die entsprechende Technik, wie etwa Geldzählmaschinen und Geldausgabeautomaten.“

DAGMAR BÄRSCH

Mitarbeiterin der Volksbank Spremberg-Bad Muskau

„Die Erstausrüstung mit dem neuen Euro-Geld wurde uns zentral von der Bundesbank angeliefert. Das kam in riesigen Holzkisten, vielleicht zehn Stück mit jeweils ca. einem Kubikmeter Fassungsvermögen. Und alle waren voll mit Münzen und Papiergeld. Diesen Transport hätten wir alleine gar nicht bewältigen können. Die Herausforderung für uns bestand dann im Prinzip noch darin, die ganze Geldbewegung zwischen unseren Filialen hinzubekommen. Am schlimmsten war dabei das Münzgeld wegen seines hohen Gewichts. Da sind ja Tonnen in den Banken bewegt worden.“

HENDRYK DOKTER

Mitarbeiter der Volks- und Raiffeisenbank Forst

INTERVIEW: „GELD STINKT DOCH!“

Viola Müller



Viola Müller (VM) erlebte die Euro-Einführung als Kundenberaterin bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau eG. Zur Bewältigung der Umstellung wurde sie als zweite Kassiererin mit der Aufgabe betraut und erinnert sich im Gespräch.

VB-SPN: Frau Müller, können Sie sich noch erinnern, wie das neue Euro-Geld zu Ihnen in die Bank kam?

VM: Das lief eigentlich sehr unspektakulär ab. Wir bekamen das neue Geld mit einem normalen Geldtransport. Es gab auch keine zusätzliche Polizeieskorte, wie man es oft von der D-Mark-Anlieferung bei der Währungsunion 1990 hört. Von außen hat vermutlich niemand mitbekommen, dass wir gerade mit Euro-Scheinen bzw. -Münzen beliefert wurden. Ich kann mich leider nicht mehr erinnern, wann wir das Geld genau bekommen haben. Wir hatten es aber schon einige Wochen vor dem Jahreswechsel bei uns im Tresor. Es musste ja noch alles nachgezählt und für die Verwendung ab 1. Januar 2002 vorbereitet werden. Parallel mussten wir die von den Kunden eingezahlten D-Mark für die Ablieferung an die Bundesbank aufbereiten.

VB-SPN: Angesichts der beengten Verhältnisse in der Tresorkammer war die Arbeit für die Mitarbeiter vermutlich eine ziemliche Herausforderung?

VM: Auf jeden Fall. Der Raum hatte keine Fenster, die Luft war daher recht stickig. Dazu kam die Münzmaschine, deren beständiges Rattern für einen ziemlichen Lärmpegel sorgte. Eine Redewendung heißt ja, Geld stinkt nicht. Aber das konnten wir damals nicht bestätigen. Gerade bei etlichen D-Mark-Scheinen wollte man gar nicht wissen, aus welchen Ecken und unter welchen Matratzen die Kunden die zum Umtausch hervorgeholt hatten. Das war

manchmal schon sehr unangenehm. Bei den Arbeiten zur Geldaufbereitung waren übrigens auch Mitarbeiter tätig, die sonst nichts mit der direkten Kassentätigkeit zu tun hatten. Dazu gehörten Kollegen aus dem Kreditbereich ebenso wie unsere Reinigungskräfte. Reichlich zu tun gab es auch für die Kassierer in der verglasten Hauptkasse. Normalerweise war dort nur ein Mitarbeiter in der Hauptgeschäftsstelle als Kassierer tätig, zur Euro-Einführung waren es aber zwei. Während ein Mitarbeiter sich nur auf das Kundengeschäft konzentriert hat, hat der andere die Vor- und Nachbereitungen der von den Kunden eingezahlten Geldmassen übernommen. Dazu zählte beispielsweise das Rollen der Münzen, die Bündelung der Geldscheine und vor allem auch das Einhalten der Sicherheitsvorkehrungen. Auch die Bargeldversorgung der drei Geschäftsstellen gehörte zu den Aufgaben der Kassierer.

VB-SPN: Gab es besondere Informationsveranstaltungen zu dem Thema für die Kunden?

VM: Direkte Kundenveranstaltungen gab es hierzu nicht. Das war im Prinzip nicht notwendig, da in den Medien sehr ausführlich darüber informiert wurde. Im Vorfeld verteilten wir Informationsbroschüren an unsere Kunden. Was wir noch angeboten haben, gerade für unsere Geschäftskunden, waren diese kleinen Taschenrechner zum Umrechnen zwischen D-Mark und Euro. Ebenso konnten die Kunden Geldprüfstifte käuflich erwerben. Ein Strich auf dem Geldschein mit diesem Stift zeigte dem Kunden, ob der Schein echt oder gefälscht war. Zudem haben wir mit unseren Firmenkunden abgestimmt, wie viel Euro sie im Vorfeld über uns als Startpaket beziehen wollten. Das betraf vor allem solche Geschäfte, die einen hohen Bargeldumsatz hatten, wie etwa Bäcker, Blumenhändler oder Tankstellenbetreiber. Denn deren Kunden konnten zwar im Januar und Februar noch mit D-Mark bezahlen, die Händler durften aber nur noch Euro als Wechselgeld herausgeben. Dieses Wechselgeld für die ersten Tage haben die Firmenkunden von uns schon vor Weihnachten erhalten, allerdings mit der Maßgabe, dass sie es erst ab 1. Januar 2002 in Umlauf bringen durften.

VB-SPN: Und für die Privatkunden gab es dann auch spezielle Starter-Kits zum Kennenlernen der neuen Währung?

VM: Richtig. Bereits ab dem 18. Dezember 2001 wurden sogenannte „Starter-Kits“ an die Bevölkerung von allen Banken ausgegeben. Diese beinhalteten 20 Münzen der neuen Währung mit einem Wert von 10,23 Euro, der für 20 D-Mark vom Kunden erworben werden konnte. Sammler haben noch heute diese Starter-Kits im Original zu Hause. Da jedes teilnehmende Land seine eigene Münzrückseite prägt, gab es auch Sammelbücher für die verschiedenen Euro-Münzen. Einige haben auch bei uns nachgefragt, ob wir nicht die ein oder andere Münzen aus

bestimmten Ländern da hätten oder ob wir diese nicht aussortieren könnten. Wenn die Möglichkeit bestand, wurden auch solche Kundenwünsche erfüllt.

VB-SPN: Ab dem 1. Januar war der Euro auch offizielles Zahlungsmittel. Können Sie sich erinnern, ob es in den ersten Tagen nach dem Jahreswechsel einen größeren Kundenansturm gab?

VM: Am Anfang gab es schon einen ziemlichen Andrang. Aber der ist relativ schnell wieder abgeebbt. Am ersten Samstag nach dem Jahreswechsel hatten wir in der Hauptgeschäftsstelle in Spremberg sogar noch zusätzlich für einige Stunden geöffnet. Dies haben auch viele Leute genutzt, um ihr Geld umzutauschen. Am zweiten Samstag war eine weitere Öffnung der Geschäftsstelle geplant, aber da war es schon gar nicht mehr nötig. Bis dahin hatten sich unsere Kunden alle schon mit dem neuen Geld versorgt.

VB-SPN: Frau Müller, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Euro-Münzen und Geldscheine

Die neue Hauptgeschäftsstelle der Volksbank Spremberg-Bad Muskau (Ansicht von 2012)



Die Vorbereitungen auf die Euro-Einführung wurden in Spremberg zusätzlich erschwert durch den parallel stattfindenden Neubau der neuen Hauptgeschäftsstelle Am Markt 4. Nach mehrjähriger Plan- und Bauzeit konnte im Juni 2002 das neue Bankgebäude eröffnet werden. In ihm waren alle Abteilungen der Bank und die Kundenbetreuung unter einem Dach zusammengefasst. Die bisherige Zweigstelle Am Markt 3 wurde geschlossen und in die neue Hauptstelle integriert. Das vormalige Bankgebäude in der Gartenstraße wurde verkauft.

SCHWIERIGE ZEITEN

Die Jahre nach der Jahrtausendwende waren geprägt durch einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb im Finanzdienstleistungsgewerbe: Ob Direktbanken, Strukturvertriebe, Kaffeeröster, Autohersteller oder

Versandhändler – immer neue Unternehmen drängten in das Bankgeschäft. Zusätzlich verschärft wurden die Marktverhältnisse durch die fortschreitende Bankenregulierung, das Vordringen ausländischer Wettbewerber sowie die zunehmende Vergleichbarkeit und auch Austauschbarkeit der Produkte und Serviceleistungen. Mit der Ausbreitung des Internet-Bankings ab Ende der 90er Jahre veränderte sich zudem die Bedeutung der traditionellen Filiale. Stattdessen kam es zu einer Globalisierung der Märkte. Zinsspannen und Zahlungsverkehrserträge gerieten nicht nur bei den Genossenschaftsbanken unter Druck.

Hinzu kam die schwierige wirtschaftliche Lage des regionalen Mittelstandes. So warnte der Vorstand der Volksbank Spremberg-Bad Muskau im Lagebericht für 2001: Angesichts zunehmender Insolvenzen, vor allem im Baubereich, sowie einer weiter hohen Arbeitslosigkeit mit Auswirkungen auf die Kaufkraft seien für die Bank die „Möglichkeiten für ein gesundes Wachstum begrenzt“. Eine Folge des wirtschaftlich schwierigen Umfeldes war die Schließung der Zweigstelle Welzow. Insgesamt ging der Vorstand, Heinz-Josef Sudhof und Stephan Menzebach, aber – nicht zu unrecht – davon aus, ihre Position im regionalen Markt auch dank eines sehr vorsichtigen Kreditgeschäftes behaupten zu können.

Deutlich gravierender waren die Auswirkungen der angespannten wirtschaftlichen Situation dagegen für die Volks- und Raiffeisenbank in Forst. Ihre gewerblichen Kunden litten insbesondere unter einem „äußerst schwachen wirtschaftlichen Umfeld im Grenzbereich

zu Polen“ sowie einer weiteren notwendigen Kapazitätsanpassung. Aber auch die hohe Arbeitslosigkeit und eine damit einhergehende geringe Kaufkraft sowie der anhaltende Weggang gut ausgebildeter Arbeitskräfte in Regionen mit besseren beruflichen Perspektiven machten der örtlichen Wirtschaft zu schaffen. Bis Ende 2004 führten weitere Insolvenzen aus dem Kundenkreis der Bank zu teilweise hohen Abschreibungen im Kreditgeschäft, die das Institut nicht aus eigener Kraft schultern konnte. Zur Absicherung der drohenden Kreditrisiken erwies sich daher eine Garantiezusage der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken als unumgänglich. In der schwierigen Situation entschieden sich die Mitglieder im Aufsichtsrat der VR Bank Forst für die Suche nach zwei neuen Vorstandsmitgliedern. Diese sollten mit unverstelltem Blick die Sanierung der Bank angehen und neue Ideen und Konzepte für die zukünftige Entwicklung erarbeiten. Die Wahl des Aufsichtsrates fiel auf Jürgen Stender, vorher als Prokurist bei der Volksbank Hameln-Stadthagen tätig, und Frank Baer, zuvor Abteilungsleiter Projekt- und Immobilienmanagement in der Sparkasse Saale-Orla. Zum 1. August 2006 begannen beide ihre herausfordernde Tätigkeit bei der Volks- und Raiffeisenbank Forst. Unter dem neuen Vorstand durchschritt die Bank eine umfassende Sanierungsphase. Notleidende Altkredite wurden verstärkt abgebaut, neue Kredite wesentlich zurückhaltender vergeben. Begleitend wurde die Früherkennung von Risiken als zentrale Aufgabe definiert und der Bereich Risikocontrolling einer Neuordnung



Neue Idee der neuen Vorstände: Einweihung eines Drive-In-Geldautomaten in Guben (2007)

unterzogen. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Imageverbesserung ergriffen und Umstrukturierungen im Personalbereich durchgeführt. Zwei Jahre später konnten die neuen Vorstände bei der Vorlage des Geschäftsberichtes für 2007 erste Erfolge verzeichnen. Auch wenn die allgemeine Entwicklung in ihrem Geschäftsgebiet „nach wie vor durch eine hohe Arbeitslosenquote, hohe Abwanderungszahlen sowie Insolvenzen“ geprägt war, habe sich das Bild „etwas positiver als in den Vorjahren dargestellt“. Zudem wurde das Bewertungsergebnis erstmals wieder „nicht negativ aus dem Kreditgeschäft beeinflusst“. Die Bank war nicht auf neue Unterstützungsmaßnahmen seitens des Bundesverbandes der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken angewiesen.

Die VR Bank Forst befand sich damit wieder auf dem Weg der Besserung. Gleichwohl war der Weg weiterhin ein schwieriger, wofür auch externe Einflüsse mit verantwortlich waren. Bereits 2009 musste konstatiert werden, dass die Ertragskraft der Bank „unter den Auswirkungen der Finanzmarktkrise gelitten“ habe. Damals war, wesentlich mit ausgelöst durch den Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008, aus der US-Immobilienkrise eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise geworden. Deren Turbulenzen brachten so manche Bank an den Rand des Abgrunds oder sogar darüber hinaus und führten bei vielen Kunden zu einer tiefen Vertrauenskrise.

Ähnlich war die Situation bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau. Sie warnte in ihrem Ausblick auf das Geschäftsjahr 2008, dass es „wegen der strukturellen Verwerfungen auf den Geld- und Kapitalmärkten“ schwierig werde, das Betriebsergebnis auf dem Niveau des Vorjahres zu halten.“ Hinzu komme eine im Geschäftsgebiet nur in Ansätzen spürbare wirtschaftliche Belebung. Diese weiterhin problematische Wirtschaftslage habe bei den Unternehmen zu einer zurückhaltenden Investitionsbereitschaft und bei Privatpersonen zu einem vorsichtigen Ausgabeverhalten geführt. Zudem sei nach der Abschaffung der Eigenheimzulage auch die private Bautätigkeit fast zum Erliegen gekommen.

DIE VOLKSBANK SPREE-NEISSE ENTSTEHT

Für weiteren Druck auf die Kostenstrukturen bei beiden Banken sorgte der „intensive und anhaltend harte Wettbewerb im Kundengeschäft“. Besonders Direkt-

banken mit ihren günstigeren Kostenstrukturen, aber auch Großbanken versuchten durch eine aggressive Preispolitik Marktanteile zu gewinnen. Angesichts dieser Situation prüfte man 2008 in Forst und Spremberg die Möglichkeit, durch eine gemeinsame Fusion ein größeres und leistungsfähigeres Geldhaus zu schaffen. Der Weg dahin verlief nicht ohne Hindernisse. Zwar unterzeichneten die Vorstände und Aufsichtsräte beider Banken am 5. Mai 2009 einen Verschmelzungsvertrag, den die Mitglieder der Volks- und Raiffeisenbank Forst auf ihrer Generalversammlung auch befürworteten. Doch bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau erhielt der Fusionsbeschluss auf der Generalversammlung vom 12. Juni 2009 nicht die erforderliche Mehrheit von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit war der Zusammenschluss gescheitert – zumindest vorerst. Denn angesichts der ökonomischen Situation waren die Vorstände und Aufsichtsräte beider Banken weiter von der Notwendigkeit einer solchen Fusion überzeugt. Ein solcher Schritt versprach Kosteneinsparungen beispielsweise durch Synergieeffekte im Vertrieb, bei der Investition in neue Banktechnik, der Qualifizierung der Mitarbeiter oder bei der Umsetzung der steigenden Zahl gesetzlicher Vorschriften. Ebenso sollte sich die Vereinigung positiv auf die Möglichkeiten der Kreditvergabe auswirken, deren Umfang auch immer mit der Höhe des Eigenkapitals einer Bank zusammenhängt. Nicht gespart werden sollte dagegen bei den Mitarbeitern, verschmelzungsbedingte Entlassungen waren nicht vorgesehen.

Bereits im Frühjahr 2010 begann man daher mit einem

BILANZKENNZAHLEN ZUR VERSCHMELZUNG

	VR Bank Forst eG <i>übertragende Bank</i>	VB Spremberg-Bad Muskau eG <i>übernehmende Bank</i>
Bilanzsumme	86.528 TEUR	87.497 TEUR
Haftendes Eigenkapital	5.092 TEUR	6.318 TEUR
Anzahl der Kunden	9.918	9.957
Anzahl der Mitglieder	3.163	2.046
Anzahl Geschäftsstellen	5	3
Anzahl Mitarbeiter	32	39
Anzahl der bestehenden Konten	14.035	17.642



Heinz-J. Sudhof (2. v.r.), seit 1991 Vorstandsvorsitzender bei der Volksbank Spremberg-Bad Muskau verabschiedet sich nach der Fusion zur Volksbank Spree-Neiße in den Ruhestand (Oktober 2010); v.l.n.r.: Jürgen Stender, Stephan Menzebach, Ernst Neumann (AR-Vorsitzender), Heinz-J. Sudhof, Frank Baer

zweiten Anlauf. Anders als im Vorjahr wollte man nun durch Informationsveranstaltungen in beiden Häusern die Mitarbeiter wie auch die Mitglieder besser über Gründe, Rahmendaten und Ziele der geplanten Verschmelzung aufklären und beide Gruppen stärker in den Fusionsprozess einbinden. Zudem wurden aus den Mitarbeitern der Banken gemeinschaftliche Teams gebildet, die die Auswirkungen für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche analysieren und die notwendigen Vorbereitungen dafür treffen sollten. Darüber hinaus erklärten beide Seiten nun die Volksbank Spremberg-Bad Muskau zur übernehmenden Bank und bestimmten so Spremberg zum Hauptsitz der vereinigten Bank. Diese formale Änderung ist übrigens auch der Grund dafür, warum die Volksbank Spree-Neiße 2015 „erst“ das 100. Jubiläum feiert, während die VR Bank Forst 2010 schon das 150. Jubiläum begangen hat.

Im Ergebnis dieser verbesserten Vorbereitung verlief der zweite Anlauf zur Verschmelzung dann ohne neuerliche Probleme: Die Mitglieder der VR Bank Forst sowie der Volksbank Spremberg-Bad Muskau stimmten auf ihren Generalversammlungen am 23. bzw. 25. Juni 2010 für die Fusion ihrer Genossenschaften zur Volksbank Spree-Neiße. Die vereinte Bank betreute damals knapp 20.000 Kunden und wurde von 5.200 Mitgliedern getragen.

IN DER REGION FÜR DIE REGION

Neue technische Entwicklungen, ein sich veränderndes Kundenverhalten, weiter zunehmender Wettbewerb im Bankensektor und Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der demografische Wandel und die Abwanderung junger Menschen – das sind nur einige der Herausforderungen, denen



Seit dem Umbau der Geschäftsstelle Guben erinnert ein Wandbild an die vormals in dem historischen Gebäude untergebrachte Molkerei (Enthüllung am 22. September 2011)

sich die Volksbank Spree-Neiße auch in den nächsten Jahren stellen muss. Das Ziel dabei ist es, die Bank als leistungsstarke Regionalbank zu erhalten, damit sie weiterhin ihren Aufgaben und Verpflichtungen nachkommen kann – als umfassender Finanzdienstleister, mittelstandsverbundener Berater, sicherer Arbeitgeber und zuverlässiger Ausbildungsbetrieb, gern gesehener Investor und loyaler Kreditgeber, vertrauensvoller Vermögensverwalter und kräftiger Steuerzahler. Als mitgliederorientierte Genossenschaftsbank ist die Volksbank Spree-Neiße näher dran an den Menschen als jede andere Bank. Ob Privat- oder Firmenkundenbetreuung, Immobilien- oder Baufinanzierung, Geldanlage und Altersvorsorge – im Mittelpunkt des Handelns der Bank stehen auch weiterhin die Förderung, der Erfolg und die Zufriedenheit aller Kunden und Mitglieder. Dafür setzt der Bankvorstand auf die persönliche Ansprache durch kompetente und gut qualifizierte Mitarbeiter sowie eine flexible, am Bedarf und den

MODERNISIERUNG VON GESCHÄFTSSTELLEN SEIT DER VERSCHMELZUNG

- 2010/11** **Geschäftsstelle Guben**
Umbau
- 2011** **Geschäftsstelle Döbern**
Umzug in modernisierte Räume
- 2012** **Geschäftsstelle Weißwasser**
Modernisierung
- 2014** **Geschäftsstelle Bad Muskau**
Modernisierung

Die Geschäftsstelle Guben 2007 und nach dem Umbau 2010/11



Die Geschäftsstelle
Weißwasser nach der
Modernisierung 2012



Wünschen der Kunden ausgerichtete Beratung. Zum Leistungsversprechen der Bank zählen auch schnelle und verlässliche Entscheidungen. So werden beispielsweise Kreditentscheidungen, für die alle notwendigen Unterlagen vorliegen, innerhalb von wenigen Tagen getroffen.

Für eine so stark in der Region verwurzelte Bank ist Kundennähe ein wichtiger Faktor. Dazu zählt neben persönlichen Ansprechpartnern insbesondere auch der weitere Unterhalt moderner Geschäftsstellen. Hierzu hat die Volksbank Spree-Neiße in den vergangenen Jahren verschiedene ihrer Geschäftsstellen umgebaut und modernisiert.

Als Zeichen der Verbundenheit mit ihrer Region engagiert sich die Volksbank Spree-Neiße mit gezielten Sponsoringtätigkeiten und langfristigen Partnerschaften in ihrem Geschäftsgebiet. Ob Kindergärten oder Schulen, Sportvereine oder kulturelle Projekte, es ist Teil ihrer Philosophie, sich für die Region stark zu ma-

chen – allein zwischen 2010 und 2014 mit insgesamt rund 174.000 Euro Sponsoring- und Spendengeldern. Damit unterscheidet sie sich ganz wesentlich von den Groß- und Direktbanken, die sich meist nicht gesellschaftlich und kulturell vor Ort engagieren und sich lieber aus der Ferne per Internet oder Post nur die interessanten „Kunden“ als Rosinen herauspicken.



Übergabe einer Steher-
maschine auf dem
Pfingstpreis Forst (2014)

So unterstützt die Volksbank beispielsweise den Wettbewerb „Sterne des Sports“. Die Initiative des Deutschen Olympischen Sportbundes und der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken will auf die gesellschaftlichen Verdienste des Breitensportes aufmerksam machen und das meist ehrenamtliche Engagement besonders aktiver Sportvereine vor Ort würdigen. Über den ebenfalls von den Volks- und Raiffeisenbanken organisierten Internationalen Jugendwettbewerb „jugend creativ“ bietet die Volksbank Kindern und Jugendlichen aus der Region Raum für ihre Kreativität

und ihre Ideen zu gesellschaftlich relevanten Themen. Zudem engagiert sich die Bank als Hauptsponsor bei den Spremberger Filmnächten sowie beim Großen Pfingstpreis der Steher in Forst. Zusammen mit der VR Stiftung, der Stiftung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Norddeutschland, beteiligte sich die Volksbank Spree-Neiße außerdem an der Wiedererrichtung des Kaskadenbrunnens im Forster Rosengarten und dem Wiederaufbau des Pavillons „Sängerblick“ auf dem Spremberger Georgenberg.



links: Buchlesung
mit Autor Volker Kobelt
(2014)

rechts: Einweihung des
wiederaufgebauten
„Sängerblick“-Pavillons in
Spremberg (2014)



Erwärmung bei der
Kita-Olympiade in Spremberg
mit dem Fuchs (2015)

Die Mitarbeiter der
Volksbank Spree-Neiße
(2015)



DIE ZUKUNFT ALS HERAUSFORDERUNG

Im Rückblick auf ihre Geschichte hat die heutige Volksbank Spree-Neiße allen Grund, stolz auf das Erreichte zu sein. Ganz im Sinne der genossenschaftlichen Bankentradition ihrer Vorgängerinstitute hat sie sich zu einem verlässlichen Partner der Lausitzer Menschen und speziell des Lausitzer Mittelstandes entwickelt. Heute ist sie eine starke Regionalbank mit knapp 200 Millionen Euro Bilanzsumme, acht Geschäftsstellen, rund 5.500 Mitgliedern und 18.100 Kunden. Mit 58 Mitarbeitern, darunter vier Auszubildende, ist sie zudem ein wichtiger Arbeitgeber, aber auch einer der größten Steuerzahler in der Region.

An diese Entwicklung will das Kreditinstitut auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten anknüpfen. Dabei ist sich die Bankführung bewusst, dass sich die Welt um sie herum weiter rasant verändern wird. Ein Unternehmen, will es erfolgreich sein, darf sich nicht in eingefahrenen Gleisen bewegen, sondern muss sich immer wieder den sich verändernden Markt- und Wettbewerbsbedingungen anpassen. Das betrifft aktuell beispielsweise den Bereich Bankenaufsicht und Bankenregulierung. Hier sind infolge der Finanzmarkt- und Eurokrise eine Reihe neuer gesetzlicher Regulierungen bereits umgesetzt worden bzw. werden noch

diskutiert, wie etwa strengere Liquiditätsvorschriften oder eine europaweite Bankenabgabe zur Vorsorge für weitere Krisenfälle. So sinnvoll diese Regulierungen allgemein sind, so bedeutet der damit verbundene Verwaltungsaufwand auch immer neue Kosten – für die einzelne Bank sowie in der Konsequenz auch für ihre Kunden und Mitglieder.

Ebenfalls interessant ist die Frage nach der zukünftigen Rolle des Filialgeschäftes. Die Präsenz in der Fläche ist zwar ein wichtiger Wettbewerbsvorteil, sie drückt gleichzeitig aber auch stark auf die Sach- und Personalkosten. Zusätzlich verschärft wird diese Entwicklung

durch die voranschreitende Digitalisierung bieten. So wurde unter anderem das komplette Formularwesen innerhalb der Bank digitalisiert. Ebenso lassen sich früher umständliche Berechnungen zu Kreditbelastung, Versorgungslücke oder dem frei verfügbaren Einkommen eines Kunden heute bequem und schnell auf Knopfdruck durch den Computer erledigen.

Für die Zukunft sieht sich die Volksbank gut aufgestellt und den Herausforderungen gewachsen. Gemeinsam mit den Mitgliedern und Kunden sollen auch die nächsten Jahre und Jahrzehnte erfolgreich gestaltet werden. Eine tragende Rolle werden dabei auch weiter-



durch die infolge der Finanzkrise politisch gewollte Niedrigzinsphase, welche die Erträge für Banken weiter verringert. Hier bietet die Technik neue Chancen, um die Bankmitarbeiter von Routineaufgaben zu befreien und wertvolle Zeit für die persönliche Beratung der Mitglieder und Kunden zu gewinnen. Moderne und jederzeit zugängliche Geldautomaten mit Ein- und Auszahlungsfunktion, Kontoauszugsdrucker sowie das Online-Banking über den Computer oder die Handy-App entlasten die klassische Geschäftsstelle dauerhaft von einem Großteil ihres Mengengeschäfts. Zudem greift die Bank beständig die Vorteile auf, die sich ihr

hin die Prinzipien der genossenschaftlichen Gründerväter spielen: Selbstverantwortung, Selbständigkeit, Solidarität und der Glaube an die eigene Kraft. Für das bisherige Vertrauen in die Volksbank Spree-Neiße sagt der Bankvorstand allen Kunden und Mitgliedern ein herzliches Dankeschön. Die Mitarbeiter der Bank freuen sich darauf, die Kunden auch künftig begleiten zu dürfen.

Anhang

VORSTÄNDE AUS DER BANKGESCHICHTE (AUSZUG)

Muskau'er Vorschussverein & deren Rechtsnachfolger

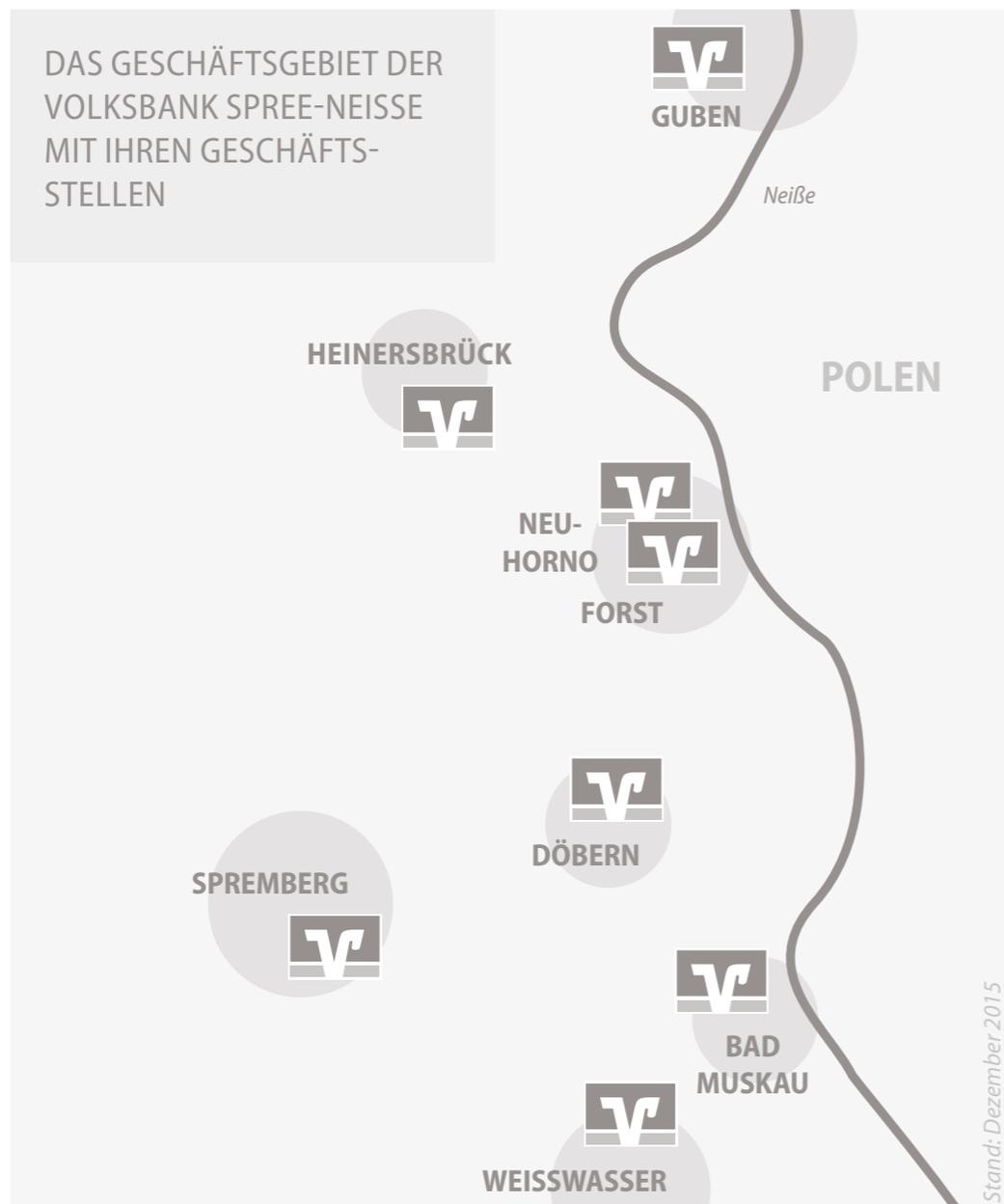
		1868–1892	Julius Augustin
		1872–1877	Fr. Harmuth
		1873–1890	August Lantzky
ab 1862	unbekannt	1878–?	E. Saschiwack
1902–1923	Emil Löbel	1879–1880	Oskar Buchholz
1902–?	Erhard Poeschmann	1880–1883	Rud. Hammer
1902–1928	Willy Haafsengier	1884–1905	Otto Titzsch
1923–1934	Georg Löbel	1889–1917	Otto Fiedler
1928–1934	Herr Pfitzinger	1890–1903	Carl Hammer
1929–1939	Herr Döhning	1892–1905	Max Woyand
1934–1948	Kurt Winkler	1905–1923	Walther Eichmann
1938–1948	Oswald Hentschel	1918–?	Erich Giesau
1938–1948	Otto Trinks	1918–1938	Carl Bauersachs
1939–1959	Fritz Buban	1923–1938	Heinrich Crull
1948–?	Werner Manne	1938–?	Gerhard Stieglitz
1948–1959	Karl Karraß	1946–1968	Josef Trzewik
1959–1974	Hans-Achim Weiß	1946–1954	Friedrich Schitteck
1970–1974	Christa Döhning	?–1950	Othmar Kokal
		1949–1955	Erich Giesau
		1954–1957	Georg Wilke
		1955–1985	Heinz Noack
		1956–1957	Eberhard Lindner
1860–1862	August Richter		(vertretungsweise für Georg Wilke)
1860–1861	F. M. Lindner	1957–1970	Werner Schulz
1861–1863	Oswald Hammer	1968–1989	Ingeborg Sörgel
1862–1867	Wilhelm Rüdiger	1985–1992	Brigitte Zimmer
1863–1867	H. Senftleben	1987–1992	Hans Kriehn
1866–1888	Wilhelm Neumann	1990–1992	Karla Winkelmann
1868–1872	Ernst Hammer	1992–1998	Hermann J. Mamier

Credit-Cassen-Verein Forst & deren Rechtsnachfolger

1992–2005	Herbert Herrig	1950–1951	Feodor Noack
1998–2006	Werner Großkopf	1950–1951	Richard Leppig
2006–2006	Achim Regenbogen	1951–1953	Günter Jandock
	(interimsweise)	1951–1953	Hans Stade
2006–heute	Jürgen Stender	1951–1966	Walter Grasse
2006–heute	Frank Baer	1952–1956	Johann Schmidt
		1953–1959	Werner Tillack
		1953–1954	Rudolf Hansche
		1953–1956	Franz Hentschke
		1954–1962	Kurt Polske
1915–1949	Hermann Matschke	1959–1987	Gerhard Schmidt
1915–1916	Wilhelm Jatzko	1962–?	Artur Jerosch
1915–1924	Ferdinand Branse	1966–?	Kurt Lehmann
1915–1916	Wilhelm Schiemenz	1974–1984	Hans-Achim Weiß
1915–1933	Wilhelm Walter	1987–2003	Monika Buschkowski
1916–1926	Gustav Zerrens	1990–1993	Jürgen Mahling
1916–?	Christian Kottwitz	1990–1991	Simone Nitschke
1926–1949	Franz Heydrich	1991–2010	Heinz-Josef Sudhof
1927–?	Alfred Schummel	2003–heute	Stephan Menzebach
1930–1949	Wilhelm Struck		
1935–1939	Hermann Pepper		
1933–1950	Paul Bohrisch		
1939–1949	Willi Matthiaschk		
1949–1950	Kurt Bartel		
1949–1950	Hermann Pepper		
1949–1952	Winter		
1949–?	Krüger		
1949–1952	Hypko		
1950–1951	Hans Krohn		

Slamener Spar- und Darlehnskassenverein & deren Rechtsnachfolger

DAS GESCHÄFTSGEBIET DER VOLKSBANK SPREE-NEISSE MIT IHREN GESCHÄFTS- STELLEN



ZU DIESEM BUCH

Für die Aufarbeitung unserer Geschichte haben wir ergänzend zu unserem eigenen Bankarchiv in zahlreichen regionalen und überregionalen Archiven recherchiert. Dazu zählen insbesondere

- die Stadtarchive und Bibliotheken in unserem Geschäftsgebiet, vor allem in Forst und Spremberg;
- das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam;
- das Sächsische Hauptstaatsarchiv in Dresden sowie
- das Bundesarchiv in Berlin.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken danken wir herzlich für die Bereitstellung von Dokumenten, Bildern und Informationen. Unser Dank gilt ebenso auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Geschäftsstellen.

In bewusster Entscheidung für ein allgemein verständliches geschichtliches Lesebuch haben wir auf Quellenangaben in Fußnoten-Form verzichtet. Die Quellen wurden soweit möglich direkt im Text kenntlich gemacht. Bei Interesse kann das Manuskript zur Chronik mit den ausführlichen Quellenbelegen bei uns in der Bank eingesehen werden.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Diese Chronik wäre ohne die zahlreichen Abbildungen nur halb so lesenswert. Die Bilder wurden insbesondere von folgenden Einrichtungen / Personen zur Verfügung gestellt:

Archiv Volksbank Spree-Neiße

S. 7, 18, 24, 25, 33, 38, 39, 43, 47 (o.), 49, 50, 51, 52, 53, 54, 58, 59, 61, 64, 68, 78, 82, 83, 93, 98, 104, 106, 108, 109, 114, 115, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123

Bundesarchiv/Bildarchiv, Berlin

Cover (Bild 183-R0210-336, ADN-ZB / Herbert Blunck), S. 45 (Bild 183-M0425-325, ADN-ZB / Otto Donath), S. 48 (u.: Bild 183-80814-0001, ADN-ZB / Heinz Junge), S. 74 (o.: Bild 183-1989-1102-041, ADN-ZB / Rainer Weisflog), S. 74 (u.: Bild 183-1990-0920-012, ADN-ZB / Waltraud Grubitzsch), S. 75 (u.: Bild 183-1990-1003-400, ADN-ZB / Peer Grimm), S. 76 (Bild 183-1990-0706-400, ADN-ZB / Jan Peter Kasper), S. 113 (Plak 009-002-003, BM der Finanzen)

Privatarchiv Marvin Brendel (Geschichtskombinat)

S. 11 (u. r.), 20, 30, 31, 34, 36, 47 (u.), 57, 75 (o.)

Stiftung Genossenschaftshistorisches Informationszentrum (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Berlin)

S. 16, 28, 46, 48 (o.)

Weitere Einzelbilder wurden dankenswerterweise zur Verfügung gestellt durch: **Privatarchiv Jürgen Grumbt** (S. 12 o.); **Stadtarchiv Thale** (S. 35, 37); **Privatarchiv Hagen Pusch** (Cover-Baustelle, S. 13, 42, 107) sowie der **US Library of Congress** (Digital ID cph.3g11277, S. 22).

Gemeinfrei (via wikipedia):

S. 10, 11 (o.), 12 (u.), 15

IMPRESSUM

Herausgeber	Volksbank Spree-Neiße eG www.vbspn.de
Autor	Marvin Brendel www.geschichtskombinat.de
Gestaltung	chairlines medienagentur www.chairlines.de
Druck	DRUCKZONE GmbH & Co. KG www.druckzone.de



© Volksbank Spree-Neiße eG 2016

